



## 31. Sitzung

Mittwoch, 9. Mai 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> Abwicklung und Änderung der <b>Tagesordnung</b>	2357	Detlef Scheele, Senator Norbert Hackbusch DIE LINKE Frank Schmitt SPD	2370 2374 2374
<b>Aktuelle Stunde</b>	2357	Fraktion der FDP: <b>P+R-Plätze müssen kostenlos bleiben!</b> (Fortführung am 10.05.2012)	
Fraktion der CDU: <b>Krupps &amp; Tschentschers Schulbau-Verhinderungspro- gramm: Container statt Palä- ste, Bewirtschaftung statt Päd- agogik</b>		Fraktion DIE LINKE: <b>Arbeitsstress macht krank, psychische Belastungen neh- men dramatisch zu – was tut Hamburg für den betrieblichen Gesundheitsschutz?</b> (Fortführung am 10.05.2012)	
Robert Heinemann CDU	2357	Fraktion der SPD: <b>Wahl in Schleswig-Holstein: Gute Perspektiven für eine wei- ter gute Kooperation im Nor- den</b> (Fortführung am 10.05.2012)	
Lars Holster SPD	2358, 2364		
Dr. Stefanie von Berg GAL	2359		
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	2360		
Dora Heyenn DIE LINKE	2361		
Dr. Peter Tschentscher, Senator	2362		
Dr. Walter Scheuerl CDU	2363		
Fraktion der GAL: <b>Kinder- und jugendfeindliche Senatspolitik – Revolte in den Bezirken</b>		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Christiane Blömeke GAL	2364, 2372		
Dr. Melanie Leonhard SPD	2365, 2375		
Dennis Gladiator CDU	2367		
Finn-Ole Ritter FDP	2368, 2376		
Mehmet Yildiz DIE LINKE	2369, 2376		

<b>Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts</b>		Ergebnis	2381
– Drs 20/3554 –	2376	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
mit		<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport</b>	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		– Drs 20/3961 –	2381
<b>Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts</b>		Ergebnis	2395
– Drs 20/3691 –	2376	Senatsantrag:	
sowie		<b>Beteiligung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme</b>	
Senatsantrag:		– Drs 20/2949 (20/3746) –	2382
<b>Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts durch die Bürgerschaft</b>		dazu	
– Drs 20/3940 –	2376	Antrag der CDU-Fraktion:	
Ergebnis	2377	<b>Vertagung der Vorlage zu TOP 16</b>	
Senatsantrag:		– Drs 20/4127 –	2382
<b>Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft</b>		Roland Heintze CDU	2382
– Drs 20/3941 –	2378	Jan Quast SPD	2385
Ergebnis	2379	Jens Kerstan GAL	2387
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	2389
		Dora Heyenn DIE LINKE	2390
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	2392
		Dr. Monika Schaal SPD	2393
<b>Zur Geschäftsordnung</b>	2379	Beschlüsse	2395
Dr. Andreas Dressel SPD	2379	Senatsantrag:	
Jens Kerstan GAL	2379	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg</b>	
Katja Suding FDP	2380	– Drs 20/3866 –	2395
Dora Heyenn DIE LINKE	2380	dazu	
Dietrich Wersich CDU	2380	Antrag der FDP-Fraktion:	
Beschluss	2381	<b>Seniorenmitwirkungsgesetz</b>	
Senatsantrag:		– Drs 20/4112 –	2395
<b>Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft</b>		Beschluss	2395
– Drs 20/4155 –	2381		

Antrag der SPD-Fraktion:

**Lärmaktionsplanung**  
– Drs 20/3884 – 2396  
dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Keine Kürzungen! Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich ausreichend ausstatten!**  
– Drs 20/3964 – 2402

Antrag der FDP-Fraktion:

**Lärmaktionsplanung**  
– Drs 20/4111 – 2396  
und

Beschluss 2403

Antrag der GAL-Fraktion:

**Lärmaktionsplanung: Strategischen Ansatz konsequent weiterverfolgen**  
– Drs 20/4126 – 2396

Beschluss 2396

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

**Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern – Bilanz seit 2007**  
– Drs 20/3460 – 2396

Besprechung vertagt auf den 10.05.2012 2396

Große Anfrage der GAL-Fraktion:

**Radverkehrsstrategie für Hamburg**  
– Drs 20/3091 – 2396

Dr. Till Steffen GAL 2396  
Lars Pochnicht SPD 2398  
Klaus-Peter Hesse CDU 2399, 2400  
Heike Sudmann DIE LINKE 2399, 2402  
Philipp-Sebastian Kühn SPD 2400  
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2401

Beschluss und Kenntnisnahme 2402

Antrag der FDP-Fraktion:

**Bessere Förderung und Betreuung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge**  
– Drs 20/3984 – 2402

Beschluss 2402



**Beginn: 15.04 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn kann ich Ihnen eine freudige Mitteilung machen, die unseren Kollegen Herrn Tabbert betrifft. Herr Tabbert ist am 2. Mai Vater einer Tochter namens Frida Sofia geworden. Lieber Urs Tabbert, im Namen des ganzen Hauses herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zur heutigen Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, den Tagesordnungspunkt 7 – die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung – zu vertagen. Gibt es dazu Diskussionsbedarf? – Den sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Krupps & Tschentschers Schulbau-Verhinderungsprogramm: Container statt Paläste, Bewirtschaftung statt Pädagogik

von der GAL-Fraktion

Kinder- und jugendfeindliche Senatspolitik – Revolte in den Bezirken

von der FDP-Fraktion

P+R-Plätze müssen kostenlos bleiben!

von der Fraktion DIE LINKE

Arbeitsstress macht krank, psychische Belastungen nehmen dramatisch zu – was tut Hamburg für den betrieblichen Gesundheitsschutz?

und von der SPD-Fraktion

Wahl in Schleswig-Holstein: Gute Perspektiven für eine weitere gute Kooperation im Norden

Ich rufe das erste Thema auf. Herr Heinemann hat das Wort gewünscht und er bekommt es.

**Robert Heinemann** CDU:\* Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Vor der Wahl hat Olaf Scholz versprochen, dass Hamburgs Schulen zu Palästen werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Jetzt werden sie leider zu Containerburgen.

(Beifall bei der CDU)

465 Container werden im August auf Hamburgs Schulhöfen stehen und dort Platz zum Spielen wegnehmen. Natürlich braucht man vorübergehend Container, wenn man Schulen modernisieren oder erneuern möchte. Aber das will der Senat gar nicht. Er hat längst gemerkt, dass er nach den teuren Wahlversprechen, nach Hapag-Lloyd und dem, was heute beschlossen werden soll, nicht auch noch Geld für den Schulbau hat. Deshalb steht er beim Schulbau mit aller Macht auf der Bremse.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* GAL – *Dirk Kienscherf* SPD: So ein Blödsinn!)

Eine erste Atempause hat ihm der Schulentwicklungsplan verschafft. Zehn Monate lang konnte der Senat darauf verweisen, dass größere Maßnahmen leider erst möglich sind, wenn der Schulentwicklungsplan fertig ist. Und statt 234 Schulbaumaßnahmen, wie noch im April 2011 angekündigt, wurden im letzten Jahr 26 fertig. Das sind immerhin 11 Prozent, herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch die Fertigstellung des Schulbauentwicklungsplans verzögerte sich. Aber im Frühjahr 2012 sollte es nun wirklich losgehen mit dem Palastbau. Für den März hatte der Schulsenator eine Prioritätenliste zugesagt. In den Schulen waren alle sehr gespannt, wann die versprochenen Baumaßnahmen denn nun endlich beginnen. Aber die Herren Krupp und Tschentscher hatten vorgesorgt, sie waren schlau. Kaum war der Schulentwicklungsplan fertig, stellten sie erst einmal den Schulbau insgesamt infrage. Muss man überhaupt bauen und wenn ja, so viel? Kann man das nicht auch ganz anders organisieren? Und bis diese Fragen geklärt sind, passiert zunächst einmal – Sie ahnen es schon – gar nichts.

Der Senat versteckt das hinter der netten Formulierung, dass eine Überplanung erforderlich sei. Krupp und Tschentscher haben aber das Ziel, dass auch danach möglichst wenig passiert. Und es hat auch nicht etwa, wie man annehmen könnte, die Schulbehörde Überlegungen angestellt, wie der Schulbau optimiert werden könnte. Vielmehr ging die Initiative direkt von der Senatskanzlei aus und in den Sitzungen hatten Senatskanzlei und Finanzbehörde stets deutlich die Übermacht. Schulleiter hat man vorsichtshalber gar nicht erst eingebunden. Das Konzept hat daher auch nichts mit Pädagogik zu tun, sondern ausschließlich mit Gebäudebewirtschaftung. Danach haben die Schulleiter künftig die Aufgabe, ihre Klassen so eng wie möglich zusammenzupferchen, damit vielleicht doch noch eine Klasse der Nachbarschule in ihre Schule hineinpasst. Und zusätzlich benötigte Räume für Differenzierung oder anderes kann man sich verdienen, indem man die eine oder andere

**(Robert Heinemann)**

Lehrerstelle unbesetzt lässt. Das nennt man Bewirtschaftung.

Abgerundet wird das System durch das vorliegende Musterflächenprogramm der Schulbehörde, das anders als zuvor eben kein Musterraumprogramm mehr ist. Wenn Sie also an einer alten Schule mit großen Räumen sind, dann haben Sie leider Pech gehabt, denn die Klassen haben nur noch Anspruch auf eine bestimmte Anzahl von Quadratmetern, aber nicht mehr auf einen eigenen Raum. Das vor Ort zu organisieren ist Aufgabe der Schulleitung. Das ist Delegation von Verantwortung nach unten.

Interessant sind natürlich die Details. Nach zwölf hochkarätig besetzten Sitzungen sollte man annehmen, dass diese Details vorliegen, zumal der Senat selber davon spricht, dass jetzt eine Vereinbarung getroffen wurde. Aber von den über 50 Fragen, die ich dem Senat zu seiner Vereinbarung gestellt habe, konnte er mir bislang rund zwei Drittel nicht einmal ansatzweise beantworten. Er kann überhaupt keine Gründe nennen, warum er den Schulbau umorganisieren möchte und was die Vor- und Nachteile sein könnten. Er kann mir auch nicht sagen, wie man mit dem Konzept – ich zitiere –

"mit dem gleichen Geld mehr Schule bauen"

kann. Er kann mir nicht einmal sagen, in welcher Einheit der Senat dieses Mehr an Schule eigentlich bemisst. Das ist auch kein Wunder, denn wenn man in das Konzept hineinsieht, dann steht da zum Thema Kosteneinsparung im Schulbau überhaupt nichts. Es geht nur darum, wie man Neubauten durch Benchmarking oder Prüfung standortspezifischer Optimierungspotenziale – genauso steht es dort – möglichst ganz vermeidet.

Auch zum angeblichen Zielkorridor für die Kosten im Schulbau konnte mir der Senat nichts sagen. Eines allerdings konnte er mir sehr deutlich sagen: Weitere Verzögerungen im Schulbau können leider nicht ausgeschlossen werden.

*(Dietrich Wersich CDU: Hört, hört!)*

Herr Bürgermeister, Ihr Schulsenator hat im Schulausschuss wörtlich erklärt:

"Jetzt den Schulbau noch einmal umzuorganisieren und wiederum ein Jahr zu warten, bis sich alles gefunden hat, das wäre, glaube ich, gegenüber den Schülerinnen und Schülern in Hamburg fahrlässig."

Das sagte er am 2. September. Am 19. Dezember gab es die erste Sitzung von Ihrem Staatsrat Herrn Krupp und seitdem wird der Schulbau umorganisiert. Herr Bürgermeister, Ihr eigener Schulsenator sagt Ihnen, dass Sie gegenüber den Hamburger Schülerinnen und Schülern fahrlässig handeln. Hören Sie darauf, reagieren Sie. Wir helfen dem Schulsenator gerne dabei, wenn er etwas anderes durchsetzen möchte. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Holster.

*(Dietrich Wersich CDU: Jetzt kommt die rosa Brille! Es ist alles perfekt!)*

**Lars Holster SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen das Ganze ein bisschen sortieren. Ich möchte ausdrücklich selbstkritisch für die SPD-Fraktion betonen, dass wir in den Hamburger Schulen vor einem gigantischen Sanierungsstau stehen und dass dieser Stau in den letzten 40 Jahren entstanden ist. Ich weiß, Herr Heinemann, Ihnen geht es immer nicht schnell genug, aber dieses Problem lässt sich nun einmal nicht in einem Jahr beheben.

Schauen wir einmal etwas genauer hin, wie es bisher an den Schulen läuft. Da kämpft die Schule A gegen die Schule B und die Schule A und die Schule B zusammen gegen die Behörde, um einen Neubau oder eine Sanierungsmaßnahme zu bekommen. Und wer die beste Lobbyarbeit macht in dieser Stadt, der bekommt dann einen Zubau. Das kann nicht sein, dieses müssen wir in Zukunft beenden.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU: Bei uns war das nicht so!*)

Diese Bauvorhaben müssen schlüssig, vernünftig und mit einer klaren finanziellen Zielvorgabe geplant werden. Wenn ich das Thema Schulbau mit Schulleitern oder Lehrern bespreche, dann höre ich immer zwei Dinge: Es wird zu langsam und es wird zu teuer gebaut. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

Und dann habe ich bei der CDU etwas ganz Interessantes gelesen – ich weiß nicht, ob Sie das geschrieben haben oder Herr Scheuerl –, dass nämlich jede Schule zusätzliche Kosten im Schulbau mit Lehrerstellenstreichungen finanzieren soll

*(Robert Heinemann CDU: Das steht da drin!)*

nach dem Motto, ein zusätzlicher Gruppenraum gegen zehn Mathematikstunden. Das ist kompletter Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Aber natürlich dürfen wir auch beim Thema Schulpolitik unsere angespannte Haushaltslage nicht aus dem Blick verlieren. Und das Prinzip selbstverantwortete Schule hat die damalige CDU-Regierung auf den Weg gebracht und das war genau richtig. Ich habe keinen Zweifel und großes Vertrauen, dass unsere Schulen mit einem großzügig bemessenen Mietbudget und so engagiert begleitet wie bisher die anstehenden Bauvorhaben ver-

**(Lars Holster)**

antwortungsvoll und effizient umsetzen werden. Sie bemängeln, dass der pädagogische Ansatz nicht ausreichend berücksichtigt wird.

*(Robert Heinemann CDU: Gar nicht!)*

– Herr Heinemann, das ist reine Spekulation.

*(Robert Heinemann CDU: Das steht doch im Konzept drin!)*

Ich kann Ihnen heute zusagen – und dabei spreche ich für alle Schulpolitiker der SPD-Fraktion –, dass wir selbstverständlich darauf achten werden, dass unsere politischen Ziele wie die Verbesserung der Unterrichtsqualität, die Umsetzung der Inklusion und der Ausbau der Ganztagschule in dieser neuen Umorganisation von Schulbau Hamburg ihre Berücksichtigung finden werden.

*(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Das ist ja eine Kampfansage!)*

Jetzt noch eine Bemerkung zu den Containern.

*(Robert Heinemann CDU: Dreimal so viele wie vor einem Jahr!)*

Haben Sie sich einmal angesehen, wie einige Schulklassen aussehen? Einige Schulgebäude sind so marode, dass bereits der Putz von den Wänden fällt. Und da bedeutet es doch wohl eine deutliche Verbesserung, einen Container aufzustellen.

*(Dietrich Wersich CDU: Wird das jetzt die Dauerlösung?)*

Die FDP-Fraktion hat absolut recht, wenn sie bemängelt, dass die Container 5 Prozent der Schulbauinvestitionen ausmachen, weil das Lernumfeld vernachlässigt wurde. Dieses Lernumfeld wurde 40 Jahre lang vernachlässigt. Nun packt die SPD die Sache an. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dem Bericht des Schulausschusses vom Februar 2011 ist zu entnehmen, – ich zitiere –:

"Der Ausschussvorsitzende stellte abschließend fest, die Senatsvertreterinnen und -vertreter hätten zugesagt, dem Schulausschuss auch über den Wahlperiodenwechsel hinweg laufend und regelmäßig Bericht über den Schulbau und SBH zu erstatten."

Das war dem Ausschussvorsitzenden, dem jetzigen Senator, der heute leider wieder einmal nicht da ist, wohl wichtig zu Protokoll zu geben. Wie wir alle wissen, hat der Wechsel der Legislaturperiode bereits stattgefunden. Doch auf die Einlösung des

uns gegebenen Versprechens warten wir immer noch.

*(Beifall bei der GAL und bei Robert Heinemann CDU)*

Stattdessen bekommen wir ein Papier zugeschickt, wonach eine Neuausrichtung vorgenommen werden soll. Dabei wird noch nicht einmal die Evaluation von SBH abgewartet, die, wie wir wissen, bei einem Marktforschungsinstitut in Auftrag gegeben wurde.

Dieses Papier enthält einen durchaus richtigen Gedanken, wie wir aus Gesprächen mit Schulleitungen wissen, nämlich die klare Trennung von Dienstleistung und Vermögen. Diese Trennung könnte für alle Schulen, die sich im Moment zumindest gefühlt in großer Abhängigkeit bewegen, nicht auf Augenhöhe kommunizieren zu können und nicht einbezogen zu werden, eine Verbesserung bedeuten. Es könnte eine Chance sein, Schulleitungen und Schulen wieder mehr Eigenständigkeit zu geben.

*(Dietrich Wersich CDU: Aber sie werden doch nicht Eigentümer!)*

Diese Trennung von Dienstleistung einerseits und Vermögen andererseits birgt die Chance in sich, auf den guten Erfahrungen mit dem Modell Hamburg Süd und GWG Gewerbe aufzubauen und die Schulen endlich wieder mit ins Boot zu holen und nicht mehr wie bisher auszubooten. Die Trennung könnte auch bewirken, dass endlich wieder schneller gearbeitet wird und dadurch natürlich auch weniger Geld ausgegeben wird. Sie könnte zudem bewirken, dass die offensichtliche Führungsschwäche der Senatoren, die Schulbau Hamburg augenscheinlich überhaupt nicht im Griff haben, wieder etwas ausgebügelt wird.

Soweit zu den Chancen, nun aber zu den Risiken und Nebenwirkungen. Beim Lesen des Papiers drängt sich der Eindruck auf, dass es zuallererst darum geht zu kürzen. Und zwar schafft man das relativ einfach, indem man das Mieter-Vermieter-Modell so aufstellt, dass die Schulen, die einen Zu- oder Neubau oder auch eine Sanierung bekommen haben, schlicht höhere Mieten bezahlen müssen. Diese Mieten werden sie sich dann allerdings nicht mehr leisten können.

Ich möchte den Aussagen von Herrn Holster etwas entgegensetzen und beziehe mich dabei auf Seite 6 des Papiers; da ist zu lesen – ich zitiere –:

"Mehrbedarfe erfordern also Einsparungen im Schulbudget an anderer Stelle. Von daher sind in Zukunft Budgets je Schulstandort erforderlich, die Mieten, Personal- und Sachkosten beinhalten."

Und das ist die entscheidende Stelle.

*(Beifall bei der GAL und der CDU)*

**(Dr. Stefanie von Berg)**

Damit kann die absurde Situation entstehen, dass Schulen gar keine baulichen Maßnahmen mehr wollen, weil sie, um ihrer pädagogischen Verantwortung gerecht zu werden, das Geld lieber für Personal einsetzen.

*(Dietrich Wersich CDU: So verhindert man Mehrbedarf!)*

Und das darf auf gar keinen Fall passieren.

*(Beifall bei der GAL)*

Unsere Befürchtung ist, dass durch das vorliegende Papier der enorme Sanierungsbedarf und Sanierungsstau, den es derzeit gibt – den Antworten auf unsere Große Anfrage zufolge an 270 Schulen mit etwa 150 000 Kindern –, nicht abgebaut wird und dass die Schulen weiterhin auf ihre überfällige Sanierung und die benötigten Zu- und Neubauten warten müssen. Und auf diese Gefahr wollen wir in diesem Plenum unbedingt hinweisen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – Olaf Ohlsen CDU: Skandal!)*

**Präsidentin Carola Veit:** Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels** FDP: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Schauspieler Gustav Knuth, der im Jahr 1946 Mitglied dieser Bürgerschaft war, hat Folgendes gesagt, das sehr gut in diese Debatte passt – ich zitiere –:

"Das Leben ist wie der Eiskunstlauf. Es besteht aus Pflicht und Kür, und oft fällt die Entscheidung bei der Pflicht."

Und damit sind wir beim Thema. Mit der Schulpolitik verhält es sich nämlich genauso. Die Pflicht des Staates, nämlich des Bundeslandes Hamburg, besteht hier zuallererst darin, das Funktionieren der grundlegenden Bedingungen für eine erfolgreiche Beschulung zu sichern. Erst danach können wir über die Kür oder über Strukturen oder auch Reformen diskutieren. Und genau das ist das Problem nach gut einem Jahr SPD-Regierung mit Ties Rabe an der Spitze der Schulbehörde: Die grundlegenden Bedingungen für Schule in Hamburg funktionieren immer weniger und immer schlechter.

*(Beifall bei der FDP)*

Meine Damen und Herren! Die Liste mit den Punkten, die das belegen, ist so lang wie deprimierend. Bei der grundlegenden Voraussetzung für erfolgreiche Schule überhaupt, den Gebäuden, herrscht in Sachen Erneuerung quasi Stillstand. Statt der von Ihnen – Herr Heinemann hat das schon erwähnt – für 2011 versprochenen und angekündigten 234 haben Sie ganze 26 Baumaßnahmen

durchgeführt. Auch von uns herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg.

*(Beifall bei der FDP)*

Weil Sie den Sanierungsstau in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Euro nicht angehen und die Neubauvorhaben nicht vorantreiben, schreiben uns Schulleiter in ihren wahrscheinlich auch sanierungsbedürftigen Büros Brandbriefe mit der Bitte um dringende Hilfe wie jüngst in Harburg. Die ehemalige Schulsenatorin, Frau Goetsch, hat in unserer Stadt ein ungutes Erbe hinterlassen, das gebe ich zu. In der Erwartung nämlich, dass die Idee der Primarschule, der Einheitsschule gegen den Willen vieler Hamburger umgesetzt werden könnte, hat sie den schon damals bestehenden Sanierungsstau an den Schulen nicht behoben, wahrscheinlich um dann später alles in einem Aufwasch zu erledigen.

*(Antje Möller GAL: Quatsch!)*

Zum Glück ist die Primarschule nicht Realität geworden, der Sanierungsstau ist allerdings Realität geblieben. Anstatt diese Erblast aber zügig wegzuräumen, setzen Sie von der SPD jetzt auf die Inflation der Provisorien. 465 Container, verniedlicht als mobile Klassenräume bezeichnet, werden im kommenden Schuljahr für 2,5 Millionen Euro, das ist viel Geld, fast 10 000 Schüler beherbergen.

Meine Damen und Herren! Wie wenig die grundlegenden Pflichten erfüllt wurden, belegt schon das Papier, das Sie als Schulentwicklungsplan vorgelegt haben: ein SEPL ohne Antwort auf drängende Probleme, ohne Antworten auf die Frage der Finanzierung der dringenden Schulerneuerung und des erhöhten Raumbedarfs durch die Inklusion. Danach hieß es ausweichend, dass bis Ende März eine Prioritätenliste für den Schulbau vorgelegt werde. Aber bis heute gibt es nichts dergleichen. Die Pflicht ist wieder einmal unzureichend erfüllt.

*(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

Stattdessen tüftelt Staatsrat Krupp mit oder ohne Wissen des zuständigen Senators ein Senatspapier zur Zukunft des Schulbaus aus. Und – dreimal dürfen Sie raten – es geht natürlich nicht um die Pflichtfrage, wie schnell und erfolgreich Schulen neu gebaut oder saniert werden können, sondern es geht um die Strukturen des Schulbaus in Hamburg, um Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Und – das ist uns besonders wichtig – Sie verdrehen in diesem Papier einfach ein Erfolgsprinzip, nämlich das der selbstverantworteten Schule. Wir Liberalen unterstützen und fordern, dass Schulen mit mehr Eigen- und Budgetverantwortung ihr Profil selbstverantwortet prägen. Aber das darf niemals zu einem Sparmodell degenerieren wie jetzt bei Staatsrat Krupp.

Zur Budgetverantwortung soll aus seiner Sicht auch noch die Raumkapazität gehören – und das

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

auf der Grundlage knapper Budgets, mit denen schon jetzt alle möglichen Ausgaben bestritten werden müssen. Ich zähle nur schnell auf, was jeder weiß: Etablierung der Stadtteilschule, Inklusion, Ausbau der Ganztagsbetreuung, Zentralabitur, Kooperation mit Jugendhilfe und Hilfen zur Erziehung, strenge Einhaltung der Klassenobergrenzen. All das bürden Sie den Schulen auf und schlagen jetzt auch noch vor, aus dem vorhandenen auch die Neu- beziehungsweise Umbauten selbst zu finanzieren. Selbst wenn Sie das nicht so akzeptieren, aber das kann am Ende natürlich genau darauf hinauslaufen, dass der Klassenraum den Lehrer ersetzt. Das kann nicht sein, das ist völlig inakzeptabel und wir Liberalen werden das nicht hinnehmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vielleicht ist ein Teil der Verantwortung für Stillstand und Misere im Hamburger Schulbau auch bei der CDU zu suchen, weil sie das ideologisch motivierte grüne Aussitzen der Probleme in Erwartung der großartigen Einheitschule geduldet hat. Aber unabhängig davon fordern wir zusammen mit den Christdemokraten den SPD-Senat auf: Kümmern Sie sich endlich um die grundlegenden Probleme,

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

liefern Sie ein verlässliches und funktionierendes Konzept zur Offensive im Schulbau, karren Sie nicht mehr oder weniger Container auf die Schulhöfe und ersparen Sie uns weitere Kürläufe in Form von Strukturpapieren. Nehmen Sie endlich Ihre Pflichten gegenüber Schülern, Eltern und Lehrern wahr. Wir werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn** DIE LINKE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie das Thema der Unterbringung in Containern angemeldet haben, finde ich mutig, das muss ich schon sagen. Ihnen hätte ein bisschen mehr Selbstkritik – wie sie Herr Holster für die SPD ausdrückte, was mich sehr überrascht hat –

(Dr. Andreas Dressel SPD: So sind wir!)

wirklich gut angestanden, denn Sie haben in Ihrer Regierungszeit gar nichts gemacht. Sie haben die Schulen verrotten lassen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben jetzt einen Sanierungsstau von circa 3 Milliarden Euro und mehr. Und, Frau Treuenfels, zu glauben, dass die ehemalige Senatorin Goetsch in zwei Jahren einen Stau von 3 Milliarden Euro angehäuft hat, ist wohl etwas realitätsfern.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das habe ich nicht gesagt!)

Es gibt eine Menge Gründe, warum heute an den Schulen verstärkt Container aufgestellt werden. Die Schulleiter hätten es lieber, wenn man von mobilen Klassenräumen sprechen würde. Das ist auch eine Imagefrage, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Neben der systematischen Vernachlässigung im Schulbau gibt es weitere Gründe, warum wir diese mobilen Klassenräume heute brauchen. Dazu gehören die kleineren Klassen. Wir haben uns immer für die kleineren Klassen eingesetzt und halten sie für absolut notwendig. Und gerade unter dem Aspekt der Inklusion benötigen wir auf jeden Fall kleinere Klassen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wer A sagt, muss auch B sagen. Und wer kleinere Klassen fordert, dem muss auch bewusst sein, dass wir dann auch mehr Klassenräume brauchen. Wir werden weiter fordern, dass die Klassenobergrenzen, wie sie im Schulgesetz mit unserer Hilfe formuliert wurden, auch eingehalten werden. Es bedurfte sieben Schriftlicher Kleiner Anfragen, bis Senator Rabe sich endlich dazu bekannt hat, das Schulgesetz einzuhalten. Gesetze gelten bekanntlich für alle.

(Olaf Ohlsen CDU: Container für alle!)

Ein dritter Grund, warum für den Unterricht verstärkt mobile Klassenräume gebraucht werden, ist der Aufbau der Ganztagschulen. Auch da hatte ich bisher den Eindruck, dass im ganzen Haus Konsens darüber besteht, dass wir mehr Ganztagschulen wollen. Über die Ausgestaltung streiten wir gerne weiter. Wir brauchen natürlich mehr Schulküchen, mehr Gruppenräume, mehr Differenzierungsräume und so weiter. Das alles kostet Geld und deshalb wurde in der letzten Legislaturperiode unter Schwarz-Grün Schulbau Hamburg gegründet. Jetzt haben wir eine verstärkte Kritik an diesem ausgelagerten Betrieb. Das hat auch der SPD-Senat in seinem Papier zur Neuausrichtung der Bewirtschaftung der staatlichen Schulgebäude in Hamburg freiwillig oder unfreiwillig zugegeben. Dort heißt es – ich zitiere –:

"Die im Zusammenhang mit der Gründung von Schulbau Hamburg formulierten Erwartungen wurden nur teilweise erfüllt."

Da fragt man sich doch, welche Schlussfolgerungen denn nun daraus gezogen werden. Die erste

**(Dora Heyenn)**

Schlussfolgerung war eine personelle: Klaus Teichert, Geschäftsführer des Sondervermögens Schulbau, wird zum Sommer seinen Posten räumen und Schulbau Hamburg wird sich in zwei Gesellschaften aufteilen, in eine Vermögens- und eine Dienstleistungsgesellschaft. Dahinter steht die Hoffnung, dass so flexibler auf die Wünsche der Schulen und der Schulbehörde eingegangen werden kann. Genau an dieser Stelle war die Unzufriedenheit an den Schulen am größten. Die Organisation war zu bürokratisch, es dauerte zu lange, bis Maßnahmen, insbesondere auch Reparaturen, eingeleitet wurden, und die Zuständigkeiten wurden ständig hin- und hergeschoben. Nun soll nach dem zitierten Senatspapier alles besser werden, nun sollen einzelne Schulen auch in die Mieter-Vermieter-Beziehung aufgenommen werden, die bisher nur zwischen der Behörde und Schulbau galt. Es heißt weiter in dem Papier:

"Von daher sind in Zukunft Budgets je Schulstandort erforderlich, die Mieten, Personal- und Sachkosten beinhalten."

Ich nehme an, dass Herr Heinemann daraus scharf geschlossen hat, dass es auch um Lehrerstellen geht. Und so fern liegt das wiederum nicht.

Eines ist klar, die Mietkosten laufen der Schulbehörde und dem Senat offenkundig aus dem Ruder. Es ist auch klar, dass ab 2013 höhere Mieten für die Schulgebäude fällig sind, weil ein Abschlag aufgrund von Baumängeln im Jahr 2013 ausläuft. Die geschätzten Mehrkosten liegen bei 80 Millionen Euro. Deshalb soll der Schwarze Peter jetzt den Schulen zugeschoben werden, die in erster Linie Räume einsparen sollen. Die Behörde nennt das Effizienz. Wir meinen, dass das so nicht funktionieren kann, und fordern konsequenterweise, dass der Schulbau weitergehen muss, die Verantwortung aber beim Senat liegt und nicht an die Schulen weitergegeben werden darf. Dort sollen wir unterrichten und gute Lern- und Arbeitsbedingungen sichern. Wir sind an den Schulen nicht dazu aufgefordert zu prüfen, welche Räume wir einsparen können.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Das Wort hat nun Herr Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was in der Anmeldung zur Aktuellen Stunde als Schulbau-Verhinderungsprogramm bezeichnet wird, sind Überlegungen der am Schulbau beteiligten Behörden und der Senatskanzlei, wie man den Problemen im Schulbau besser als bisher begegnen kann. Die Darstellung der Lage seitens der CDU-Fraktion erstaunt mich schon ein bisschen. Herr Wersich erklärte unlängst im "Hamburger Abendblatt", zu den großen

Leistungen des Vorgängersensats gehöre unter anderem – ich zitiere wörtlich –:

"[...] die drei Milliarden Euro für die Sanierung von Schulgebäuden."

Von den 3 Milliarden Euro haben wir in der Schulbehörde und in der Finanzbehörde bisher nicht einen Cent gefunden.

(*Dietrich Wersich CDU:* Weil sie ausgegeben wurden!)

Was wir gefunden haben, sind grobe Schätzungen eines Sanierungsstaus von 3 Milliarden Euro und dazu kommt ein Zubaubedarf, der sich aus den steigenden Schülerzahlen, den im Schulfrieden von uns allen beschlossenen kleineren Klassen und den Anforderungen der neuen Stadtteilschulen ergibt.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ja, ja, ja!)

– Frau Heyenn, es geht uns jetzt nicht darum festzustellen, wer in den letzten Jahren am stärksten die Verantwortung für den Zustand der Schulen zu tragen hat.

Darum geht es uns nicht, sondern wenn man den Zustand einmal nimmt und dann noch dazu nimmt, dass für die bisherige, wenn ich das einmal neu-deutsch sagen darf, Performance im Schulbau an vielen Schulen nicht nur begeisterter Beifall aufkommt,

(*Robert Heinemann CDU:* Die Ergebnisse haben Sie doch noch gar nicht!)

dann ist es sicher verständlich, dass ein Schulse-nator, ein Finanzsenator, die Staatsräte unserer Behörden, der Chef der Senatskanzlei und einige andere verantwortliche Mitarbeiter der Stadt sich ernsthaft Gedanken machen müssen, wohin das alles führen wird, wenn wir nicht alle Kompetenzen, die die Stadt hat, und nicht alle organisatorischen Vorkehrungen darauf richten, die personellen und finanziellen Ressourcen möglichst wirksam und effizient für den Schulbau einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Überlegungen unseres Papiers, die noch keine Senatsbeschlüsse sind,

(*Robert Heinemann CDU:* Wir haben eine Vereinbarung abgeschlossen!)

haben wir zusammengefasst und mit der tatkräftigen Unterstützung von Herrn Heinemann und einigen anderen Abgeordneten in die öffentliche Diskussion gebracht. Die Vorwürfe, die Herr Heinemann heute vorträgt, lassen sich daraus jedenfalls nicht ableiten, insbesondere werden keine Planungs- oder Bauaktivitäten eingestellt.

(*Robert Heinemann CDU:* Das schreiben Sie selber!)

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

Frau von Berg, ich weiß nicht, wo Sie zwischen den Zeilen lesen, dass es vor allem ums Kürzen geht. Kürzen, das hat der Vorgängersenaat gemacht, indem er das kalkulierte erforderliche globale Baubudget der Schulbehörde und damit von Schulbau Hamburg pauschal um einen dreistelligen Millionenbetrag gekürzt hat. In den alten Drucksachen können Sie sehr sorgfältig nachlesen, dass man in dem Vermieter-Mieter-Modell die Mietzahlungen mindert, weil der Zustand der Schulen so schlecht ist, wie er ist. Die jetzt vor uns liegende Aufgabe ist, dieses Budget wieder angemessen zu erhöhen, aber das Problem und die Zielsetzung besteht eben auch darin, nicht ein Schulbau-Verhinderungsprogramm zu schreiben, sondern ein Konzept zur Verbesserung des Schulbaus, das noch konkretisiert und nach Ansicht der beteiligten Personen so bald wie möglich umgesetzt werden sollte. Darüber würden wir gerne mit Ihnen in den kommenden Monaten reden, aber nicht im Austausch über Schriftliche Kleine Anfragen, in denen präzise Fragen präzise beantwortet werden können,

*(Robert Heinemann CDU: Das wäre schön!)*

die Grundthemen jedoch, die hier wirklich im Argen liegen, nicht vernünftig besprochen werden können. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Scheuerl.

**Dr. Walter Scheuerl** CDU:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber sprechen wir heute? Wir sprechen über Schulbau und damit sprechen wir über das, was für 200 000 Kinder und Jugendliche und mehrere Tausend Lehrkräfte draußen täglich den Alltag bedeutet. Der Raum ist bekanntlich der dritte Erzieher. Der Zustand in den Schulen ist desaströs, das wissen wir alle, 3 Milliarden Euro Sanierungstau und eine zunehmende Zahl von Kindern, die demnächst in Containern unterrichtet werden. Wir sprechen über 10 000 Kinder und Jugendliche, die nach den Sommerferien in Containern unterrichtet werden sollen bei sommerlicher Hitze und im Winter bei schlechter Belüftung, weil die Fenster zugelassen werden, und wir sprechen über Tausende Lehrkräfte, die sich Tag für Tag – Frau Heyenn, Sie können das selbst beurteilen – in den Lehrerzimmern meistens Schreibtische teilen müssen, weil sie keine vernünftigen Arbeitsplätze in den Schulen vorfinden.

Vor dem Hintergrund hätte ich mir gewünscht, dass Schulsenator Rabe bei dieser Debatte anwesend ist. Dass er nicht anwesend ist, schreibe ich dem Umstand zu, dass es ihm wahrscheinlich peinlich ist, sich anhören zu müssen, wie er vom

Finanzsenator mit Sparbeschlüssen belegt worden ist.

*(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Sie wissen doch ganz genau, warum er nicht da ist! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist eine Sauerei, was Sie hier machen! Es ist allen Fraktionen mitgeteilt worden, warum er nicht da ist! – Andy Grote SPD: Sie hätten sich sonst gar nicht getraut, das anzumelden!)*

Wir müssen, wenn wir uns das Musterflächenprogramm Containerhaltung und den Zustand des Schulbaus ansehen, konstatieren, dass von Finanzsenator Tschentscher und damit auch mit Rückendeckung des Bürgermeisters zumindest eine Kappung beschlossen und ein Schlusstrich in Bezug auf zusätzliche Baukosten gezogen worden ist.

Ich habe Ihnen drei Papiere mitgebracht. Das erste Papier, das dazugehört, ist der Senatsvermerk vom 10. April 2012. Man muss an der Stelle noch einmal deutlich zitieren, was von den Schulleitern verlangt wird. Sie sollen Budgets aufschreiben für die Kosten ihrer Schule, und zwar Budgets, die sowohl die Mieten als auch das Personal und die Sachkosten enthalten. Und wenn die Kosten für Lehrkräfte, für Mieten der Schulgebäude und Sachkosten budgetiert sind, dann steht da messerscharf drin, dass angemeldete Mehrbedarfe Einsparungen im Schulbudget an anderer Stelle erforderten. Herr Holster, Sie haben das vorhin angesprochen, Sie haben die Stelle anscheinend nicht gelesen. Das bedeutet ganz klar, dass jeder Schulleiter, der einen Mehrbedarf an Zubauten anmeldet, sich überlegen muss, wo im Budget die Einsparung herkommt. Das ist aber noch nicht einmal das Schlimmste.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)*

Wenn es dabei bliebe, könnte man damit noch umgehen und sagen, dann müssten die Schulleiter eben jetzt ran und Budgets erstellen, aber im Oktober 2011, und das kommt nun aus der Schulbehörde, ist das Musterflächenprogramm – nennen wir es ruhig Musterflächenprogramm Containerhaltung – ausgegeben worden. In diesem Musterflächenprogramm wird der Anspruch, der nicht als Anspruch auf Bauen, aber immerhin als Anspruch auf Fläche gewertet und beschrieben wird, auf Flächen umgelegt und nicht mehr auf Räume. Das bedeutet für alle, die die Hamburger Schulen kennen, dass all die vielen Gartenschulen mit ihren ellenlangen Fluren und hohen Nebenflächen von vornherein ausgeklammert sind. Sie können sich in Verbindung mit dem Tschentscher-Papier die Hoffnung auf Zubauten abschreiben, weil sie eben Fläche pro Schüler haben, auch wenn es nur Flurflächen sind. Interessant ist in dem Zusammenhang, das möchte ich in diesem Gremium auch noch einmal zitieren: Der Flächenwert pro Schüler in die-

**(Dr. Walter Scheuerl)**

sem Musterflächenprogramm Containerhaltung beträgt für die Grundschüler 6,3 bis 7,2 Quadratmeter, das ist ein Ansatz. Für Stadtteilschüler sind 6,2 bis 7,9 Quadratmeter vorgesehen. Und dann gibt es die eine Hälfte der Schüler, die ab Klasse 5 aufs Gymnasium geschickt wird, sie bekommen eine Fläche von nur 5,2 bis 5,7 Quadratmetern.

*(Gerhard Lein SPD: Weil sie keine Werkstätten brauchen!)*

Mir hat bisher noch niemand vernünftig erklären können, warum denn bitte der Flächenwert – und wir sprechen nicht über Fachräume, wir sprechen über den Anspruch auf Fläche pro Kind, pro Jugendlichen in einem Schulgebäude – für die Gymnasiasten kleiner sein soll als für die anderen Schüler.

Aber noch wichtiger ist: Wenn die Schulleiter in dieses Musterflächenprogramm Containerhaltung hineinschauen, dann lesen sie dort auch, dass zuerst einmal der Ausbau der Ganztagschulen angegangen wird. Und dann kommen vorrangig erst einmal die Schulen dran, so steht es auf Seite 13, die nach dieser Flächenwertberechnung – es kommt nicht auf die Räume an – weniger Flächen haben. Das heißt, alle Schulen, die an sich über Flächen verfügen, aber auch dringenden Zubaubedarf haben, können ihren Bedarf sowieso abschreiben. Vor diesem Hintergrund hat der Schulsenator versagt. Ich hätte ihm gern die Hand gereicht und gesagt, dass wir parteiübergreifend einen Runden Tisch gründen müssen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Reden Sie eigentlich in Ihrer Fraktion miteinander? – Dirk Kienscherf SPD: Schämen sollten Sie sich! – Zurufe von der SPD)*

Es gibt die Fachleute, die den Schulbau regeln können, lassen Sie es uns gemeinsam angehen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Holster, Sie haben das Wort.

**Lars Holster SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Scheuerl, das war ganz großes Kino, was Sie hier abgeliefert haben. Auf all die sachlich falschen Dinge gehe ich hier gar nicht ein.

*(Beifall bei der SPD)*

Senator Rabe hat heute in der Funktion des KSK-Präsidenten einen Termin mit dem Bundespräsidenten. Dieser Termin war allen Fraktionen bekannt, es ist eine Forderung aus allen Bundesländern. Herr Scheuerl, ich fordere Sie auf, sich einmal mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden zu unterhalten, dann kann Ihnen so ein Fauxpas nicht noch

einmal passieren. Eine Entschuldigung an den Senator ist hier angebracht. – Vielen Dank.

*(Anhaltender Beifall bei der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Wird weiter das Wort zum ersten Thema gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum zweiten, von der GAL-Fraktion angemeldeten Thema:

### **Kinder- und jugendfeindliche Senatspolitik – Revolte in den Bezirken**

Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

**Christiane Blömeke GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nächstes Thema: Jugendhilfe. Vor gut einem Jahr haben wir mit Aufmerksamkeit die Regierungserklärung von Bürgermeister Scholz verfolgt. Ich zitiere aus Ihrer Rede, Herr Bürgermeister:

"Wir werden Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands machen."

*(Beifall bei der SPD)*

– Dass Sie klatschen, zeigt nur, dass Sie den Zusammenhang zu dem, was ich jetzt erzählen will, noch nicht begriffen haben.

*(Andy Grote SPD: Den gibt's auch nicht!)*

Ich bin noch nicht fertig mit dem Zitat, Sie können sich noch ein bisschen daran ergötzen.

"Kinderfreundlichkeit hängt nicht an warmen Worten und auch nicht bloß am Geld. Entscheidend ist, dass die Infrastruktur stimmt [...]."

Heute, ein Jahr später, müssen wir feststellen, dass die Worte des Bürgermeisters wirklich nicht mehr waren als warme Worte.

*(Dirk Kienscherf SPD: 15 Millionen Euro geben wir mehr rein, allein an GBS!)*

Die Realität sieht anders aus und aus unserer Sicht hat der Bürgermeister sein Wort gebrochen.

*(Beifall bei der GAL und der CDU)*

3,5 Millionen Euro Kürzungen in der Jugendarbeit vor Ort und in der Förderung bei den Familien. 6,7 Millionen Euro Einsparungen bei den Zuwendungen, mit denen Einrichtungen der Integration des Opferschutzes, Einrichtungen der Jugendhilfe oder der Sportjugend oder aber auch Jugendorganisationen unterstützt werden. Das ist das, was uns bislang bekannt ist, und das wird noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Aktuell erreichte uns am letzten Wochenende die Meldung, dass der Senat und Bürgermeister Scholz nicht einmal

**(Christiane Blömeke)**

davor zurückschrecken, die Nordseekuren der Rudolf-Ballin-Stiftung für Kinder aus armen Familien ersatzlos zu streichen, und das, um 2 Millionen Euro einzusparen. Das ist eine Schande, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Olaf Ohlsen CDU: Skandal!*)

Es grenzt doch wirklich an Realitätsverlust, Herr Bürgermeister, wenn Sie diese Politik auch noch als kinder- und familienfreundlich bezeichnen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* und *Katja Suding*, beide FDP)

Die SPD-Sparkeule trifft vor allem die benachteiligten Kinder und Familien dieser Stadt, nämlich die, die sich am wenigsten wehren können. Ich frage mich, Herr Bürgermeister Scholz, wie Sie diese unsozialen Kürzungen mit Ihren Werten, die wir in der Regierungserklärung hören mussten, nämlich Solidarität und Gerechtigkeit, vereinbaren können. Das lässt sich nicht vereinbaren.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Diese Frage stellt sich vor allem deswegen, weil die SPD-Fraktion und auch der Senat nicht unter Spardruck handeln, denn das Geld ist vorhanden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wann beschließen wir die Schuldenbremse?*)

– Lassen Sie mich ausreden, Herr Dressel.

Sie wollen Millionen in die Hand nehmen, um Ihre vollmundigen Wahlversprechen zu finanzieren. Sie nehmen Hunderte Millionen Euro in die Hand für fragwürdige Unternehmensbeteiligungen bei Hapag-Lloyd.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Allein die Zinsen für Hapag-Lloyd belaufen sich auf 15 Millionen Euro, die aus dem Betriebshaushalt herausgenommen werden. Das ist genau das, was an anderer Stelle eingespart werden soll. Die Rechnung für diese Ausgaben sollen jetzt die Kinder und Jugendlichen und die Familien dieser Stadt bezahlen und das ist traurig.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Diese Senatspolitik, und das finde ich bemerkenswert, treibt sogar die Genossen in den Bezirken zur Revolte. Sie haben nämlich keine Lust, das auszubaden, was ihr Senat hier verzapft. Alle sieben Hamburger Bezirke haben Beschlüsse gegen die geplanten Kürzungen in der Jugendhilfe, in der Jugendarbeit und in der Familienförderung gefasst, in einigen Bezirken, beispielsweise in Eimsbüttel und Wandsbek, auch mit den Stimmen der SPD. Es gibt auch Bezirke, in denen Ihre Genossen nicht ganz so mutig sind, sich gegen den Senat zu

stellen; da haben sie sich enthalten, oder es läuft wie am letzten Montag in Altona, als die SPD lieber gar nicht an der Abstimmung teilgenommen hat,

(Heiterkeit bei der GAL)

aber immerhin gibt es eine Revolte in den Bezirken gegen diesen SPD-Kurs.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Im Gegenzug – ich weiß schon, was Frau Leonhard oder der Senat gleich sagen werden – versucht der Senat zu beschwichtigen. Wie macht er das? Sie verkünden, dass die Jugendhilfe mit einer Steigerung von 14 Prozent das Wachstumsfeld der Senatspolitik sei.

(*Ksenija Bekeris SPD: Ist ja auch so!*)

Angesichts der geplanten Kürzungen ist es zynisch, von Wachstumsfeld zu sprechen. Hinter der Steigerungsrate verbergen sich hauptsächlich gesetzliche Leistungen und ansonsten setzen Sie einseitig auf den Krippen- und Kita-Ausbau.

(*Andy Grote SPD: Was heißt denn einseitig? – Dr. Andreas Dressel SPD: Dann stimmt doch morgen dagegen! Bisher haben Sie immer mitgestimmt!*)

Vielleicht haben Sie vergessen, dass aus Kindergartenkindern Jugendliche werden und Jugendliche nicht zwölf Stunden am Tag in der Schule sind.

Herr Bürgermeister, wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, dann ändern Sie Ihren Kurs in der Familienpolitik. Das Leben von Kindern, Jugendlichen und Familien spielt sich nicht nur in Kita und Schule ab. Gerade Jugendliche brauchen auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben unsere Aufmerksamkeit und Angebote auch für ihre Freizeit, damit sie eben nicht an Bahnhöfen oder in Parks herumlungern. Sie haben das Recht, Schwerpunkte zu setzen, aber nicht auf dem Rücken der Schwächsten.

(Beifall bei der GAL und bei *Finn-Ole Ritter* FDP – *Ksenija Bekeris SPD: Ihre Vorschläge möchte ich mal hören! Sie ist ja unmöglich!*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Frau Dr. Leonhard.

**Dr. Melanie Leonhard** SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es stehen heute und es werden auch im nächsten Haushalt so viele finanzielle Mittel für Kinder und Familien zur Verfügung stehen wie nie zuvor in Hamburg und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

**(Dr. Melanie Leonhard)**

Im gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe steigen die Ausgaben von 2011 bis 2013 von rund 780 Millionen Euro auf 890 Millionen Euro, also um über 110 Millionen Euro. Diese Steigerung von 14 Prozent dokumentiert deutlich, dass Kinder- und Jugendhilfe für uns Priorität haben.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt insbesondere für die frühe Bildung, die die Grundlage für alles Folgende ist, und übrigens auch für die Bedarfe der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe. Wir weiten die Rechtsansprüche auf frühe Bildung schon jetzt aus. Morgen beschließen wir hier übrigens in großem Einvernehmen den allgemeinen Rechtsanspruch ab zwei zum 1. August 2012.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die müssen nicht zustimmen!)

Das ist kinder- und familienfreundliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Nach vielfältigen Belastungen der Familien durch die CDU und nach Schwarz-Grün mit extremen Gebührenerhöhungen in Kitas ist eine Umsteuerung nötig. Die Gebührenrücknahme ist erfolgt, die Abschaffung des Essensgeldes auch und die Befreiung von den Gebühren für die fünfstündige Grundbetreuung kommt 2014. Wir schaffen zudem Qualität in der frühen Bildung und werden die Gruppengrößen in Kitas und Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, wie übrigens mit dem Landeselternausschuss, also im breiten gesellschaftlichen Konsens vereinbart, verkleinern.

(Beifall bei der SPD)

Das alles sind ohne Zweifel ehrgeizige Vorhaben, die die Stadt auch finanzieren muss. Wir setzen hier einen Schwerpunkt, so auch beim Ausbau der GBS, der "Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen".

(Jens Kerstan GAL: Sagen Sie doch mal was zu den Kürzungen!)

Hierfür wendet der SPD-Senat – und jetzt hören Sie gut zu, Herr Kerstan – mit rund 115 Millionen Euro 30 Millionen Euro mehr auf als von Ihnen vorgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Kraftakt für mehr Kinder als von Ihnen vorgesehen plus pädagogisches Budget plus Betreuung in den Ferienzeiten, unabhängig von Gruppengrößen und finanzierten Kooperationszeiten.

(Olaf Ohlsen CDU: Komm mal zum Thema!)

CDU und GAL haben hier jahrelang ein jämmerliches Hin und Her geboten und sich mit Hortträgern nicht einigen können. Wir haben das jetzt hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Annehmlichkeiten von GBS sind die Regierenden von damals gern dabei. Aber soll und kann trotz Ganztagschulen, trotz GBS in Kinder- und Jugendhilfe alles beim Alten bleiben? Nein, und daraus folgen Fragen, vor denen hier fast alle Oppositionsparteien Angst haben.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir haben keine Angst!)

Gleichwohl gibt es von der GAL, der Anmelderin dieses Themas, eine interessante Einlassung zur GBS, und zwar seitens der schulpolitischen Sprecherin – ich zitiere –:

"Diese Schulform sollte jedoch nur eine Übergangsform bis zum gebundenen Ganztags sein."

Ist das die Position der gesamten Grünen? Wo bleiben denn da die Horte, wo bleiben da Ihre viel zitierten Träger und die Zusammenführung von Profession von Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und wo bleibt da die offene Kinder- und Jugendarbeit? Klären Sie das für sich und erklären Sie das einmal denen, für die Sie hier zu sprechen glauben.

(Beifall bei der SPD)

GBS ist an vielen Orten schon Wirklichkeit und wird längst weiter ausgebaut. Neue Rahmenbedingungen müssen dazu führen, Strukturen zu überdenken. Der erweiterte Rechtsanspruch, Ganztagschule und der Ausbau von sozialräumlichen Angeboten sind deutliche Veränderungen, die unbestritten die Infrastruktur unserer Stadt verändern. Das sind Veränderungen, die gewollt sind und die im Übrigen von vielen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen auch begrüßt werden. Über die in Aussicht stehende Absenkung der Rahmenzuweisung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit an die Bezirke hat die BASFI diese auch rechtzeitig informiert,

(Jens Kerstan GAL: Dann ist ja alles gut!)

damit sie die notwendigen Auswertungen und Schwerpunktsetzungen bei ihrer Arbeit auch vornehmen können, und das war richtig. Das führt auch zu vielen Diskussionen, aber die müssen vor Ort auch geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik hat für die Hamburger SPD Priorität, was sich eindeutig im Haushalt abbildet. Die stärkere frühe Bildung und GBS treffen auf breite Unterstützung, denn diese Politik ist in Wahrheit allgemein familien- und kinderfreundlich.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Gladiateur.

**(Präsidentin Carola Veit)**

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt kommt das Betreuungsgeld!)

**Dennis Gladiator** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 23. März 2011 hat Bürgermeister Olaf Scholz von diesem Rednerpult aus angekündigt, Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands machen zu wollen.

(Zurufe von der SPD)

– Das mögen Sie selbst schon gar nicht mehr hören, weil es mit der Realität Ihres Handelns nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL*)

Ich weiß auch, warum Sie es nicht hören wollen,

(*Gabi Dobusch SPD*: Haben Sie eben nicht zugehört?)

denn heute, ein gutes Jahr seit Alleinregierung der SPD, müssen die Eltern, Kinder und Jugendlichen schmerzhaft erfahren, dass diese Worte des Ersten Bürgermeisters nicht mehr waren als bloße Ankündigungen. Mittlerweile wissen die Eltern in Hamburg, dass Sie eben nicht mehr investieren für Kinder und Jugendliche,

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

sondern dass Sie mit einer großen Ignoranz im Kinder- und Jugendbereich kürzen.

(Beifall bei der CDU)

Diese vom Senat geplanten Kürzungen sind nicht alternativlos, sie sind auch nicht zwingend erforderlich. Diese Kürzungen sind politisch gewollt, denn sie dienen zur Finanzierung Ihrer teuren Wahlversprechen.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Alein die Abschaffung des Essensgeldes in der Kita, von der auch die Gut- und Spitzenverdiener profitieren, kostet die Stadt jährlich 21 Millionen Euro. Um diese und andere Wohltaten finanzieren zu können, will der Senat nun Jugendeinrichtungen schließen und Kuren für besonders belastete Kinder streichen. Eine solch schäbige Politik auf Kosten der Schwächsten muss schleunigst beendet werden.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der GAL und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Alein im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit will der SPD-Senat ab dem nächsten Jahr 3,5 Millionen Euro einsparen. Eine solch drastische Kürzung, das wissen auch Ihre Kollegen zumindest in den Bezirken, wird zwangsläufig dazu führen, dass wichtige niedrigschwellige Angebote ge-

schlossen werden müssen. Deshalb haben Ihre Kollegen in den Bezirken dieser Sparpolitik auch nicht zugestimmt. Sie hatten entweder den Mut, sich dagegengustemmen, oder zumindest so viel Kraft, zu schweigen und sich nicht dem Senat zu beugen.

Damit aber nicht genug. Sie kürzen auch noch weitere 6,7 Millionen Euro bei den überregionalen Zuwendungen. So haben wir am Wochenende erfahren, dass der Senat plant, die Zuwendungen an die Rudolf-Ballin-Stiftung um 2 Millionen Euro zu kürzen. Das ist schon ein starkes Stück, denn ohne diese Zuwendung kann die Stiftung nicht mehr bis zu 600 Kindern pro Jahr, die aus besonders belasteten Familien kommen, einen Kuraufenthalt auf Föhr ermöglichen, und gerade diese Kinder, die mehrfach belastet und oft traumatisiert sind, haben diese Hilfsangebote zur psychischen Stabilisierung unbedingt nötig.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL* – *Andy Grote SPD*: Geben Sie die Rede doch an Ihre Kollegen weiter, dann können wir sie noch ein drittes Mal hören!)

Diese Idee ist nicht neu, es gab sie 2004 in der Tat schon einmal. 2004 hatte die Sozialbehörde die Überlegung, die Unterstützung für die Kinderkuren zu streichen, doch damals hat die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft diese Idee zurückgenommen und sich dagegen gestemmt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Am Schluss haben Sie die Eltern abgezockt!)

Das erwarten die Hamburger heute auch von Ihnen, und die Hamburgerinnen vielleicht noch viel mehr, dass die Abgeordneten der SPD aufstehen und diese unsinnige Sparidee des Senats verhindern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Herr Dr. Dressel, da ich nicht die Hoffnung habe, dass Sie auf die Opposition hören, möchte ich Ihnen eine kleine Brücke bauen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir hören genau zu!)

Sie müssen gar nicht auf uns hören, Sie können der Argumentation Ihres früheren Fraktionsvorsitzenden und des heutigen Innensenators Michael Neumann folgen, der 2004 sehr zutreffend gesagt hat – ich zitiere –:

"Die Streichung [der Kinderkuren] bedeutet nicht den Verzicht auf Luxus, sondern Kinder, die Hilfe brauchen, bekommen keine mehr."

Oder wenn Sie nicht auf Herrn Neumann hören wollen, vielleicht hören Sie auf Ihren Fraktionskollegen Mathias Petersen, der es 2004 auf den Punkt brachte, als er sagte:

**(Dennis Gladiator)**

"Die Streichung von Kinderkuren ist mit keinem Haushaltszwang der Welt zu entschuldigen."

(Heike Sudmann DIE LINKE: Schöne Zitate!)

Liebe Kollegen der SPD, Michael Neumann und Mathias Petersen haben recht. Haben Sie nun den Mut und hören Sie auf Ihre Parteifreunde, hören Sie auf Ihren Verstand und lehnen Sie die Kürzung mit uns gemeinsam ab.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Verstecken Sie sich bitte auch nicht hinter der Aussage des Ersten Bürgermeisters, er wolle nun Spender für die Finanzierung der Kinderkuren suchen. Es kann doch wohl niemand in diesem Haus ernsthaft wollen, dass die Kinderkuren künftig nur noch dann möglich sind, wenn der Erste Bürgermeister einen Spender findet, der diese finanzieren kann. Ein so wichtiges Hilfsangebot für die Schwächsten unserer Stadt gehört zu den Kernaufgaben des Staates und muss auch weiter vom Staat wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Es hilft Ihnen da auch nicht,

(Glocke)

dass die Redezeit vorbei ist. Die sozialpolitische Geisterfahrt der SPD muss ein Ende haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Ritter.

**Finn-Ole Ritter** FDP: Herr Grote, liebe SPD-Fraktion! Auch ich möchte mit einem Zitat beginnen, dieses Mal aber nicht mit dem gleichen, das Sie eben schon gehört haben. Herr Dressel, ich muss es Ihnen leider einmal vorlesen:

"Nur mit professioneller Vielfalt der Jugendhilfe, zu der auch eine lebendige offene Kinder- und Jugendarbeit zählt, die sich eng am Sozialraum orientiert, werden wir überall gute Chancen und Perspektiven für unsere Kinder und Jugendlichen ermöglichen können."

– Zitat aus dem Regierungsprogramm der SPD.

Meine Damen und Herren! Die Realität der Sozialdemokratie ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der GAL)

Natürlich hat für die FDP-Fraktion auch eine solide Haushaltspolitik Vorrang. Intelligentes Sparen und

Prioritätensetzen gehören dazu, Herr Grote, Sie brauchen gar nicht zu gucken,

(*Andy Grote SPD:* Ich sag' doch gar nichts, aber gucken darf ich doch mal!)

aber nicht das, was Herr Senator Scheele momentan vollzieht, die Rasenmähermethode und die Kürzung bei den Bedürftigen zur Finanzierung Ihrer Wahlgeschenke.

(Beifall bei der FDP)

Hören wir uns doch einmal die Argumente des Senats im Einzelnen an. Die Schuldenbremse: Herr Senator, wir als FDP-Fraktion begrüßen die Schuldenbremse ausdrücklich.

(*Andy Grote SPD:* Aber?)

Aber – danke, Herr Grote, das nächste Mal dürfen Sie an der Rede ein bisschen mitarbeiten –

(*Andy Grote SPD:* Wir würden nicht auf einen Nenner kommen!)

die Prioritäten des Senats sind doch klar: Abschaffung des Essensgeldes für alle, Lebkuchen für alle, also auch für diejenigen, die sich den Beitrag leisten können. Abschaffung der Studiengebühren, die sozial gerecht sind, weil sie nachgelagert sind. Hapag-Lloyd, Rückkauf der Netze, das sind nur einige Beispiele. Geld ist also vorhanden, es ist alles eine Frage der politischen Prioritäten, Herr Dressel.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was ist mit den Hotels?)

Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft, das müssten Sie wissen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Was ist mit dem Kita-Ausbau?)

– Dazu komme ich gleich, ich habe erst die Schuldenbremse genommen.

Wir stellen fest, dass Geld in Milliardenhöhe da ist für die SPD. Zielgruppe, wenn wir die Streichung der Kinderkuren durchführen, sind Kinder aus besonders belasteten Familien. Sie bekommen während der Kur eine Auszeit von ihrer schwierigen Familiensituation.

Wie reagiert der Senat darauf? Die Sprecherin des Senators sagt, die Behörde tue ohnehin viel für die Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien, insbesondere beim Schutz und beim Kita-Ausbau. Interessant. Wenn man sich ein bisschen damit beschäftigt, welche Struktur die Kinderkuren der Robert-Ballin-Stiftung gehabt haben, dann sind acht Plätze vorgesehen für Kleinkinder bis zu sechs Jahren, 34 Plätze für Drei- bis Achtjährige – also größtenteils Schulkinder – und 60 Plätze für Schulkinder bis zu 16 Jahren.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Da sind auch Hortkinder dabei!)

**(Finn-Ole Ritter)**

Jetzt brauche ich eine Erklärung von Herrn Dressel, wie Schulkinder, die Kuren machen, vom Kita-Ausbau profitieren sollen. Da sind Sie mir eine Antwort schuldig.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: GBS! Schon mal gehört?)

– Darauf komme ich jetzt, Herr Dressel.

Sie hauen mit Ihrer Axt mitten hinein in einen Umsteuerungsprozess, in dem die Ganztagschule beziehungsweise die ganztags betreute Schule eingeführt wird. Die FDP ist realistisch, es werden Veränderungen kommen und wir stellen uns auch nicht grundsätzlich gegen Kürzungen in dem Bereich. Auch einige Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden nicht mehr notwendig sein, das müssen wir auch festhalten.

(*Andy Grote SPD*: Immerhin!)

Aber die Anpassung der Angebotsstruktur an die neue Schullandschaft, wenn neue Kooperationen entstehen, wird Zeit brauchen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist in Ordnung!)

Hier mit dem Sparhammer zu kommen, geht uns zu schnell und ist konzeptionslos.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das erfordert eine gute Angebotsplanung!)

Der Senator macht den zweiten Schritt vor dem ersten. Sie wissen nicht, welche Angebote nicht mehr gefragt sind oder durch die Schulen ersetzt werden. Deswegen auch die Forderung unseres FDP-Antrags in der letzten Bürgerschaftssitzung. Wir wollen eine konkrete Bestandsaufnahme, wo und wie dieses funktionieren soll, wo welche Angebote nicht mehr notwendig sind und wo welche Kooperationen möglich sind oder schon bestehen. Aber das ist alles momentan noch unklar.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Daran wird ja auch gearbeitet!)

Jetzt kommt das Hauptargument, das Frau Leonhard wiederholt vorbrachte, nämlich dass insgesamt mehr Geld da sei. 13 oder 14 Prozent seien eine enorme Steigerung im Bereich Kinder- und Jugendarbeit,

(Zurufe von der SPD: Ja!)

zum Beispiel der vorzeitige Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Ich zähle es noch einmal auf, denn es hört sich anscheinend gut an, zum Beispiel die Einführung der "Ganztägigen Betreuung und Bildung an Grundschulen".

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen diese Maßnahmen ausdrücklich, aber wie profitieren Schulkinder und Jugendliche von Krippenplätzen für unter dreijährige Kleinkin-

der, wie profitieren 15-Jährige von der Ausweitung der Ganztagsbetreuung an Schulen oder an Grundschulen? Das müssen Sie uns einmal erklären.

(*Andy Grote SPD*: Zeitversetzt!)

– Genau, zeitversetzt, aber Sie machen jetzt schon die Kürzungen?

Meine Damen und Herren! Schaffen Sie uns ein Konzept, und dann reden wir auch gern über notwendige Kürzungen in diesem Bereich. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 25 bis 49 Millionen Euro sollten laut BASFI gekürzt werden. Zwischenzeitlich redet der Senat von 67,5 Millionen Euro. Dieser Sozialkahltschlag wird die Stadt teuer zu stehen kommen. Dass diese Kürzungen die soziale Infrastruktur gefährden, ist eindeutig. Statt nach den dramatischen Todesfällen im Bezirk Hamburg-Mitte die Angebote auszubauen, setzt der SPD-Senat die Axt an der offenen Kinder- und Jugendarbeit an. Ihr Trick mit den Kürzungen wird nicht flächendeckend erfolgen, sondern dazu führen, dass Einrichtungen nach und nach schließen müssen. Dafür bereitet der Senat eine regionale, soziale Landkarte vor.

Dass Sie sich dabei nicht trauen, alle Kürzungen auf den Tisch zu legen, macht für Sie auch Sinn. Ein Teil der Einrichtungen wird nämlich im Glauben gelassen, dass sie davonkommen könnten. Es wird Ihnen jedoch nicht gelingen, etwas dagegen zu tun, dass sich überall in den Bezirken und auf Landesebene Widerstand gebildet hat.

Und es gibt noch einen Grund, warum Sie mit diesen Kürzungsvorhaben nicht durchkommen dürfen. Wenn diese erst einmal bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgt sind, werden weitere Kürzungen in anderen Bereichen folgen. Die Kürzungen bei den Kinderkuren sind eines der besten Beispiele. Bei den Kitas deutet sich schon an, dass der Ausgabenanstieg auf 0,88 Prozent begrenzt werden soll. Dabei gibt es in den bezirklichen Einrichtungen nichts zu kürzen. Sie funktionieren ohne das Ehrenamt sowieso schon kaum.

In einem Schreiben der BASFI wird eine Recherche erwähnt, nach der von 169 Einrichtungen nur 123 über bis zu zwei Vollzeitstellen verfügen. Davon verfügen 54 Einrichtungen nur über eine volle Stelle. Diese Zahlen zeigen, wie prekär die Lage in einem Großteil der Einrichtungen ist.

Es zeigt allerdings auch, wie berechtigt unser Antrag auf eine Mindestausstattung ist. Wenn man

**(Mehmet Yildiz)**

auch noch bedenkt, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit seit Jahren keine zusätzlichen Mittel zugewiesen erhielt und damit in der Vergangenheit nicht einmal die Inflationsrate und die Tarifierhöhungen beim Personal ausgleichen konnte, dann wird klar, dass der Senat damit spielt, diesen Bereich gegen die Wand zu fahren. Dass dieser Bereich als letzter gebührenfreier, niedrighschwelliger Ansatz eine Stützfunktion für viele Kinder und Jugendliche ist, wird leider nicht gewürdigt.

Herr Scheele, Sie wissen ganz genau, wem Sie die Möglichkeit der Freizeitgestaltung und die Teilhabe am öffentlichen Leben verkürzen wollen. Das ist unsozial und spaltet die Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen kennen ihre Stadtteile und ihre Probleme vor Ort; hören Sie auf sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt dass Sie in diesem Bereich kürzen, sollten Sie eigentlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit dankbar sein. Das wissen auch die Bezirke, und deswegen haben ausnahmslos alle Jugendhilfeausschüsse, der Landesjugendhilfeausschuss und viele Bezirksversammlungen gegen diese Kürzungen gestimmt. Dabei haben meine Vorredner auch erwähnt, dass auch Ihre SPD-Kolleginnen und -Kollegen in einigen Bezirken dagegen gestimmt haben, und das ist auch richtig. Nehmen Sie diesen Widerstand ernst.

Meine Damen und Herren! Der Widerstand der Einrichtungen, der Beschäftigten, der Familien und Kinder in den letzten Wochen hat gezeigt, dass der Senat nicht einfach über die Köpfe der Menschen hinweg den Rotstift ansetzen darf. Wir haben im Ausschuss eine Anhörung für den 29. Mai durchgesetzt. Für diesen Tag plant der "RADschlag" in Hamburg eine große Demonstration. Das werden ein heißer Sommer und auch ein heißer Herbst für Sie werden.

Gleichzeitig wird es eine Menge Ärger für die Regierung geben. Es ist gut, dass die Opposition in diesem Bereich zusammenhält und gemeinsam vorgeht. Aber gleichzeitig möchte ich die Opposition vor einem warnen: Es geht nicht, dass wir einen Bereich gegen den anderen ausspielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was im frühkindlichen Bereich richtig gemacht wurde, unterstützen wir, aber das heißt nicht, dass wir den Kürzungen der SPD zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, aber das Geld ist ja nur einmal da!)

– Herr Dressel, können Sie sich auf eines gefasst machen, nämlich dass es für Sie nicht einfach wird. – Danke schön.

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gute Politik für Kinder und Jugendliche sichert die finanziellen Grundlagen des Gemeinwesens so, dass auch unsere Kinder die Gewissheit haben, dass ihnen mindestens die gleichen Gestaltungsspielräume für eine Kinder- und Jugendpolitik verbleiben, wie sie uns heute zur Verfügung stehen. Und dazu ist eine Politik notwendig, die sorgsam mit Finanzen umgeht und keine weiteren Schulden zulasten der Kinder und Jugendlichen in Zukunft anhäuft.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig muss die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte so verbessert werden, dass der zwingende Konsolidierungsbedarf nicht dazu führt, dass heute Spielräume so verengt werden, dass eine zukunftsorientierte Politik für Kinder und Jugendliche unzutraglichen Belastungen ausgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir wissen doch aus Beispielen, dass die Sozialpolitik immer Verlierer in Haushalten mit überbordender Verschuldung ist. Und vor diesem Hintergrund einer generationenorientierten Verteilungsgerechtigkeit setzt der Hamburger Senat seine Prioritäten. Sie wissen, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist der Schwerpunkt des Senats, dies deshalb, weil eine gute Politik in diesem Bereich die Grundlage für Chancengleichheit junger Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ist. Dieser Aspekt der Chancengleichheit ist mithin der Kern der Ausrichtung der Politik für Kinder und Jugendliche des Senats und meiner Behörde.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb steigen – darauf wurde mehrfach hingewiesen, ich finde es auch nicht spaßig, es ist anstrengend, das zu erreichen – die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe von 780 Millionen Euro auf 890 Millionen Euro zwischen 2011 und 2013. Ich bitte zu beachten, dass der Haushalt insgesamt nur um 0,88 Prozent wächst. Es ist deshalb einfach irre und bloße Polemik, hier von Kahlschlag oder Ähnlichem zu reden, denn das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Yildiz?

**Senator Detlef Scheele** (fortfahrend): Nein.

Wir setzen Prioritäten im quantitativen wie qualitativen Ausbau der Krippenplätze. Der Rechtsan-

**(Senator Detlef Scheele)**

spruch ab zwei Jahren kommt ab dem 1. August. Dies gibt es nirgendwo in Deutschland, und die Erzieher-Kind-Relation wird zum 1. Januar 2013 in den Stadtteilen, in denen die Belastung am größten ist, deutlich verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Das Angebot an Kitas ist vorbildlich. Ab 2014 werden wir die fünfstündige Betreuung in Kitas und Krippen kostenfrei stellen. Die Umstellung der Hamburger Grundschulen auf Ganztagschulen ist in vollem Gange, auch hier sind wir bundesweit Vorreiter mit der gemeinsamen Gestaltung der Ganztagsbetreuung von Schule und Jugendhilfe in der GBS.

Wir kümmern uns außerdem ganz besonders um den Übergang von der Schule in den Beruf, denn hier verlieren wir zurzeit zu viele junge Menschen. Deshalb werden wir allen Jugendlichen, die die Stadtteilschule verlassen, in diesem Herbst ein Angebot zur Berufsorientierung in Kooperation mit Betrieben anbieten, das ihnen auch über das Ende der Schulpflicht hinaus bis zum 25. Lebensjahr offensteht. Wir schaffen eine Jugendberufsagentur.

(Beifall bei der SPD)

Es wird im Rahmen dieses Systems für jeden eine zweite, dritte und vierte Chance geben, denn wir werden mittels Hausbesuchen auch jene freundlich belagern, die im Moment durch die Maschen des Systems rutschen. Niemand soll ohne aktive Hilfe bleiben und seine Chancen zu früh verspielen.

Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche ist, was im Mittelpunkt der Politik des Senats und meiner Behörde steht. Aber Neues kann nur entstehen, wenn Bekanntes auf den Prüfstand gestellt wird und wenn wir konsequent fragen, ob Angebote, die vor Jahren entstanden sind, heute noch die richtigen sind. Gleichzeitig ist zu vermeiden, dass explosionsartige Vermehrung gesetzlicher Leistungen alle zuwendungsfinanzierten Leistungen erdrosselt. Freiwillige Leistungen sind nicht unnötig oder wirkungslos, manchmal ist sogar das Gegenteil der Fall.

Meine Behörde kehrt rund 85 Millionen Euro an Zuwendungen jährlich aus. Wenn die gesetzlichen Leistungen weiter so explodieren, wie es die vergangenen Senate zugelassen haben, dann gibt es spätestens 2015 keine zuwendungsfinanzierten Systeme in der Sozialbehörde mehr. Auch deshalb ist eine Umsteuerung zwingend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, wir haben in diesem Zusammenhang den Bezirken mitgeteilt, dass wir die Rahmenezuweisungen um rund 10 Prozent, von 33,6 Millionen Euro auf 30,1 Millionen Euro, reduzieren. Grundlage dafür sind die Haushaltsbeschlüsse des Senats mit Blick auf die Vereinbarung zur Schuldenbremse und den Haushalt 2013/2014. Aber es

handelt sich in Wahrheit um keine Kürzung, sondern um eine Umsteuerung zugunsten der eingangs genannten Prioritäten unter dem Aspekt der Chancengleichheit. Wer sich dieser Umsteuerung verweigert, kapituliert vor den explodierenden Kosten gesetzlicher Leistungen und will nicht ernsthaft etwas für die verbesserte Chancengleichheit zukünftiger Generationen aufwenden, weder Geld noch Anstrengung.

(*Jens Kerstan GAL*: Das gilt doch überhaupt nicht für die Kinderkuren!)

Wir brauchen eine Umsteuerung der in bestimmten Bestandteilen wenig wirkungsvollen gesetzlichen Leistungen in den Sozialraum, damit die Wirkung besser wird und die Leistungen finanzierbar bleiben. Und diesen Umsteuerungsprozess gilt es gut zu flankieren.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL*: Und das trifft alles auf die Kinderkuren zu?)

Die Träger nämlich, die sich nun bedroht fühlen, müssen dies keineswegs, denn wer bisher gute Arbeit gemacht hat, soll das auch weiter tun können.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Und wo gestrichen wird, der hat also schlechte Arbeit gemacht?)

Was wir daher jetzt brauchen, ist eine neue aktuelle Jugendhilfeplanung, die auf diese veränderten Rahmenbedingungen eingeht, eine Jugendhilfeplanung, die nach allen Regeln der Kunst, so wie es das SGB VIII vorsieht, auch bestehende Strukturen und Angebote hinterfragt und sie nicht einfach immer fortschreibt.

(Beifall bei der SPD)

Eines haben wir in den letzten Wochen bei der Debatte dieses Themas gelernt: Eine solche Planung hat in den letzten Jahren nur sehr vereinzelt stattgefunden.

(*Dietrich Wersich CDU*: In jedem Bezirk!)

Jugendhilfeplanung heißt – Herr Ritter, ich komme auf Ihre Rede zurück –, den Rasenmäher im Schuppen zu lassen und ihn nicht anzuwenden, sondern sich der Beschwerneis auszusetzen, Prioritäten zu setzen, einzelne Schwerpunkte zu setzen und dafür den Mut aufzubringen.

(*Katja Suding FDP*: Dann legen Sie mal ein Konzept vor!)

Es heißt nicht, einfach allen etwas wegzunehmen und damit in der Tat viele zu gefährden. Es heißt, Schwerpunkte zu setzen, und hierfür schaffen wir vernünftige Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Erstens: Wir sorgen für eine vernünftige Mittelausstattung. Die den Bezirken in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich inklusive

**(Senator Detlef Scheele)**

der sozialräumlichen Angebote auf 46,5 Millionen Euro und liegen damit um 13 Millionen Euro über dem Ansatz von 2010. Es sind also mehr Mittel, nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Doppelhaushalt 2013/2014 werden noch mehr Mittel als 2010 zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist vorgesehen, die Mittel für die Hilfen zur Erziehung im Doppelhaushalt um rund 14 Millionen Euro gegenüber 2012 zu erhöhen. Von Kahlschlag ist hier keine Spur.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir öffnen die Mittel der Hilfen zur Erziehung für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dazu machen wir die Mittel aus den gesetzlichen Leistungen der Hilfen zur Erziehung erstmals in vollem Umfang den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit zugänglich, wenn sie ihre Angebote so umsteuern, dass sie zur Vermeidung förmlicher Hilfen führen.

(Beifall bei der SPD)

Kinder- und Familienzentren halten solche Angebote heute teilweise bereits vor. Hier sind den Mittelvolumen faktisch nach oben überhaupt keine Grenzen gesetzt.

Drittens: Durch Deckungsfähigkeit werden wir die Flexibilität erhöhen. Dazu stellen wir innerhalb der Rahmenezuweisung an die Bezirke die volle Deckungsfähigkeit her. Und wir werden die Mittel aus der Zweckzuweisung für Spielhäuser, immerhin 780 000 Euro, ebenfalls in die Rahmenezuweisung einbinden,

(*Dietrich Wersich CDU*: Die wird auch noch gestrichen, oder wie?)

um insgesamt die planerische und gestalterische Flexibilität vor Ort deutlich zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Wir werden das Bildungs- und Teilhabepaket noch besser nutzen. Wir beraten gern, wie die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket effektiver mobilisiert werden können. Die Spielräume sind bei Weitem nicht ausgeschöpft, wie man aus dem Zwischenbericht meiner Behörde deutlich sehen kann.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Wir haben einen Antrag eingebracht, den können Sie umsetzen!)

Fünftens: Wir werden die Kooperation zwischen GBS und Jugendarbeit weiter verbessern. Die zweiten Runden Tische an den Ganztagschulen haben wir noch vor uns. Die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen aus meiner Sicht strukturierter als bisher eingebunden werden. Hier kommt es aber auch auf die Kooperationsbereitschaft der freien Träger an, die Kooperations-

partner der Schulen geworden sind und die die Partner aus dem Sozialraum ins Boot holen müssen. Da gibt es deutliche Verbesserungsmöglichkeiten, und dafür will ich mich gemeinsam mit dem Schulsenator weiter einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens: Wir werden gezielte Umstrukturierungshilfen nach Abschluss der Jugendhilfeplanung leisten. Wenn nach Vorliegen der bezirklichen Planung – die brauchen wir, sonst können wir darüber gar nicht reden – zum Beispiel zeitliche Disparitäten zwischen dem Ausbau der ganztägigen Betreuung an Schulen und der Geschwindigkeit der Umstrukturierung in anderen Bereichen bestehen, sichere ich ausdrücklich zu, dass es Hilfen und Unterstützung bei dem Veränderungsprozess geben wird. Aber wir brauchen eine Planung dafür, damit wir gezielt helfen können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss ein Wort an die Opposition. Einerseits einen teilweise härteren Konsolidierungskurs zu fordern

(*Dietrich Wersich CDU*: Nein, aber man muss nicht das Mittagessen in der Kita umsonst machen!)

und andererseits jeden Veränderungsvorschlag mit dem Vorwurf des Kahlschlags zu geißeln, geht nicht. Wenn Sie ernst genommen werden wollen und die Kritik kein Ritual sein soll, dann müssen Sie auch Alternativvorschläge machen. Davon habe ich bisher wenig gehört. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Dann haben Sie nicht zugehört!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

(*Andy Grote SPD*: Jetzt mal was Lebensbejahendes!)

**Christiane Blömeke GAL**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer etwas schwierig – Senatoren haben schließlich längere Redezeiten –, das in fünf Minuten zu pressen, was ich gern darauf antworten möchte. Das wird an dieser Stelle schwierig, wir werden das natürlich im Fachausschuss weiter diskutieren.

Ich möchte mich auf zwei bis drei Punkte konzentrieren. Herr Senator Scheele, auch die Opposition, auch wir Grüne versperren uns überhaupt nicht einer neuen Jugendhilfeplanung

(Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

und einer Wirksamkeitsanalyse dessen, was hilft und was nicht hilft. Aber wir standen schon einmal an dieser Stelle und haben einfach das Problem,

**(Christiane Blömeke)**

dass Ihre Vorschläge nicht durchdacht sind, denn Sie haben gar keine Wirksamkeitsanalyse gemacht. Keiner sagt Ihnen, dass die sozialräumlichen Angebote direkt im Stadtteil wirklich mehr helfen als die sozialpädagogische Familienhilfe.

(Beifall bei der GAL)

Das heißt, bevor man so eine Wirksamkeitsanalyse nicht gemacht hat, kann man meiner Ansicht nach auch nicht alles umsteuern. Dass die Ganztagschule ausgebaut wird, damit sind wir Grüne völlig d'accord, das wollen wir auch. Eines der Systeme ist, dass wir die Jugendhilfe mit an die Schule holen wollen, es soll eine Kooperation geben mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, da hat er doch gerade eben etwas zu gesagt!)

Dann ist es doch absurd, wenn Sie, bevor sich das nicht schon einmal bewährt hat, nicht wenigstens ein oder zwei Jahre abwarten, um zu sehen, wie sie kooperieren und welche Angebote wo fehlen. Sie fangen dagegen von hinten an und sagen, es werde jetzt in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt und Einrichtungen müssten schließen. Gleichzeitig erwarten Sie jedoch, dass es eine Kooperation gibt. Das passt nicht zusammen und das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der GAL)

Es gibt einen großen Denkfehler in Ihrer Argumentation. Sie haben völlig recht, wir sind auch für die Einführung des Rechtsanspruchs für Kinder ab zwei Jahren, das ist eine gute Sache. Es ist auch genauso gut, Krippenplätze auszubauen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und teuer vor allem!)

Das ist alles gut und richtig, aber es gibt dabei ein Denkproblem: Ihre Politik setzt Prioritäten einseitig nur im Bereich Kita und Schule.

(Jan Quast SPD: Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich fand es ganz richtig, was ich am Ende sagte, und Herr Ritter hat es noch einmal bestätigt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nur! Was heißt nur?)

– Herr Dressel, wenn Sie mich einmal ausreden lassen würden, würden Sie es auch begreifen. Sie haben noch kleine Kinder, daran liegt es vielleicht.

Wenn die Kinder ins Jugendalter kommen, dann nützt ihnen der Kita-Ausbau nichts.

(Beifall bei der GAL)

In der Kita sind Krippenkinder. In der Schule möchte ich meine Kinder auch nicht zwölf Stunden am Tag wissen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer redet denn von zwölf Stunden?)

Das ist es doch genau, die Kinder kommen nämlich aus der Schule und brauchen Angebote in ihrer Freizeit. Im Moment regen sich viele darüber auf, wie viele Jugendliche am Bahnhof sitzen oder in Parks, weil sie keine Plätze haben, keine Orte, an denen sie sich treffen können. Dafür sind die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit da, beispielsweise Bauspielplätze oder der Jugendclub an der Ecke. Wenn Sie dahin gehen und sagen, dass wir das alles so nicht mehr bräuchten und wir könnten die eine oder andere Einrichtung schließen,

(Jan Quast SPD: Was, das hat doch gar keiner gesagt!)

dann haben wir doch das Problem, dass die Jugendlichen einfach erst recht nicht mehr die Treffpunkte finden, die sie außerhalb ihres Elternhauses brauchen. Ihr Denkfehler ist, dass Sie meinen, alle Kinder und Jugendlichen lassen sich in Regeleinrichtungen einpressen.

(Jan Quast SPD: Sie haben einen Hörfehler, Sie hören nicht zu! – Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Christiane Blömeke** GAL (fortfahrend): Das geht vielleicht noch bei den Kita-Kindern, aber nicht bei Schulkindern. Es sind nur 50 Prozent, die in die Ganztagschule gehen. Was ist denn mit den anderen 50 Prozent, die nicht bis nachmittags in der Schule sind?

(Dirk Kienscherf SPD: Die gehen in die offene Jugendbetreuung!)

Was ist mit den Nachmittagsangeboten und den Abendangeboten? Ihre Politik hinkt genau an der Stelle: Wenn Sie über Jugendhilfepolitik reden, dann reden Sie über Schule. Das ist das Problem, Sie haben die Jugendhilfepolitik als solche nicht erfasst, sondern Sie meinen, dass Jugendhilfepolitik Schule und Kita bedeutet, und das ist verkehrt.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei Katja Suding FDP – Ksenija Bekeris SPD: Das ist totaler Quatsch!)

Ich möchte ganz deutlich fragen – darauf ist niemand aus der SPD, auch nicht Senator Scheele, eingegangen –, was die Streichung und die Kürzung der Kinderkuren mit dem Ausbau von Kitas zu tun hat und mit dem Ausbau von Schulen? Meinen Sie denn, dass die Kinder aus den armen Familien gesünder werden, wenn sie statt vier Wochen zur Kur vier Wochen in der Schule sind? Das kann nicht Ihr Ernst sein.

**(Christiane Blömeke)**

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU – Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Herr Dressel, sagen Sie mir bitte, warum Sie 2 Millionen Euro bei den Kinderkuren streichen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir streichen doch gar nicht! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir diskutieren doch nur darüber!)

Ihre Kinder verreisen vielleicht, für die Kinder der armen Familien jedoch sind das vier Wochen, die sie dringend brauchen. Währet den Anfängen, und darum sollten Sie versuchen, hier eine Wendung hineinzubringen, um Ihren Sozialsenator zu stoppen.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir werden uns keiner Diskussion verweigern, aber dann müssen die Vorschläge auch fundiert sein, nicht übereilt und überstürzt. Wir brauchen eine Wirksamkeitsanalyse. Was wir nicht brauchen, sind Vorschläge, die einfach einmal so eben gemacht werden, um irgendwo einzusparen.

Geld soll doch vorhanden sein. Natürlich verschließen wir uns auf keinen Fall der Schuldenbremse. Wir unterstützen sie, weil zukünftige Generationen natürlich nicht belastet werden sollen. Aber es ist Ihre Verantwortung in diesem Haushalt, wofür Sie das Geld ausgeben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Gabi Dobusch SPD*: Stimmt!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fand es sehr erstaunlich, wie die Sozialdemokratie mit der ersten heftigen Krise umgeht, mit der sie zu kämpfen hat, weil in den Bezirken ihre Mitglieder gegen das, was Sie an Politik betreiben, ihre Stimme erhoben haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wer? Also Krise würde ich nicht sagen!)

Sie haben auch schon so abgestimmt, und zwar anders, als Sie jetzt reden. Ich finde es enttäuschend, dass Frau Leonhard keines der Argumente, die in den Bezirken vorgebracht werden, hier aufgenommen hat und nicht versucht hat, dazu etwas zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Stattdessen haben wir das Phänomen, dass allgemeine Zahlen genannt werden nach dem Motto, dass Sie im Bereich der allgemeinen Kinder- und Jugendarbeit durchaus steigende Zahlen haben.

Dafür haben wir Sie auch gelobt. Wir wissen aber doch auch, wie notwendig diese Gesellschaft neue Investitionen und mehr Geld, gerade im Kinder- und Jugendbereich, braucht

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da kommt ja mehr Geld!)

angesichts der Anforderungen im Bereich der Migration. Dementsprechend ist die Ausgabenerweiterung völlig richtig. Sie müssen aber konkret beantworten, warum Sie die Kürzungen und Streichungen, die Sie veranlasst haben, indem Sie Ihren Senator unterstützt haben, richtig finden. Das unterliegt Ihrer Verantwortung.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir haben überhaupt gar nichts veranlasst!)

Der Senator sagt, irgendwann würde es auf den Prüfstand gestellt werden. Nein, er hat konkrete Vorgaben für die Bezirke gemacht, dass dort etwas gestrichen werden soll und dass dies als Ausgleich für andere Maßnahmen passieren soll. Das heißt, es sind Streichungen und keine Prüfungen; das wurde falsch dargestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist außerdem auch so, dass diese Maßnahmen konkret wirken; Frau Blömeke sagte es schon im Zusammenhang mit den Kuren. Natürlich trifft es die öffentlichen Kinder- und Jugendstrukturen. Sie wissen genau, wie viele engagierte Menschen dort arbeiten und wie wichtig diese Struktur ist. Sie zerschlagen momentan diese Strukturen, und das sind die Vorgaben, die Sie an die Bezirke gegeben haben. Warum?

(*Gabi Dobusch SPD*: Wir zerschlagen sie nicht!)

Ich finde auch interessant, dass der Senator sagte, diejenigen, die gut arbeiten, könnten weiterhin existieren. Was ist das für eine Aussage? Er sagt, dass davon praktisch ein Drittel verschwinden sollte, und zwar ohne Frage.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Hackbusch, gestatten Sie Herrn Schmitt eine Zwischenfrage?

**Norbert Hackbusch DIE LINKE**: Gern.

**Zwischenfrage von Frank Schmitt SPD**: Sie hatten eben gesagt, dass es Vorgaben des Senates gebe, dass die Jugendhilfeplanung Aufgabe der Bezirke und der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse sei. Dazu gehört eben auch, den Bedarf zu ermitteln, den Bestand zu erheben und eine Planung zu erstellen, und dazu gibt es keine Vorgaben, sondern das ist eine originäre Aufgabe der Bezirke

**(Frank Schmitt)**

und des Jugendhilfeausschusses. Würden Sie mir da zustimmen?

(Zuruf von *Christiane Blömeke GAL – Arno Münster SPD*: Er hat uns doch gar nicht gefragt!)

**Norbert Hackbusch DIE LINKE** (fortfahrend): Ich will Ihnen darauf gerne eine Antwort geben. Wenn der Senator sagt, dass eine bestimmte Anzahl gestrichen wird, dann übernimmt er in dem Moment die Verantwortung dafür, dass bisherige Maßnahmen, die von den Bezirken beschlossen worden sind, zu streichen sind.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Er entscheidet darüber, dass etwas wegfällt. Die Bezirke dürfen über die konkrete Ausformung der Streichungen entscheiden, aber dass sie zu streichen haben, finde ich falsch.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Dass es falsch ist, in diesem Bereich zu kürzen, sage ich Ihnen nach allen Aussagen und Auswertungen, die wir mit Ihnen und den Sozialdemokraten in den Bezirken erstellt haben. Und dass geprüft wird, hat der Senator falsch dargestellt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Doch, genau da wird geprüft!)

– Es wird nicht geprüft, sondern weggenommen.

Als Sozialdemokrat darf man Kinderkuren und die sozialen Maßnahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht streichen, und ich hoffe, dass Sie genug Rückgrat besitzen, dagegen aufzustehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Frau Leonhard.

**Dr. Melanie Leonhard SPD**: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin fast geneigt, eine Diskussion darüber anzufangen, welchen Abgeordneten das Wesen der Rahmenzuweisungen bekannt ist, einer Zuweisung, die die Behörde den Bezirken zur Verfügung stellt, um den Bezirken selber die Möglichkeit zu geben, nach bestem Wissen und Gewissen, nach der Erhebung von Zahlen

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Zu kürzen!)

und nach der Festlegung von sozialpolitischen Schwerpunkten Geld zu verteilen. Das ist überhaupt nicht zum Lachen.

Lieber Herr Ritter, ich finde es schön, dass Sie für Ihre Fraktion angekündigt haben, dass Sie mit bestimmten Schwerpunkten bereit sind, sich auf den

Weg zu machen und den Prozess der Umsteuerung zu begleiten.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Wir brauchen ein Konzept dafür, nicht nur Streichungen!)

Sie alle haben auf die offene Kinder- und Jugendarbeit verwiesen. Darunter sind viele Einrichtungen, die einst in Hamburg geschaffen wurden, um Kindern, die keinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung oder Kindertagespflege in Hamburg haben, einen Platz zu bieten.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das stimmt nicht! Die Entwicklungen gibt es schon länger als den Rechtsanspruch!)

– Doch, das stimmt.

Hier wird sich die Infrastruktur in Zukunft massiv verändern, und dem müssen wir Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Wer hat Ihnen das erzählt?)

Der eben von der GAL geleistete Beitrag hat deutlich dokumentiert, wie wichtig und bedeutsam es ist, dass Sie sich fraktionsintern noch einmal über den Begriff der Ganztagschule auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorhaben sind wichtig und herausfordernd, aber auch vertretbar vor dem Hintergrund der deutlichen Mehrausgaben, die Sie anerkannt haben.

(*Jens Kerstan GAL*: Sagen Sie doch mal was zu den Kinderkuren! Kein Wort!)

– Herr Kerstan, es ist gut.

(*Christiane Blömeke GAL*: Nee, ganz und gar nicht!)

Sie alle haben anerkannt, dass es wichtig und richtig ist, die Rechtsansprüche beim Thema Kindertagesbetreuung auszuweiten, und Sie haben ebenfalls anerkannt, wie bedeutsam es ist, sich dem Ausbau der ganztagsschulischen Bildung zuzuwenden. Sie finden alle richtig, dass wir das in Hamburg mit großer Mehrheit machen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Infrastruktur in den Bezirken verändern. Das ist schwierig und herausfordernd für die Bezirke, aber man muss sich den neuen Rahmenbedingungen stellen, man muss sinnvoll planen und schauen, welche Rolle der offenen Jugendarbeit zukommt. Wir sagen: eine starke. Hier wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt in den bezirklichen Planungen liegen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass man sich bei all diesen Planungen die vorhandenen Angebote ehrlich anschaut, zum Beispiel die Angebote, die von 13 bis 16 Uhr stattfinden.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Deshalb muss sofort gekürzt werden?)

**(Dr. Melanie Leonhard)**

Es ist zu überlegen, ob es möglicherweise Sinn macht, dem Träger vorzuschlagen, in einem anderen Aktivitätsfeld tätig zu werden. Ist das vielleicht ein Angebot für den Ausbau der sozialen Infrastruktur? All diese Fragen sind schwierig, anspruchsvoll und müssen gestellt werden. Das ist nötig, richtig, vertretbar und in den Bezirken richtig aufgehoben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Dann bekommt Herr Ritter das Wort für die verbleibenden zwei Minuten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nach dem Senat können wir noch mal ganz viel reden!)

**Finn-Ole Ritter FDP:** Mir reichen zwei Minuten, um das kurz zusammenzufassen für alle, die es hören möchten.

Herr Scheele hat die Prioritätensetzung beschrieben. Bei der SPD ist wohl angekommen, dass Prioritäten wichtig sind. Ich fasse sie für alle zusammen, damit es verständlich wird: Für die Albert Ballin, für Hapag-Lloyd, sind 15 Millionen Euro vorhanden, für die Rudolf-Ballin-Stiftung und die Hamburger Kinder nicht einmal 2 Millionen Euro. Das haben Sie als Sozialdemokraten zu verantworten.

(Beifall bei der FDP – Andy Grote SPD: So schlicht ist es leider nicht!)

Herr Grote, ich bin wirklich fasziniert. Das ist ein Modell für ganz Deutschland, das die FDP in unserem Antrag entwickelt hat, den wir letztes Mal gestellt haben.

(Andy Grote SPD: FDP sind Sie selbst!)

Wir brauchen Zeit, um nicht alles, was sich gerade entwickelt, sofort mit dem Dampfhammer totzuhauen, und diese bekommen wir mit dem Bildungs- und Teilhabepaket erstmals. Das ist ein FDP-Antrag, und jetzt hat der Senator gesagt, dass er das 1:1 so umsetzt, wie wir es beantragt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: FDP wirkt!)

Das heißt, dass die Liberalen im sozialen Bereich die Politik für die Sozialdemokraten entwickeln – ein neues Modell für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD: Super!)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das war so schnell, dass die letzte verbleibende Wortmeldung von Herrn Yildiz noch eine Minute hat.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:**\* Frau Präsidentin! Herr Scheele, Sie täuschen die Öffentlichkeit. Es ist richtig, dass die finanzielle Unterstützung im Be-

reich der Jugendhilfe gestiegen ist, die Anzahl der Betroffenen ist aber auch gestiegen.

Frau Leonhard, Sie können die Öffentlichkeit nicht darüber täuschen, dass der Senat 3,5 Millionen Euro bei den Bezirken kürzt. Das ist die Vorgabe und daran müssen sich die Bezirke halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Senator, Sie können doch nicht sieben Jugendhilfeausschüsse, Bezirksversammlungen, Hunderte von Jugendlichen, die auf der Straße waren, und Hunderte von Beschäftigten für dumm verkaufen und so tun, als ob sie keine Ahnung haben. Diese Menschen machen sinnvolle, gute Arbeit und betreuen Hunderte und Tausende von Jugendlichen. Sie wollen prüfen, ob diese Menschen sinnvolle Arbeit machen? Das ist nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Wir haben für die letzten 20 Sekunden keine Wortmeldung mehr. Ich stelle fest, dass die Aktuelle Stunde für heute beendet ist und wir morgen mit dem dritten Thema fortfahren werden.

Dann kommen wir zu den Wahlen, den Drucksachen 20/3554, 20/3691 und 20/3940: Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts, Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sowie dem Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts durch die Bürgerschaft.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts**

– Drs 20/3554 –]

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts**

– Drs 20/3691 –]

**[Senatsantrag:**

**Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts durch die Bürgerschaft**

– Drs 20/3940 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass diese drei Wahlen in einem Wahlgang, aber mit getrennten Stimmzetteln durchgeführt werden.

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, finden die Wahlen in Wahlkabi-

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

nen statt. Wir verfahren so, dass Herr Hakverdi und Herr Wankum, der sich jetzt auf den Weg machen sollte, abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihre drei Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit den Stimmzetteln gehen Sie dann in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidungen vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihre Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe damit abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen und für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 17.00 Uhr**

**Wiederbeginn: 17.25 Uhr**

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich gebe nun die Ergebnisse der Wahlen bekannt.

Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 116 Stimmzettel abgegeben worden, die alle gültig waren. Frau Professor Dr. Margarete Schuler-Harms erhielt 112 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Damit ist Frau Schuler-Harms zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind ebenfalls 116 Stimmzettel abgegeben worden, die auch alle gültig waren. Herr Friedrich-Joachim Mehmel erhielt 83 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Damit ist Herr Mehmel zum Mitglied des Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bei der Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind auch 116 Stimmzettel abgegeben worden. Keiner war ungültig, somit alle gültig. Herr Joachim Pradel erhielt 100 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Damit ist Herr Pradel zum Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte nun die Gewählten, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

Frau Schuler-Harms, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des ganzen Hauses aussprechen. Ich frage Sie nun, ob Sie die Wahl annehmen.

**Dr. Margarete Schuler Harms:** Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

**Präsidentin Carola Veit:** Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

**Dr. Margarete Schuler-Harms:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Carola Veit:** Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun als vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre Aufgabe. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Mehmel, die Bürgerschaft hat soeben auch Sie zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Im Namen des ganzen Hauses beglückwünsche ich Sie zur Wahl. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

**Friedrich-Joachim Mehmel:** Ja, gern.

**Präsidentin Carola Veit:** Auch Sie haben nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor Antritt Ihres Amtes vor der Bürgerschaft den erforderlichen Eid zu leisten. Ich lese auch Ihnen den Wortlaut vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

**Friedrich-Joachim Mehmel:** Ich schwöre es, so wahr mit Gott helfe.

**Präsidentin Carola Veit:** Dann darf ich auch Ihnen im Namen des ganzen Hauses die herzlichsten Glückwünsche aussprechen, eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, viel Glück und auch Ihnen Befriedigung bei Ihrer Aufgabe wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Pradel, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

**Joachim Pradel:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Carola Veit:** Als bisheriges vertretendes Mitglied des Verfassungsgerichts haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor unserem Hause bereits geleistet. Eine erneute Vereidigung ist nicht erforderlich.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute für Ihre Amtsführung, weiterhin eine glückliche Hand dabei, viel Glück und auch Ihnen Befriedigung für Ihre Aufgabe. Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, wir fahren fort. Die Glückwünsche reißen nicht ab. Ich kann Ihnen noch eine weitere freudige Mitteilung machen, die unsere Kollegin Birgit Stöver betrifft. Sie ist am 20. April Mutter eines Sohnes namens Arne geworden. Liebe Frau Stöver, im Namen des ganzen Hauses ganz herzliche Glückwünsche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann kommen wir zu Punkt 5 unserer Tagesord-

nung, Drucksache 20/3941, Senatsantrag: Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft.

**[Senatsantrag:**

**Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft**

**– Drs 20/3941 –]**

Auch für diese Wahl sind Wahlkabinen vorgesehen. Wir verfahren also wieder so, dass Herr Hakverdi und Herr Wankum abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen, den Stimmzettel entgegenzunehmen und in der Wahlkabine das entsprechende Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung auszufüllen. Der Stimmzettel ist bitte jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Sie kennen das, nach der Wahlhandlung stecken Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte jetzt Herrn Hakverdi, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Es wäre hilfreich, wenn alle soweit zuhören könnten, dass sie zumindest ihren eigenen Namen auch mitbekommen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte, nun die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 17.46 Uhr**

**Wiederbeginn: 17.55 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bitte nehmen Sie Platz.

Uns liegt jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs vor. Es sind 117 Stimmzettel abgegeben worden, keiner war ungültig, alle gültig. Herr Dr. Stefan Schulz erhielt 78 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen.

Nach Artikel 71 Absatz 4 unserer Hamburgischen Verfassung ist für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 81 Ja-Stimmen. Herr Dr. Stefan Schulz hat 78 Ja-Stimmen erhalten und

**(Präsidentin Carola Veit)**

ist somit zum Präsidenten des Rechnungshofs gewählt worden.

(Zuruf aus dem Plenum: Bei einer Zwei-Drittel-Mehrheit ist er nicht gewählt worden!)

Verzeihung, ich unterbreche kurz die Sitzung.

Meine Damen und Herren! Ich muss mich für den Zahlendreher entschuldigen, der mir eben unterlaufen ist und der aus 78 Stimmen 87 gemacht hat. Das macht die Sache aber nicht besser. Herr Dr. Stefan Schulz hat die vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft nicht erhalten, 78 Stimmen sind nicht ausreichend. Er ist somit nicht gewählt worden.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Sitzung des Ältestenrats.

**Unterbrechung: 17.58 Uhr**

**Wiederbeginn: 20.23 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Mir ist mitgeteilt worden, dass es einen Antrag zur Geschäftsordnung gibt. – Herr Dr. Dressel, bitte.

**Dr. Andreas Dressel** SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns liegt mit Drucksache 20/4155 der Antrag des Senats vor, einen Personalvorschlag erneut zu unterbreiten, über den wir vorhin abgestimmt haben. Wir haben in den Fraktionen und im Ältestenrat lange über alle möglichen Facetten dieses in der Tat für das Parlament nicht schönen Vorgangs debattiert.

Wir als SPD-Fraktion sind nach zwei Beratungen unserer Fraktion eindeutig und einstimmig zur Auffassung gelangt, dass es in einer solchen Situation besser ist, zu einer Entscheidung zu kommen. Es ist auch im demokratischen Verständnis nichts Ungewöhnliches, einen erneuten Wahlgang vorzusehen, auch wenn er am selben Tag stattfindet. Ich glaube, das kennt jeder aus seinen Parteien oder Fraktionen. Wir haben dabei abgewogen, dass die Möglichkeit einer Beschädigung von Personen im Amt des Rechnungshofs wesentlich höher ist, wenn wir das auf irgendwann verschieben. Wir wollen jetzt zu einer Entscheidung kommen. Deshalb stellen wir nach Paragraph 26 Absatz 4 Satz 2 zweiter Halbsatz unserer Geschäftsordnung den Antrag, die Drucksache 20/4155 an dieser Stelle auf die Tagesordnung zu nehmen. Ich bitte Sie um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Kerstan.

**Jens Kerstan** GAL (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einen größeren Schaden kann man dem Amt des Präsidenten des Rechnungshofs von Hamburg gar nicht zufügen, als mit dem, was wir hier gerade erleben müssen.

(*Dr. Christel Oldenburg* SPD: Dann hätten Sie ihn mal wählen müssen, Herr Kerstan!)

Es hat eine Abstimmung stattgefunden, bei der der Vorschlag des Senats in diesem Haus nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht hat. Ein zweiter Wahlgang ist nicht vorgesehen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen und verbraucht. Ob es in dieser Situation überhaupt zulässig ist, diesen Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung zu setzen,

(*André Trepoll* CDU: Das steht in der Geschäftsordnung!)

ist äußerst umstritten. Wir haben eben im Ältestenrat sehr lange darüber geredet und es wurden sehr unterschiedliche juristische Positionen ausgetauscht. Nachdem die drei kleineren Fraktionen in diesem Haus ihr Einvernehmen nicht erteilt haben, beschließen nun die beiden großen Fraktionen mit einem herbeigesuchten, bisher bei vielen in der ersten Sitzung des Ältestenrats auch nicht für möglich gehaltenen Geschäftsordnungstrick die Wiederholung der Wahl am gleichen Tag.

(Zurufe von der SPD: Oh, Oh! – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Das ist kein Trick!)

Das fügt dem Amt des Präsidenten des Rechnungshofs wirklich einen großen Schaden zu.

(Beifall bei der GAL, der FDP und der LINKEN)

Und das bei einem Amt, das nicht ohne Grund als Verfassungsorgan eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordert, weil dieses Amt auf eine hohe Glaubwürdigkeit angewiesen ist. Die Bürgerinnen und Bürger müssen davon ausgehen können, dass der Umgang mit öffentlichen Finanzen auch wirklich solide und parteiübergreifend kontrolliert wird.

(Zuruf von *Andy Grote* SPD)

In dieser Situation, wo der Vorschlag des Senats keine Mehrheit gefunden hat, dem Parlament keine Phase des Nachdenkens zugestehen, ist unklug und schadet dem Amt des Rechnungshofpräsidenten. Deshalb lehnen wir diesen Tagesordnungspunkt heute ab und werden uns als GAL-Fraktion an dieser unzulässigen Abstimmung nicht weiter beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der FDP und der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Frau Suding. Ich weise nochmals darauf hin, dass die Re-

**(Präsidentin Carola Veit)**

dezeit bei Bemerkungen zur Geschäftsordnung zwei Minuten beträgt.

**Katja Suding** FDP (zur Geschäftsordnung):\* Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich kann für meine Fraktion nur noch einmal sagen, dass wir bedauern, was heute hier geschehen ist. Wir denken, dass eine unnötige Beschädigung des Amtes des Präsidenten des Rechnungshofs stattgefunden hat. Wir bedauern das sehr. Wir haben – Herr Kerstan sagte es schon – sehr intensiv im Ältestenrat darüber diskutiert, ob der jetzt von der SPD-Fraktion gestellte und von der CDU-Fraktion unterstützte GO-Antrag zulässig ist. Es gibt darüber sehr kontroverse Auffassungen. Deswegen sind wir wie die GAL der Meinung, dass wir in dieser strittigen Sache mit natürlich ungewissem Ausgang nicht gegen den Willen aller drei kleinen Oppositionsfraktionen den Punkt heute erneut auf die Tagesordnung setzen lassen. Auch wir als FDP-Fraktion werden uns nicht an einer Abstimmung beteiligen. Ich kann nur an SPD und CDU appellieren, die Bedenken, die alle drei kleinen Oppositionsfraktionen unisono vortragen, ernst zu nehmen. Das ist dem Amt, das wir heute wählen, angemessen. Ich bitte, den Punkt nicht erneut auf die Tagesordnung zu setzen und den Antrag zurückzuziehen. Sollte es dazu kommen, dass Sie mit Ihrer Mehrheit den GO-Antrag beschließen, werden wir uns als FDP-Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligen. – Vielen Dank.

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn** DIE LINKE (zur Geschäftsordnung):\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch DIE LINKE ist der Auffassung, dass es, nachdem der Vorschlag des Senats für den Präsidenten des Rechnungshofs keine Mehrheit gefunden hat, politisch der falsche Weg ist, über eine Geschäftsordnungsdebatte heute einen zweiten Wahlgang durchzuführen. Dadurch macht man die erste Wahl nicht ungeschehen und man beschädigt das Amt des Präsidenten weiter.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Es ist auch nicht so, wie Herr Dressel meint, dass wir am Sankt-Nimmerleins-Tag die Wahl wiederholen wollen. Wir fänden es angemessen, wenn das am 23. Mai geschehen würde und sich die Beteiligten noch einmal darüber unterhalten, damit Sie ihren Vorschlag auch wirklich durchbringen. Wir halten es politisch für ausgesprochen problematisch, dass die beiden Parteien, die diesen Personalvorschlag tragen, gegen die drei Oppositionsparteien über den Weg der Geschäftsordnung versuchen, diese Wahl jetzt noch einmal durchzuziehen. Auch wir werden an der Wahl nicht teilnehmen.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und bei Robert Bläsing FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Wersich.

**Dietrich Wersich** CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Vorschlag des Ersten Bürgermeisters, Stefan Schulz zum Präsidenten des Rechnungshofs zu wählen, hat im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit bekommen, aber er hat eine überwältigende Mehrheit in diesem Haus von 78 Stimmen bekommen.

(Tim Golke DIE LINKE: Was ist denn an 78 Stimmen überwältigend?)

– Es ist deutlich mehr als die absolute Mehrheit.

Ich denke, es ist angemessen und richtig, dass heute eine zweite Abstimmung über den Antrag des Senats stattfindet. Ich möchte an die Kollegen, insbesondere der FDP und der GAL, an dieser Stelle appellieren und erinnern, dass sie von genau dieser Bestimmung in der Geschäftsordnung, die die Veränderung der Tagesordnung regelt, während ihrer Regierungszeiten regelmäßig und mehrfach Gebrauch gemacht haben,

(Jens Kerstan GAL: Das stimmt nicht!)

und zwar vom ersten Teil, der besagt, dass vor Eintritt in die Tagesordnung mit einfacher Mehrheit die Tagesordnung geändert werden kann. Die Geschäftsordnung regelt das. Dann geht diese Passage weiter, sie besagt:

"Spätere einvernehmliche Abweichungen vom Beschluss sind zulässig; erhebt sich Widerspruch, so bedarf eine Abweichung der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder."

Das ist eine klare Regelung in der Geschäftsordnung, vor Eintritt in die Tagesordnung die einfache Mehrheit,

(Jens Kerstan GAL: Noch nie angewendet!)

während des Sitzungsverlaufs die Zwei-Drittel-Mehrheit. Das sieht unsere Geschäftsordnung vor und wir wenden unsere Geschäftsordnung an. Deshalb bitte ich, auch wenn man das Verfahren nicht gut finden kann, die Kirche im Dorf zu lassen. Wir wenden unsere gemeinsame Geschäftsordnung an und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Es ist beantragt worden, die Ihnen vorliegende Drucksache 20/4155 gemäß Paragraph 26 Absatz 4 Satz 2 zweiter Halb-

**(Präsidentin Carola Veit)**

satz unserer Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Hiergegen hat sich Widerspruch erhoben. Das ist, glaube ich, deutlich geworden. Daher bedarf die Abweichung von der zu Beginn der Sitzung beschlossenen Tagesordnung der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. Das stimmen wir jetzt ab.

Wer dafür ist, die Drucksache 20/4155 auf die heutige Tagesordnung zu nehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das waren zwei Drittel der anwesenden Mitglieder. Damit ist die Tagesordnung entsprechend geändert.

Wir kommen sogleich zur Drucksache 20/4155. Das ist der erneute Antrag des Senats: Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft.

**[Senatsantrag:  
Vorschlag des Senats für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs durch die Bürgerschaft  
– Drs 20/4155 –]**

Für diese Wahl sind Wahlkabinen vorgesehen. Wir verfahren wieder so, dass Herr Hakverdi und Herr Wankum abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort die Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Mit den Stimmzetteln gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahl stecken Sie bitte Ihren Stimmzettel in die dafür vorgesehene Wahlurne.

Dann bitte ich jetzt Herrn Hakverdi, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit ist die Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung wird die Sitzung unterbrochen.

Ich möchte noch einmal ansagen, was ansonsten noch im Ältestenrat vereinbart worden ist. Wir haben gleich noch eine Wahl einer Deputierten für die Behörde für Inneres und Sport. Schauen Sie

schon einmal alle, dass Sie den Stimmzettel parat haben, dann geht das auch zügig.

Danach haben wir die Debatte zu Tagesordnungspunkt 16, Netzgesellschaften. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatten zu Tagesordnungspunkt 17 – Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren –, 38 – Lärmaktionsplan – sowie 50 – minderjährige unbegleitete Flüchtlinge – und 45 – offene Kinder- und Jugendarbeit – entfallen. Es sind entsprechende Überweisungen an die Ausschüsse vereinbart worden.

Die übrigen Debatten finden dann statt.

**Unterbrechung: 20.42 Uhr**

**Wiederbeginn: 20.50 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Uns liegt jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs vor.

Es sind 88 Stimmzettel abgegeben worden, davon war ein Stimmzettel ungültig, somit waren 87 Stimmzettel gültig. Herr Dr. Stefan Schulz hat erhalten 81 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

Nach Artikel 71 Absatz 4 der Hamburgischen Verfassung ist für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofs eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 81 Stimmen. Herr Dr. Stefan Schulz hat 81 Stimmen erhalten und ist somit zum Präsidenten des Rechnungshofs gewählt worden.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU)

Herr Dr. Schulz, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses die Glückwünsche zu Ihrer Wahl aussprechen und eine allzeit glückliche Amtsführung wünschen. Herzlichen Glückwunsch.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 6 unserer Tagesordnung. Das ist die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:  
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport  
– Drs 20/3961 –]**

Für diese Wahlhandlung liegt Ihnen der Stimmzettel vor. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei

**(Präsidentin Carola Veit)**

erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführer, die Stimmzettel einzusammeln. Dann schließe ich jetzt die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgegeben.\*\*

Wir kommen zu Punkt 16, Senatsantrag: Beteiligung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme.

**[Senatsantrag:  
Beteiligung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme  
– Drs 20/2949 (20/3746) –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/4127 ein Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion auf Vertagung der Drucksache 20/2949 gemäß Paragraph 16 Absatz 6 Satz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Vertagung der Vorlage  
zu TOP 16  
– Drs 20/4127 –]**

Grundsätzlich sind Vertagungen nach Paragraph 26 Absatz 1 Nummer 2 unserer Geschäftsordnung nur von einer eintägigen Sitzung auf die nächste möglich. Eine Vertagung des Tagesordnungspunkts von dieser Doppelsitzung auf die nächste Plenarsitzung wäre daher als Abweichung von der Geschäftsordnung nur einvernehmlich möglich.

Ich lasse zunächst über diesen Vertagungsantrag abstimmen.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ich stelle hiermit fest, dass es kein Einvernehmen für die Vertagung gibt.

Dann wird die für heute vorgesehene zweite Lesung über die Drucksache 20/2949 im Anschluss an die nun folgende Debatte erfolgen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Heintze, Sie haben es.

**Roland Heintze** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war bisher sicher ein spannender Sitzungstag, aber was sich jetzt nur

nach einer Formsache anhört, eine zweite Lesung, wird aus zweierlei Gründen noch einmal spannend. Das Thema Netze hat inzwischen zwei Komponenten. Als wir das letzte Mal darüber debattiert haben, ging es darum, ob wir für eine Teilverstaatlichung sind und wenn ja, in welcher Größenordnung, wer ist dafür, warum und weshalb. Inzwischen – da kann ich nur von Glück sagen, dass wir die sofortige zweite Lesung abgelehnt haben – hat die Netzdebatte eine zweite Dimension bekommen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Es geht jetzt nicht mehr nur um die Frage, ob 25,1 Prozent oder 100 Prozent Beteiligung oder, wie unsere Position, gar kein Kauf der richtige Weg sind, sondern die Netzdebatte hat eine Dimension erreicht, wo ganz andere Fragen gestellt werden müssen. Hat der der Senat das Parlament getäuscht? Welche Fragen liegen dem Parlament nach wie vor nicht beantwortet vor, und was wird zurückgehalten, was uns erst nach Beschlussfassung bekannt werden wird? Die wesentliche Frage aber geht an die SPD-Fraktion. Inwieweit machen Sie als Mehrheitsfraktion die Täuschung dieses Parlaments mit und öffnen einem unakzeptablen Vorgehen des Senats Tür und Tor?

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Es wird noch skurriler. Je länger die Debatte dauert, desto weniger wird klar, wieso der Senat sich so entschieden hat. Heute hat sich der Handelskammerpräsident Herr Melsheimer mit einer Pressemitteilung gemeldet. In der üblichen ausgewogenen Form der Kammer – die muss mit dem Senat noch zusammenarbeiten – steht ein Satz, der die inhaltliche Diskussion zum Thema besser fasst als alles andere. Herr Melsheimer hat geschrieben, dass Eigentumsrechte, wie sie heute dem Parlament vorgeschlagen werden, keinen nennenswerten Mehrwert für das Klima, den Wettbewerb, die Verbraucher und den Haushalt dieser Stadt mit sich bringen. Nun stellt sich für mich die Frage, warum ein Senat trotzdem so etwas auf diese Art und Weise durch das Parlament bringen möchte.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Wenn man die inhaltliche Debatte der vergangenen Wochen zusammenfasst, kommt man im Grunde zu einem Schluss. Hier wurde dank der Auftritte einer Umweltsenatorin – die dabei eher einer Statistin glich, denn sie wiederholte immer wieder das Gleiche, egal, was vorher gesagt und widerlegt wurde – eine Art Energiewende mit 25,1 Prozent Beteiligung zelebriert, was das Thema und das Vorgehen des Senats ideologisch völlig überhöht. Tatsächlich gibt es eine finanzielle Überteuering – 543 Millionen Euro neue Schulden, 16 Millionen Euro zusätzliche Zinsen – und jeder sagt, dass das, was an Garantiedividende zu-

\*\* Wahlergebnis, siehe Seite 2395

**(Roland Heintze)**

rückfließt, überhaupt keine Tilgung zulässt. Es sind also Schulden, die auch strukturell bestehen bleiben werden. Dazu kommt ein parlamentarisch bedenkliches Verfahren. Dieses bedenkliche Verfahren trägt eine Parlamentsfraktion, die auch noch Mehrheitsfraktion ist, mit.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das ist nicht bedenklich, das Verfahren!)*

Liebe SPD, ich kann verstehen, dass Sie bei allen inhaltlichen Argumenten auf Durchzug stellen und das Thema vom Tisch haben wollen. Ich kann aber nicht verstehen, wieso Sie dieser parlamentarischen Begleitmusik, die der Senat aufführt, Vorschub leisten. Das kann nicht im Sinne eines Parlaments sein und es kann nicht im Sinne einer SPD-Fraktion sein.

*(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)*

Das Schauspiel hat einen neuen Höhepunkt bekommen. Frau Veit, unsere Parlamentspräsidentin, hat dieser Tage den Senat aufgefordert, endlich die Fragen, die das Parlament zu diesem Deal hat, zu beantworten. Seit der letzten ersten Lesung gibt es nämlich nicht nur in der inhaltlichen Bewertung Neuigkeiten – alle sind sich darüber einig, dass der Deal Unsinn ist –, sondern es kommt Tag für Tag ein neues Stück dieser parlamentarischen Begleitmusik ans Licht. Hier ist sehr klar, dass auch die SPD-Fraktion überhaupt nicht im Bilde ist über das, was sie heute beschließt,

*(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Blödsinn!)*

weil sie keine Ahnung hat, wie der Deal zustande gekommen ist.

*(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)*

Ich stelle Ihnen gern drei Fragen und bin gespannt, ob Sie mir diese als SPD-Fraktion, die Sie das heute durchpeitschen, beantworten können. Es gibt viele offene Fragen und nicht alle werden beantwortet, das hat die Präsidentin zu Recht gerügt.

Ich würde gern von der SPD-Fraktion wissen, was denn mit der Bürgermeister-Anordnung ist. Gab es eine Anordnung oder einen Befehl – würde Herr Kerstan jetzt sagen – oder das von Herrn Dressel hoch gelobte Abwägen nach allen Seiten, das Ringen um die beste Lösung?

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)*

Wir haben in der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage erfahren, dass man sich, bevor diese Lenkungsgruppe überhaupt tagte, in einer vorbereitenden Lenkungsgruppe – also eine Lenkungsgruppe für die Lenkungsgruppe – sechsmal getroffen hat. Zweimal geschah dies in Anwesenheit des Bürgermeisters und niemand weiß, was da passiert ist. Ich bin sicher, dass die SPD-Fraktion es auch nicht weiß. Unsere Vermutung ist, dass es eine Vorfestlegung und eine Planung dahingehend

gab, dass es nur so werden soll und nicht anders. Das lief unter dem Motto: Liebe Lenkungsgruppe arbeitet einmal los. Das kann es doch wohl nicht sein.

*(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)*

Es würde mich auch interessieren, wie die SPD mit einem zweiten Punkt umgeht, nämlich den massiven Bedenken der eigenen Lenkungsgruppe. Nachdem man der Lenkungsgruppe gesagt hatte, wie sie zu verfahren hätte, gab es aus dieser massive Bedenken. Diese massiven Bedenken wischt der Bürgermeister vom Tisch. Erst wird dies in einem anonymen Schreiben dargestellt, inzwischen gibt es weitere anonyme Schreiben, die in der Stadt kursieren und in denen genau diese Lenkungsgruppe sagt, was gegen die vorgeschlagene Deal-Struktur spricht. Jetzt frage ich die SPD, wie Sie damit umgehen, dass der Bürgermeister alle Bedenken, die die eigenen Experten und die Finanzbehörde haben, nonchalant vom Tisch fegt, weil er sagt, er hätte sich Mitte letzten Jahres festgelegt. Das Parlament und die Lenkungsgruppe könnten machen, was sie wollten, es zähle nur sein Wille in dieser Stadt und sonst gar nichts.

*(Beifall bei der CDU und der GAL)*

Drittens frage ich die SPD-Fraktion, ob Sie mir erklären können, wie die Fragen um die Preisfindung zu beantworten sind? Es steht sehr viel in der Drucksache. Hier wurde gesagt, man hätte tolle Gutachter. Jetzt kommen Fragen zur Rolle der BDO, warum ein Vorgängerserrat und die Experten gesagt haben, sie hielten es für eine schlechte Idee, das bewerten zu lassen. Jetzt wird diskutiert, wieso der Bürgermeister frühzeitig auf Gewinne für die Stadt verzichtet, dann aber in den Vertrag schreiben lässt, wenn es irgendwann mit der Garantiedividende nichts werde, dann würde man die 25,1-Prozent-Anteile zurückgeben. Haben Sie zu diesem dritten gravierenden Punkt wenigstens die Antworten, die Sie brauchen? Ich behaupte, Sie haben sie nicht, sondern Sie tun nur so. Deswegen soll dieser Deal im Parforce-Ritt durch das Parlament getrieben werden, aber das machen wir nicht mit.

*(Beifall bei der CDU und der GAL)*

Ich habe drei Punkte genannt: Bürgermeisterentscheid; zu welchem Zeitpunkt, keine offene Diskussion oder Abwägung, so sehr Herr Dressel uns das auch suggeriert hat.

Es werden massive Bedenken aus den eigenen Häusern ignoriert, in diesem Fall der Finanzbehörde und der Wirtschaftsbehörde. Dabei sitzen sie in der Lenkungsgruppe.

Die Preisfindung ist mit einem sehr großen Fragezeichen zu versehen. Dies sind nur drei Punkte von mindestens zehn, die wir heute noch hören werden. Und ich bin gespannt, ob wir nicht auch

**(Roland Heintze)**

etwas darüber hören werden, wie Ihr Erkenntnisstand zu den Nebenabsprachen ist. Ist die SPD-Fraktion im Bilde, wie es mit den Beschäftigungsgarantien war? Ist die SPD-Fraktion im Bilde, wie es mit dem Standort für Ihr neues, tolles Innovationskraftwerk ist und wo der Standort sein könnte? Ist die SPD-Fraktion im Bilde, welche weiteren Absprachen es gibt, die hier eine Rolle spielen und die für Ihre Zustimmung heute wichtig sein müssten? Hiervon haben Sie jedoch keinen blassen Schimmer, denn Sie müssen sich nur sagen lassen, was zu passieren hat. Das kann kein Parlamentarismus sein, wie wir ihn als Abgeordnete verstehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Aber Herr Dressel wird heute wieder die Transparenzshow vorstellen mit Senatoren, die inzwischen ein bisschen an Statisterie erinnern. Die SPD hat zudem am 18. April beschlossen – ich weiß nicht, ob das ein Vorgriff auf das war, was danach kam, oder ob es zur Transparenzshow gehörte –, dass man ein bisschen mehr öffentliche Beteiligung am Gesamtverfahren möchte. Ich finde es super, wenn man das als Parlament zu so einem Vertrag beschließt und als Regierungsfraktion nicht mehr dazu zu sagen hat. Ich glaube, es war Herr Struck, der immer sagte, dass Regieren und eine Regierungsfraktion bedeuten, dass kein Antrag und kein Gesetz, das die Regierung einbringe, so, wie die Regierung es eingebracht hätte, das Parlament auch wieder verlässt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie zehn Jahre so praktiziert!)

Wissen Sie, was hier passiert? Da wird ein Vertrag eingebracht, er wird durchgewunken und es wird ein bisschen Transparenzshow veranstaltet, aber davon, was eine Regierungsfraktion ausmacht, ist überhaupt nichts zu sehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Was hat Ole von Beust über die CDU-Fraktion gesagt? Ja-Sager und Abnicker!)

Sie sehen, dass dies die Opposition zusammenbringt, und zwar über ideologische Grenzen hinweg. Ich bin mit Frau Heyenn überhaupt nicht einer Meinung, dass man irgendetwas kaufen muss. Diese Position stößt bei uns auf klare Ablehnung. Frau Heyenn sagt, sie möchte am liebsten 100 Prozent kaufen und wenn es 150 Prozent gäbe, würde sie die auch gemeinsam kaufen. Aber am Ende des Tages haben wir eines gesagt: Diese Show und das Akzeptieren von Uninformiertheit eines Parlaments machen wir nicht mit, unabhängig davon, wo wir ideologisch stehen. Das zeigen wir auf und legen den Finger in die Wunde. Das tun wir mit dem Aktenvorlageersuchen, das wir heute gemeinsam beschließen werden. Da wird noch ei-

niges ans Licht kommen, bei dem sich die SPD wahrscheinlich wünscht, heute nicht zugestimmt zu haben.

(Beifall bei der CDU, der GAL, vereinzelt bei der FDP und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Lieber Herr Dressel, Ihre Spezialität sind doch die Einladungen. Ich lade Sie und Ihre SPD-Fraktion heute ein, dem Zeitkorridor zu folgen, den uns der Senat geöffnet hat. In der Drucksache 20/9914 sagt der Senat, dass selbst für den Strombereich noch Zeit sei, wenn man Ende Mai beschließen würde. Ich habe in den Parlamentskalender geschaut. Unabhängig davon, dass Sie immer erzählt haben, dass alles schrecklich eilig sei,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, ist es auch!)

hat der Senat geantwortet, dass Ende Mai reiche.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Steht drin!)

Am 23. Mai ist eine Sitzung. Sie haben ein Aktenvorlageersuchen beschlossen. Dieses können wir heute beschließen. Sie haben in einer Geschwindigkeit Verträge vorgelegt, als wir noch gar nicht danach gefragt hatten. Dann sollte es doch auch eine Leichtigkeit sein, in derselben Geschwindigkeit den Schriftverkehr dieses Senats vorzulegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben doch Ende Mai gesagt!)

Wenn Sie das in der gleichen Geschwindigkeit machen, können wir Montag die Unterlagen haben, und zumindest für die CDU-Fraktion kann ich sagen – für die anderen Fraktionen kann ich es nicht –, dass wir die Prüfung dieses Aktenvorlageersuchens bis zur nächsten Parlamentssitzung abschließen. Wir laden Sie ein, uns heute die Zeit zu geben – auch sich selbst vor allen Dingen –, dies auch zu tun. Dann können wir gern in der nächsten Parlamentssitzung abstimmen. Der Senat hat den Zeithorizont eröffnet. Wenn Sie heute sagen, dass Sie das nicht mitmachen würden, dann sagt das sehr viel über Ihr Verständnis als Regierungsfraktion, über Ihren Gestaltungswillen

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

und Ihre Fähigkeit aus, im Sinne der Hamburgerinnen und Hamburger 500 Millionen Euro bei einem kritischen Deal durchzuwinken. Dies kann man jetzt mit einem Oh quittieren, man kann sich aber auch fragen, ob man als Abgeordneter der SPD ernst genommen werden möchte und die für den Beschluss notwendige Aufklärungsarbeit leistet, damit alle transparent wissen, wofür oder wogegen Sie sind. Deswegen der letzte Appell von uns als CDU-Fraktion: Helfen Sie, die offenen Fragen zum Wohle Hamburgs zu lösen, helfen Sie, sie aufzuklären.

(Dirk Kienscherf SPD: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

**(Roland Heintze)**

Ihrem Zeitplan schadet es überhaupt nicht, aber nehmen Sie verdammt noch mal Ihre Rolle als Parlamentarier wahr und machen Sie sich nicht zum Büttel der Regierungsbank. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Quast, Sie haben das Wort.

**Jan Quast SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heintze, wenn man Ihre Rede hört, dann fragt man sich wirklich, was Sie im letzten halben Jahr gemacht haben, als wir im Haushaltsausschuss, in der Bürgerschaft und mit anderen Ausschüssen zusammen die Drucksachen beraten haben, die heute zur Abstimmung stehen. Sie waren offenbar nicht dabei.

(*Roland Heintze CDU:* Wenn Sie dabei waren, können Sie meine Fragen beantworten!)

– Lassen Sie mich doch einmal reden.

Wenn ich höre, was Sie über die Arbeit von Regierungsfractionen ausführen und wie sie funktionieren sollte, dann frage ich mich, ob bei Ihnen die Amnesie anhält, denn das, was Sie von Regierungsfractionen verlangen, haben Sie jedenfalls nie gemacht. Wir tun das, wir haben dafür gesorgt, dass die Unterlagen zur Verfügung stehen. Wir haben die Beratungen verlängert, wo es nötig war.

(Beifall bei der SPD)

Herr Heintze, was Sie tun, soll eigentlich nur über eines hinwegtäuschen, dass die Oppositionsfractionen nämlich nur vermeintlich zusammenstehen gegen das, was beschlossen werden soll, aber tatsächlich inhaltlich total zerstritten sind über die richtige Politik im Bereich der Netze.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das macht Ihre Linie nicht besser!)

Es soll vor allen Dingen darüber hinwegtäuschen, dass keine der Oppositionsfractionen ein energiepolitisches Konzept hat, und das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Primäres Ziel der SPD-Fraktion und des Senats ist es, die Energiewende in Hamburg voranzutreiben und mitzugestalten, Herr Wersich. Dies ist im Rahmen der diskutierten Drucksachen gelungen. Mit den Energienetzen allein kann keine Energiepolitik gemacht werden, das ist allen bewusst. Dazu gehören auch die Energieversorgungsunternehmen mit ins Boot. Daher wäre es vom Senat töricht gewesen,

(*Dietrich Wersich CDU:* Gleich mitkaufen!)

wenn er einen Konfrontationskurs gefahren wäre gegen die Versorgungsunternehmen, wie Sie ihn offenbar vorsehen, und darauf bestanden hätte, die Netze vollständig zu rekommunalisieren. Das hätte langwierige und in ihrem Ausgang offene Gerichtsverfahren durch die Instanzen bedeutet. Viel Zeit wäre ins Land gegangen, die der Energiewende verlorengegangen wäre, Zeit,

(Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

die wir vor allen Dingen deswegen nicht mehr haben, Herr Wersich, weil CDU und FDP den Energiekonsens aufgekündigt haben und dabei viel Zeit verspielt haben für die Energiewende in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Senat und die SPD haben auf Kooperation statt auf Konfrontation gesetzt und waren erfolgreich damit. Die Gesprächszusammenhänge über den Erwerb der Netze hat der Senat genutzt, um die Energiewende zu forcieren. Der Senat hat nicht nur eine strategische Beteiligung an den drei neuen Netzgesellschaften ausgehandelt und sich dabei über die Position als Minderheitengesellschaft weit hinausreichende Rechte zusichern lassen, sondern auch Vereinbarungen mit den Energieversorgern erzielt, die die Energiewende in Hamburg ab sofort vorantreiben werden und mit konkreten Maßnahmen unterlegt sind. Vattenfall und E.ON Hanse werden in den nächsten Jahren 1,6 Milliarden Euro in die Energiewende und in konkrete Projekte investieren. Das ist mehr als eine bloße Absichtserklärung, das sind fest vereinbarte Punkte und Erfolge der Senatspolitik in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Und dank dieser Vereinbarungen investieren Vattenfall und E.ON Hanse in Hamburg, in Arbeitsplätze am Standort. Das erhält Arbeitsplätze und sichert Steuern und auch das ist gut.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat intensiv über den Anteilserwerb an den Netzgesellschaften diskutiert. Wir haben die Argumente sorgfältig abgewogen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Hinterher!)

Wir haben das, was Sie geäußert haben, ernst genommen und uns damit auseinandergesetzt. Wir haben Sondersitzungen anberaumt, um Ihnen Gelegenheit zu geben, Fragen zu stellen und nachzufragen. Sie haben das genutzt und Sie haben Antworten erhalten.

(*Robert Heinemann CDU:* Die Experten waren alle dagegen!)

Wir haben uns ebenso intensiv damit auseinandergesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das, was passieren soll, das Richtige ist, das Richtige für Hamburg und gut für diese Stadt.

**(Jan Quast)**

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat das Nötige getan, um das Risiko für den Minderheitsgesellschafter auf lange Zeit zu minimieren. Das unternehmerische Risiko tragen in den kommenden Jahren fast vollständig die Mehrheitsgesellschafter E.ON Hanse und Vattenfall. Hamburg erhält eine garantierte Ausgleichszahlung,

*(Dietrich Wersich CDU: Das zahlen die Kunden!)*

die die Refinanzierungskosten deckt und zur Tilgung herangezogen werden kann. Das Risiko, das die Muttergesellschaften über Dienstleistungsverträge den Netzgesellschaften Mittel zulasten der Stadt entziehen, ist nahezu auszuschließen, Herr Kollege Kluth. Während der Laufzeit der Garantiedividende ist die Gefahr ohnehin nicht real.

*(Robert Heinemann CDU: Sechs Jahre!)*

Im Falle des Gasnetzbetreibers wird ein großer Teil der Dienstleistungen durch Integration der technischen Netzbetreiber-Gesellschaft, des Netz-Service, künftig direkt in die Beteiligung eingebracht. Und mit Vattenfall wurden vielfältige Regelungen getroffen, die die Stadt schützen und Informationsrechte garantieren. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Das können Sie alles nachlesen in den Antworten auf Ihre Anfragen, in den Vertragsunterlagen, die wir bekommen haben, aber auch in den Drucksachen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Da steht das Gegenteil, Herr Quast!*)

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass durch die Dienstleistungsvereinbarungen eher Synergien zugunsten der Netzgesellschaften gehoben werden. Vor überhöhten Verrechnungspreisen schützt zudem die Bundesnetzagentur, die auch diesen Teil des Netzbetriebs stark reguliert.

Die kritisierten Kaufpreise für die Netzbeteiligung sind auf Basis von Wertgutachten zustande gekommen. Diese wurden mit anerkannten und standardisierten Verfahren erstellt. Zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind als Sachverständige in Form von neutralen Gutachtern tätig geworden,

*(Thomas Kreuzmann CDU: Wirtschaftsprüfungsgesellschaften überprüfen die Netze!)*

um einen objektiven Unternehmenswert zu ermitteln, und die Commerzbank hat die Angemessenheit des vereinbarten Kaufpreises im Rahmen einer Fairness Opinion bewertet. Wir haben keinen Grund, an einer sauberen Wertermittlung zu zweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Die Beteiligung an den Netzgesellschaften ist ein überaus komplexes Thema und hat uns alle gefor-

dert und hier und da wohl auch einige überfordert. Wir haben im vergangenen halben Jahr intensiv über die Teil-Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg diskutiert.

*(Dr. Till Steffen GAL: Wenn Sie das überfordert, sollten Sie vielleicht noch mal nachdenken!)*

Wir haben die Initiative und Sachverständige angehört, mehrfach den Senat, seine Berater und die HGV befragt und umfangreiche Unterlagen zu den Vertragsabschlüssen und Wertgutachten einsehen können. Alle erforderlichen Unterlagen, Herr Heintze, wurden vorgelegt, haben das sorgfältige Vorgehen des Senats belegt und wurden ordentlich parlamentarisch beraten.

Ich kann mich im Übrigen nicht daran erinnern, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion und von der GAL-Fraktion, dass es zu einem solchen Vorhaben in den letzten elf Jahren, die ich diesem Hause angehöre, derart intensive Beratungen auf der Basis einer Vielzahl von Informationen und freiwillig bereitgestellten Unterlagen gegeben hat. Das hat bisher jedenfalls keine CDU-Regierungsfraktion durchgesetzt, und bei der GAL kann ich mich auch nicht daran erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, die SPD-Fraktion hat ganz anders agiert, als wir es bei Ihnen beobachten mussten. Wir haben immer wieder dafür gesorgt, dass dort, wo Fragen offen geblieben waren, wo es Interesse gab, weitere Beratungen durchzuführen und zusätzliche Unterlagen einzusehen, dies auch ermöglicht wurde. Wir haben damit unsere parlamentarischen Pflichten weit mehr als erfüllt, wir haben sie intensiv wahrgenommen. Ihr Vorwurf geht ins Leere und führt auf Sie selbst zurück, wenn ich an viele Beratungen in der Vergangenheit denke.

(Beifall bei der SPD)

Zu behaupten, das Verfahren sei intransparent gewesen, ist schon ein starkes Stück. Es ist unverschämt. Daran ändert auch nichts, dass einige Fragen, die der Abgeordnete Kerstan vom Senat unzureichend beantwortet bekommen hat, nun nachträglich beantwortet werden müssen. Es ist richtig, dass das geschieht. Ich hoffe nur, die Antwort wird Ihnen auch weiterhelfen, Herr Kerstan.

*(Thilo Kleibauer CDU: Was ist daran transparent?)*

Aber es ist falsch, deshalb das ganze Beratungsverfahren infrage zu stellen, zumal alle Vorwürfe, die von Ihnen vorgebracht worden sind, widerlegt wurden und alle Fragen beantwortet wurden. Durch Wiederholungen werden Ihre Vorwürfe nicht richtiger.

(Beifall bei der SPD)

**(Jan Quast)**

An Transparenz hat es nicht gemangelt, und wenn Sie ins Internet schauen, werden Sie feststellen, dass das auch so weitergeht. Rund 100 Fragen und Antworten zur Energiewende finden Sie auf [www.hamburg.de/energiewende](http://www.hamburg.de/energiewende). Morgen wird ein Aktenvorlageersuchen eine Mehrheit bekommen und ich hoffe, dass Sie mit den Prüfungsersuchen des Rechnungshofs auch erfolgreich sind, auch wenn ich manchmal die Sorge habe, dass Sie sich damit gerade selbst ins Knie stechen.

Meine Damen und Herren! In diesem ganzen Verfahren mangelt es nur an der Bereitschaft der vier Oppositionsfraktionen zu sagen, worum es eigentlich geht. GAL und DIE LINKE wollen möglichst die gesamten Energienetze erwerben und CDU und FDP wollen gar nichts machen. Deshalb lehnen sie das Geschäft ab, alles andere sind vorgeschobene Argumente, die darüber hinwegtäuschen, dass Sie keine Konzepte für die Energiewende in Hamburg haben. Wir aber haben uns für einen vernünftigen Weg entschieden, der finanzielle Risiken minimiert und Hamburg in der Energiewende in den nächsten Jahren weiter voranbringen wird. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Der Abgeordnete Kerstan hat das Wort.

**Jens Kerstan GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Mehrheitsfraktion, Sie haben heute die Chance nicht genutzt, die zweite Lesung dieses fragwürdigen und umstrittenen Deals mit den großen Energiekonzernen zu vertagen. Sie wollen heute unbedingt eine Entscheidung treffen,

(*Andy Grote SPD:* Irgendwann muss man entscheiden!)

um diese für Sie zunehmend unbequemer werdende Diskussion endlich vom Tisch zu bekommen. Das einzige Argument – Herr Quast hat es heute wieder bemüht – war: Der Senat hat alles vorgelegt, das Parlament hat alles beraten, die Ausschüsse haben Fragen gestellt und alles wurde beantwortet.

(*Andy Grote SPD:* Und?)

Sie wissen genau, dass diese Behauptung falsch ist. Das Versprechen von Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung Ende letzten Jahres, größtmögliche Transparenz bezüglich dieses Geschäfts herzustellen, hat sich als das herausgestellt, was es wirklich ist, nämlich ein gebrochenes Versprechen.

(Beifall bei der GAL)

Seit der ersten Lesung sind in diesen zwei Wochen praktisch jeden Tag durch Schriftliche Kleine Anfragen von Abgeordneten und Presseberichterstattungen neue, bedenkenswerte und beunruhigende

Details aufgekommen, die nirgendwo beraten wurden, in keinem Ausschuss und nicht im Plenum. Der Senat ist angesichts dieser Fragen inzwischen zu einem ganz unverhohlenen Verfahren übergegangen, das man nicht anders nennen kann als Tarnen, Täuschen und Tricksen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Am Tag vor der ersten Lesung, vor der Abstimmung, hat der Senat eine meiner Anfragen unzutreffend und unvollständig beantwortet. Das sage nicht nur ich als Abgeordneter, sondern die Präsidentin der Bürgerschaft hat dies in einem Schreiben bestätigt, den Senat gerügt und ihn aufgefordert, diese notwendigen und wichtigen Fragen zu beantworten. Das war am 27. April, vor zwölf Tagen. In der Verfassung steht, der Senat hat acht Kalendertage, um Antworten der Abgeordneten zu beantworten. Aber bis heute liegen diese Antworten nicht vor.

Herr Quast, dass Sie von der Mehrheitsfraktion sich das nicht nur gefallen lassen, sondern sogar die falsche Behauptung aufstellen, alle Fragen der Opposition seien beantwortet,

(*Jan Quast SPD:* Ich habe sehr wohl etwas dazu gesagt! Passt das nicht in Ihr Konzept?)

zeigt, dass Sie Ihrer Rolle und Verantwortung als Abgeordneter in diesem Hause, zusammen mit der Mehrheitsfraktion der SPD, nicht gerecht werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Warum beantwortet denn der Senat die Frage nicht, wie der Wert der Gasnetze ermittelt wurde? Was würde denn herauskommen, wenn er wahrheitsgemäß diese Fragen beantworten würde? Es würde deutlich werden, dass dieser Bürgermeister die Haus-und-Hof-Gutachter der großen Energiekonzerne akzeptiert hat, die in dieser Republik jede Kommune, die über den Rückkauf von Netzen diskutiert und verhandelt hat, abgelehnt hat, deren Gutachten zum Teil um 100 Prozent höher lagen als die Gutachten der von den Kommunen und Städten Beauftragten.

(*Jan Quast SPD:* Das haben Sie geprüft?)

Und wenn der Senat wahrheitsgemäß die Frage beantwortet hätte, dann würde herauskommen, dass durch dieses Vorgehen ein zweistelliger Millionenbetrag zum Schaden für Hamburg durch einen überhöhten Kaufpreis herauskommen würde. Das zeigt, dass dieser Senat mittlerweile bereit ist, die in der Verfassung festgelegten Rechte von Abgeordneten zu missachten, nur um heute diesen Deal durchzubringen. Wo ist denn da die größtmögliche Transparenz, die Sie uns versprochen haben, Herr Scholz?

**(Jens Kerstan)**

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Es gibt weitere wichtige und noch nicht geklärte Hinweise darauf, dass durch Dienstleistungsverträge der Netzgesellschaft mit der Mutter Gewinne weiterhin bei Vattenfall anfallen und die Netzgesellschaft, die wir erwerben, eine wertlose Hülle ist.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist schon beantwortet! Es wird nicht besser, wenn man's ständig wiederholt!)*

Dieser Senat hat ohne Not das Eigentum am Fernwärmenetz für immer und ewig und nicht mehr rückholbar aufgegeben. Diesem Senat ist es nicht gelungen, bei Vattenfall Arbeitsplatzgarantien zu vereinbaren, und er hat sogar Arbeitsplatzgarantien von E.ON, die angeboten wurden, zurückgewiesen, damit es nicht auffällt, dass bei Vattenfall keine Garantien gegeben wurden. Und heute ist wieder durch eine Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, inwieweit es überhaupt zulässig ist, dass das Fernwärmenetz ohne Ausschreibung vergeben wird, herausgekommen, dass zwei von drei Gutachten, die der Senat in Auftrag gegeben hatte, zu dem Ergebnis gekommen sind, dass das mit europäischem Recht nicht vereinbar und aller Wahrscheinlichkeit nach rechtswidrig ist. Dieser Senat und Olaf Scholz haben die Gutachtermeinungen, für die sie viel Geld bezahlt haben, mit einer lapidaren Bemerkung und Begründung beiseite gewischt.

*(Andy Grote SPD: Ich denke, die taugen nichts, die Senatsgutachter?)*

– Das waren andere Gutachter, unter anderem auch solche, die Herr Scholz selbst beauftragt hat, und keine, die wir damals abgelehnt hatten, Herr Grote.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich dies ansieht, dann stellt man fest, dass wir vieles noch nicht wissen. Aber wir wissen, dass die Stadt für sehr viel Geld sehr wenig Einfluss kauft und diese Verträge miserabel verhandelt sind und zum Nachteil der Stadt sind. Dieses Parlament hat heute noch nicht alle Informationen, um endgültig diesen Vertrag zu beschließen. Und wenn Sie Ihre Aufgabe als Mehrheitsfraktion ernst nehmen würden, dann würden Sie das heute auch so sehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Jan Quast SPD: Stimmen Sie jetzt doch noch zu?*)

Neben diesem erschreckenden Verhandlungsergebnis haben die Beratungen ergeben, dass das Verfahren, mit dem diese Verträge verhandelt wurden, genauso miserabel war wie die Verträge, die dabei herausgekommen sind. Der Bürgermeister hat zu Beginn der Verhandlungen seine Linie festgelegt, eine ausschließliche Verhandlung mit E.ON und Vattenfall nur über 25 Prozent, und bis Ende

November letzten Jahres musste ein Ergebnis vorliegen. Damit wollte er Entschlossenheit und Stärke demonstrieren und hat in Wirklichkeit die Verhandlungsposition der Stadt enorm geschwächt.

In den Beratungen haben wir gelernt, dass bei diesem Verfahren der Bürgermeister sämtliche Warnungen und massive Bedenken der Verwaltung beiseite gewischt hat, den Rat sämtlicher Experten missachtet und die Ergebnisse von Gutachten für dieses Geschäft ignoriert hat, weil sie zu der Marschrichtung des Bürgermeisters nicht passten. Das Prinzip, wie dieser Senat funktioniert, ist: Der Bürgermeister hat gesprochen und sein Wort gilt,

*(Andy Grote SPD: Ich glaube, Sie haben ein Problem mit Autoritäten!)*

Diskussionen und Kritik oder eine Überprüfung seiner Vorgaben werden in diesem Senat nicht mehr durchgeführt. Olaf Scholz hat in diesem Kollegium des Senats, das über viele Jahre hinweg so funktionierte, dass der Bürgermeister als Erster unter Gleichen agierte, ein Prinzip konstituiert, dass man nur mit Befehl und Gehorsam beschreiben kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber heute ist die Stunde des Parlaments, denn dieser Senat wird nicht die letzte Entscheidung haben. Diese Entscheidung haben wir als Volksvertreter, als vom Volk gewählte Abgeordnete zu treffen. Es mag sein, dass dieser Bürgermeister in seinem Senat das Prinzip von Befehl und Gehorsam durchgesetzt hat, aber in einer parlamentarischen Demokratie, gerade auch in Hamburg mit seiner jahrhundertalten Tradition,

*(Wolfgang Rose SPD: Keine Belehrungen über Demokratie!)*

hat das Prinzip von Gehorsam und Befehl nichts zu suchen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Katja Suding FDP*)

Wenn Sie heute diese Entscheidung treffen, dann sollten Sie daran denken, dass Sie Ihr Mandat nicht Olaf Scholz verdanken. Sie sind von Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden und ihnen gegenüber verantwortlich. Sie sind in Ihrer Entscheidung frei und nur Ihrem Gewissen verpflichtet. Und wenn es heute darum geht, diese Entscheidung zu treffen, dann verlangen wir von Ihnen, dass Sie sich dieser Verantwortung stellen. Wir werden deshalb heute auch wieder eine namentliche Abstimmung beantragen. Bei dieser Entscheidung erwarten wir von Ihnen, dass Sie eine kluge, eine verantwortungsbewusste, aber auch eine unabhängige Entscheidung treffen. Die Bürgerschaft darf heute diesen miserabel ausgehandelten Verträgen zum Nachteil der Stadt nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren heute nicht das erste Mal über den Netzdeal des Senats und die Energiewendekonzeption. Ein Resümee hat sich für die FDP schon ergeben: Maximaler Preis bei minimalem Nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hat sich im Verlauf des Verfahrens ein zweites Resümee ergeben: Maximale Täuschung bei minimaler Transparenz.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten einen veritablen Skandal erlebt, eine Missachtung des Parlaments und der Abgeordneten. Wie eine tibetanische Gebetsmühle hat uns der Senat seit November immer wieder zu erklären versucht, dass die Beteiligung an den drei Netzgesellschaften für die Stadt ein sicheres Geschäft sei, ein 543,5-Millionen-Euro-Investment ohne Risiko. Ich zitiere Senator Tschentscher am 2. April im Haushaltsausschuss:

"Bei der 25-Prozent-Beteiligung mit Garantiedividende, 4,2 beziehungsweise 4,5 Prozent, haben wir kein nennenswertes [...] Risiko.

Ich zitiere weiter:

Und die Verträge sehen vor, dass in fünf Jahren dann eine erneute Kaufpreisanpassung, eine erneute Vereinbarung zur Garantiedividende erfolgen kann, die uns dann wieder in die Lage setzt, für einen langen Zeitraum die Refinanzierung zu sichern."

– Ende Zitat Senator Tschentscher in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 4. April.

Aber wie sieht nun die Wahrheit aus? Bereits am 11. November des vergangenen Jahres wurde ein Dokument verfasst, in dem es heißt, dass bei der Beteiligung an den Netzgesellschaften trotz der Garantiedividende ein – ich zitiere – "längerfristiges Risiko" existiere und praktisch kein Spielraum zur Tilgung der 543 Millionen Euro neuen Schulden, die die Stadt machen muss, vorhanden sei. Mit anderen Worten: In diesem Dokument werden genau die Bedenken angesprochen, die wir von der Opposition seit Monaten am Netzziel des Senats kritisieren. Frage: Wer hat dieses Dokument verfasst? Antwort: Niemand Geringeres als der Geschäftsführer der HGV, Herr Klemmt-Nissen, der die Verhandlungen mit Vattenfall und E.ON maßgeblich geführt hat. Und es kommt noch besser. Frage: Wer waren die Adressaten dieses Dokuments?

Antwort: Die Mitglieder der Lenkungsgruppe Netze. Frage: Wer sind die Mitglieder dieser Lenkungsgruppe? Antwort: Senator Tschentscher, Senatorin Blankau, Senator Horch und Staatsrat Krupp. An den Sitzungen der Lenkungsgruppe am 8. und 22. November, also wenige Tage, nachdem Herr Klemmt-Nissen seinen Vermerk verfasst hat, hat Bürgermeister Scholz persönlich teilgenommen. Mit anderen Worten: Die Senatoren Tschentscher, Blankau und Horch, Staatsrat Krupp und vermutlich auch Bürgermeister Scholz kannten bereits seit November 2011 den Vermerk von Herrn Klemmt-Nissen über die langfristigen Risiken für die Stadt und den praktisch nicht bestehenden Spielraum, diese Schulden wieder zu tilgen. Das alles ist nachzulesen in der Antwort des Senats auf meine Anfrage, der Drucksache 20/4009.

Meine Damen und Herren! Für einen Senat ist es grundsätzlich möglich und zulässig, wirtschaftliche Risiken einzugehen, selbst über 543 Millionen Euro. Aber man muss diese Risiken benennen, um sie beurteilen und abwägen zu können. Nur das ermöglicht eine solide Entscheidung, nur das wäre ordentliches Regieren. Hat nun Bürgermeister Scholz in seiner Regierungserklärung am 14. Dezember über diese Risiken gesprochen? – Fehlanzeige. Wird das von Herrn Klemmt-Nissen dargestellte Risiko in den beiden maßgeblichen Drucksachen vom November des vergangenen Jahres oder vom Januar dieses Jahres auch nur mit einem Wort erwähnt? – Erneut Fehlanzeige. Oder sind die von Herrn Klemmt-Nissen benannten Risiken in irgendeiner der insgesamt fünf Ausschussberatungen mit Senatsbeteiligung auch nur ein einziges Mal durch die Senatsvertreter, also durch Herrn Tschentscher, Frau Blankau oder Herrn Horch zur Sprache gebracht worden? – Erneut Fehlanzeige. Erst nach der ersten Lesung des Senatsantrags in der Bürgerschaft und vor der heutigen Bürgerschaftssitzung, nämlich in seiner Antwort vom 4. Mai, hat der Senat erstmals eingeräumt, dass bei dem Netzdeal trotz der Garantiedividende ein längerfristiges Risiko bestehe und kaum Spielraum vorhanden sei, die dazu erforderlichen neuen Schulden zu tilgen.

Meine Damen und Herren! Ordentliches Regieren sieht anders aus,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hatten wir auch schon mal!)

größtmögliche Transparenz erst recht. Schon dieses Vorgehen des Senats sollte ausreichen, diesen Antrag hier und heute nicht zu beschließen, sondern auszusetzen, bis der Landesrechnungshof über das Prüfungsersuchen der Bürgerschaft entschieden hat.

(Beifall bei der FDP und bei Robert Heine-  
mann und Dr. Walter Scheuerl, beide CDU)

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

Ich fasse die Kritik der FDP-Fraktion am Netzdeal noch einmal zusammen: Der Senat täuscht mit seinem Energiewendekonzept die Hamburger Bürger und Bürgerinnen, er täuscht sie gleich in mehrfacher Hinsicht.

Erste Täuschung: Die Beteiligung an den Energienetzen bringt für die Energiewende und den Klimaschutz nichts. Wer etwas für die Energiewende tun will, der muss bei der Energiegewinnung ansetzen oder beim Energieverbrauch, aber nicht bei der Übermittlung.

(Beifall bei der FDP)

Zweite Täuschung: Die Beteiligung an den Energienetzen bringt auch für die Verbraucher nichts, denn die Tarife – Herr Quast hat es selber eben vorgetragen – sind ohnehin reguliert und werden von der Bundesnetzagentur beziehungsweise der Kartellbehörde kontrolliert.

Dritte Täuschung: Es bleibt letztlich auch nach dem Netzdeal strukturell alles beim Alten. Vattenfall und E.ON gliedern den Betrieb der Netze auf Betriebsgesellschaften aus. An diesen drei Betriebsgesellschaften beteiligt sich die Stadt und zahlt einen auf Pump finanzierten Kaufpreis von 543 Millionen Euro. Zugleich werden wesentliche Teile der operativen Tätigkeiten der Netzgesellschaften durch ein intransparentes Geflecht von Leistungs- und Dienstleistungsverträgen wieder auf die Beteiligungstochter oder Enkelgesellschaften der Konzerne Vattenfall und E.ON übertragen. Erneut ergibt sich ein maximaler Preis für einen minimalen Nutzen.

Vierte Täuschung: Die angeblichen Investitionsverpflichtungen von Vattenfall und E.ON, mit denen Bürgermeister Scholz sein Energiewendekonzept dekoriert hat, wären für Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen zum Teil sogar auf gesetzlicher Grundlage ohnehin entstanden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was denn jetzt? Ganz oder zum Teil?)

Dass die Investitionsverpflichtungen für den Ersatz des Kraftwerks Wedel und die Minderinvestitionen durch den Verzicht auf die Fernwärmetrasse von Moorburg nach Altona mit etwa 250 Millionen Euro ohnehin angefallen wären, fällt in der Diskussion völlig unter den Tisch.

Fünfte Täuschung: Der Netzdeal ist mit erheblichen langfristigen Risiken für die Stadt verbunden. Spielraum für die Tilgung besteht kaum und von den darüber hinaus notwendigen Investitionen für die Modernisierung der Netze war bislang überhaupt noch nicht die Rede. Das ist nichts anderes, wir haben es bereits mehrfach in dieser Debatte vorgetragen, als haushaltspolitischer Blindflug.

(Beifall bei der FDP)

Sechste Täuschung: Das GuD-Innovationskraftwerk steht unter Wirtschaftlichkeitsvorbehalt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt nicht! Die Frage des Standorts wird jetzt wirtschaftlich geprüft, nicht das Kraftwerk an sich!)

– Herr Dressel, lesen Sie doch die Senatsvorlagen und den Kooperationsvertrag. Die SPD-Fraktion ist hier die größte, aber von Schwarmintelligenz vermag ich nicht viel zu bemerken.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei Jens Kerstan – Zurufe von Jens Kerstan, beide GAL und Jan Quast SPD)

Siebte Täuschung: Die Verträge sind nicht gut und sorgfältig ausgehandelt, sondern schlecht und unsorgfältig. Vollkommen übliche Due-Diligence-Prüfungen haben nicht stattgefunden, und die Ergebnisse der rechtlichen Due Diligence sind darüber hinaus bei den Bewertungsgutachten der Wirtschaftsprüfer sogar ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Schließlich die achte Täuschung: All das, was ich eben vorgetragen habe, Täuschung eins bis Täuschung sieben, weiß der Bürgermeister natürlich ganz genau, denn der einzige Zweck der Übung ist es doch, der Volksinitiative den Wind aus den Segeln zu nehmen. Herr Bürgermeister, wenn Sie keine Verstaatlichung der Netze wollen, dann führen Sie die Auseinandersetzung mit der Volksinitiative, aber vergeuden Sie nicht 543 Millionen Euro, die die Stadt nicht hat oder an anderer Stelle dringender braucht.

Die FDP lehnt die Beteiligung der Stadt an den Netzen ab, ganz gleich, ob zu 25 oder zu 100 Prozent. Wir haben hierfür die besseren Argumente und wir freuen uns daher auf die Auseinandersetzungen mit der Volksinitiative im Rahmen des Volksentscheids. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl und Roland Heintze, beide CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben über das Thema Netze und die neuen Verträge, die der Senat mit E.ON und Vattenfall abgeschlossen hat, schon häufig diskutiert. Herr Quast, Sie haben heute noch einmal die Gelegenheit ergriffen, um inhaltlich zu diskutieren, und dazu muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie offenkundig nicht zugehört haben, welche Gegenargumente genannt worden sind.

(Andy Grote SPD: Trotzdem kann man doch anderer Meinung sein!)

**(Dora Heyenn)**

Sie haben nicht ein einziges Gegenargument aufgenommen, sondern Sie haben einfach die gleichen Argumente, die schon in der Pressekonferenz von Bürgermeister Olaf Scholz genannt wurden, wiederholt.

*(Jan Quast SPD: Da haben Sie auch nicht zugehört!)*

Die Kritik aus den öffentlichen Anhörungen, dass der Netzdeal mit der Energiewende nichts zu tun hat und dass die öffentlichen Investitionen sowieso getätigt werden müssten, haben Sie in keiner Weise berücksichtigt.

Ich will inhaltlich nicht mehr darauf eingehen. Es geht heute um das Verfahren, mit dem diese Verträge in zweiter Lesung im Parlament abgestimmt werden sollen. Das offenbart mangelnden Respekt vor dem Parlament und zeigt nicht, dass die Regierung und die Mehrheitsfraktion Verantwortung für die Stadt übernehmen wollen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie mit Ihren 2,2 Milliarden Euro!)*

Es fehlt an Transparenz und einer umfassenden Risikoabwägung für die Zukunft dieser Verträge, die immerhin 20 Jahre dauern.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Und was ist mit Ihrer Risikoabwägung?)*

Bürgermeister Scholz hat letzte Woche angekündigt, da habe ich mir die Augen gerieben, dass er mehr Bürgerbeteiligung wolle. Das ist der Gipfel der Unglaubwürdigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

In Geheimverträgen wurde über Monate ein Energieideal in Höhe von fast 544 Millionen Euro mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit den Energiekonzernen ausgehandelt und nicht einmal der Bürgerschaft in Gänze zur Kenntnis gegeben, wenn ich an die Due Diligence und Nebenabreden denke. Nicht einmal die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" durfte Einsicht in die Verträge nehmen, und von den Hamburgerinnen und Hamburgern will ich gar nicht sprechen. Nun kurz vor dem Abschluss von mehr Bürgerbeteiligung zu sprechen, ist Zynismus.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Herr Quast, Sie sprechen von Transparenz. 100 Fragen im Netz zu beantworten ist etwas völlig anderes, als der Initiative und den Bürgerinnen und Bürgern die Essentials der Verträge vorzulegen. Sie wissen nicht, was Transparenz bedeutet.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist sogar noch transparenter! Das würden die Piraten aber anders sehen!)*

Es gibt täglich mehr Anzeichen, das ist auch vom CDU-Redner gesagt worden,

*(Andy Grote SPD: Ist alles schon mal gesagt worden!)*

dass diese Verträge erhebliche finanzielle Risiken für die Stadt haben und dass das alles andere als gut für unsere Stadt ist.

Die SPD und der Senat verweigern die vollständige Transparenz. Wir bekommen die Nebenabsprachen immer nur zu sehen, wenn wir sie entdecken, und das auch nur im Datenraum. Wenn Sie sagen, dass Sie als Mehrheitspartei und als die Partei, die die Regierung trägt, Unterlagen freiwillig bereitgestellt hätten, dann haben Sie noch nicht verstanden, dass der Senat verpflichtet ist, der Opposition die Informationen zur Verfügung zu stellen; das ist keine Gnade.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Die SPD und der Senat nehmen die Bedenken nicht ernst, die an allen Orten geäußert werden, und wollen die zweite Lesung heute durchpeitschen – ich sage ganz bewusst durchpeitschen. Die Bedenken, dass die Verträge mit E.ON Hanse und Vattenfall die Stadt teuer zu stehen kommen, sind auch von den Experten in der Anhörung genannt worden.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Und 2,2 Milliarden sind billig, nicht wahr, Frau Heyenn?)*

Die SPD und der Senat ignorieren nicht nur die Meinung der Experten, die in der Anhörung gesagt haben, Sie würden der Bürgerschaft empfehlen, den Verträgen auf gar keinen Fall zuzustimmen. Erst vor wenigen Tagen hat der Senat auf Anfrage von Dr. Kluth eingeräumt, dass ein längerfristiges Risiko bei diesen Verträgen durchaus bestehe.

*(Andy Grote SPD: Bei einem 100-prozentigen Kauf gibt es kein Risiko?)*

Deswegen haben wir gemeinsam mit allen vier Oppositionsparteien ein Aktenvorlageersuchen gemacht, und alle vier Oppositionsparteien haben in der letzten Bürgerschaftssitzung das Quorum getragen, damit der Landesrechnungshof gebeten wird, doch bitte den Energieideal zu überprüfen. Diese Argumente sprechen dafür, eine zweite Lesung zu verschieben.

*(Jan Quast SPD: Ändern Sie Ihre Meinung!)*

Nur bei umfassender Datenlage und Abwägung der Risiken kann man Beschlüsse verantwortungsvoll fassen.

Herr Quast, wenn Sie erklären, warum diese Verträge für eine strategische Mehrheit von 25,1 Prozent in Höhe von 544 Millionen Euro abgeschlossen wurden, dann kommt unter dem Strich heraus, dass Sie das nur getan haben, um Gerichtsverfahren zu vermeiden. Was ist das für ein Politikverständnis? Ich habe immer gedacht, auch Sozialdemokraten wollen gestalten. Vattenfall und E.ON

**(Dora Heyenn)**

können doch nicht den Fahrplan des Parlaments bestimmen nach dem Motto, wenn bis dann und dann die Verträge nicht durch die Bürgerschaft sind, dann geht es nicht mehr. Das Parlament hat zu entscheiden, wann wir Entscheidungen treffen,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, und das entscheidet eben auch mal eine Mehrheit!)*

und die parlamentarischen Mindeststandards werden von der SPD und dem Senat in diesem Punkt ständig missachtet. Nur bei einer vollständigen Risikoabwägung kann man guten Gewissens überhaupt dafür stimmen. Ihnen als SPD ist überhaupt nicht klar, worüber Sie eigentlich abstimmen sollen.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Wir bitten Sie, auf die zweite Lesung zu verzichten, bis die Daten vorliegen.

*(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Jetzt hat Senator Dr. Tschentscher das Wort.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Beteiligung der Stadt an den Energienetzen ist eine Entscheidung von großer Tragweite, darüber sind sich alle einig. Je weitreichender eine Entscheidung ist, umso wichtiger ist es, zwischen Grundfragen und Details zu unterscheiden. Über beides muss man sprechen, und über beides wurde in den Ausschüssen, bei Senatsbefragungen, Expertenanhörungen und in Bürgerschaftsdebatten beraten. Man kann dabei immer weiter in die Einzelheiten vordringen und fragen, welche Anlage welcher Unterlage zu welchem Zeitpunkt wem vorgelegen hat und so weiter. Das ist kein Vorwurf. Es lohnt sich fast immer, sich auch mit Einzelheiten zu beschäftigen. Mir gefällt aber das Vorgehen nicht, ganz spezielle Detailfragen auf völlig unlogische Art und Weise zu benutzen, um Grundentscheidungen in Zweifel zu ziehen, die einem von Anfang an nicht gepasst haben. Zwei Oppositionsfractionen wollen sich an überhaupt nichts beteiligen und zwei andere Oppositionsfractionen wollen möglichst alles kaufen. Das kann man jeweils so sehen, aber dabei sollte man sich nicht hinter konstruierten Details und angeblich offenen Fragen verstecken.

*(Beifall bei der SPD)*

Der Senat hält beide Extremforderungen der Opposition für falsch, weil wir mit beiden Haltungen energiepolitisch nichts erreichen, sondern beim Ausstieg aus der Atomkraft wichtige Zeit verlieren, und weil wir mit der 100-Prozent-Kauf-Variante ein enormes wirtschaftliches Risiko eingehen würden, das wir als Stadt nicht kontrollieren können.

*(Beifall bei der SPD)*

Da helfen auch gemeinsame Pressekonferenzen nichts, die Forderungen der Opposition sind völlig gegensätzlich und haben nur den einen gemeinsamen Nenner: das Handeln des Senats zu blockieren. So wurden in der letzten Woche trotz aller Unterlagen, Antworten und Erklärungen, die wir gegeben haben, immer wieder neue Einzelpunkte herausgehoben und zu Grundsatzfragen erklärt. Wir haben alle angeblich skandalösen Punkte der Reihe nach erläutert und entkräftet, auch, warum die sogenannte Due Diligence nicht auf irgendeine Weise, die Herr Kerstan vorgibt, sondern so durchgeführt wurde, wie es für die vorgesehene Transaktions- und Beteiligungsstruktur angemessen und erforderlich ist. Wir haben dargelegt, wie die konzerninternen Dienstleistungsbeziehungen bei der Unternehmensbewertung aufbereitet und berücksichtigt wurden.

*(Thilo Kleibauer CDU: Ja, gar nicht!)*

Wir haben die Arbeitsplatzvereinbarungen so verhandelt, dass am Ende die Betriebsräte beider Unternehmen zugestimmt haben. Schon in der Drucksache wurde beschrieben, Herr Kluth, für welche Zeiträume die Garantiedividende vertraglich gesichert ist und welche Option die Stadt jeweils hat, Anschlussvereinbarungen zu treffen. Und wir kaufen im Falle der Stromgesellschaft keineswegs eine leere Hülle, wie behauptet wurde, sondern beteiligen uns an einer Gesellschaft mit 135 Mitarbeitern, der das gesamte Stromverteilungsnetz im Hamburger Konzessionsgebiet gehört.

*(Thilo Kleibauer CDU: Wow!)*

Ein Stromnetz mit einer Gesamtlänge von 27 000 Kilometern, 5500 Netzstationen und 1 Million Zähl- und Messeinrichtungen ist keine leere Hülle.

*(Beifall bei der SPD)*

Gestern erklärte die grüne Fraktion per Pressemitteilung plötzlich zur alles entscheidenden Frage, ob die Wirtschaftsprüfer von BDO eine Wertermittlung der Gasnetze hätten durchführen sollen. Hintergrund dieses Vorwurfs ist die in der Tat rechtlich strittige Frage, nach welcher Wertermittlungsmethode die Übernahme von Netzen im Rahmen eines Konzessionsverfahrens erfolgen muss. Diese Frage ist in unserem Fall aber nicht entscheidend, weil wir kein isoliertes Netz im Rahmen eines Konzessionsverfahrens übernehmen, sondern uns an einem Unternehmen beteiligen. Nach welcher Methode eine Unternehmensbewertung zu erfolgen hat, ist eine ziemlich klare und häufige Angelegenheit. Das haben Ihnen unsere Anwälte, die Geschäftsführer und die Wirtschaftsprüfer ausführlich und mehrfach dargestellt. Wir haben alle Unternehmen nach dem dafür akzeptierten Standard der Wirtschaftsprüfer bewerten lassen und eine vertragliche Vereinbarung geschlossen, diese Bewertung nach Ablauf von fünf Jahren tatsächlicher Ge-

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

schäftstätigkeit erneut zu überprüfen, um dann gegebenenfalls die Kaufpreise anzupassen.

*(Jens Kerstan GAL: Bei 10 Prozent gedeckelt!)*

Das alles ist geschehen, um die wirtschaftlichen und finanziellen Risiken der Stadt so weit und so langfristig wie möglich abzusichern und mit dem praktischen Ausstieg aus der Atompolitik, also mit der Energiewende, in Hamburg zu beginnen. Darüber hat Frau Senatorin Blankau in der letzten Bürgerschaftssitzung berichtet. Mit der 25-Prozent-Beteiligung an den Netzgesellschaften für Gas, Strom und Fernwärme und vor allem mit den damit verbundenen energiepolitischen Vereinbarungen erhalten wir ab sofort einen wichtigen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen und sichern ein Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden Euro in Hamburg.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir erreichen mehr, als wir in jahrelangen rechtlichen Auseinandersetzungen über Konzessions- und Endchaftsregelungen hätten erreichen können. Und wir vermeiden ein milliardenschweres finanzielles Risiko für einen 100-Prozent-Rückkauf der Netze, mit denen wir bei allen unternehmerischen Risiken energiepolitisch wenig bis gar nichts anfangen können.

Deshalb ist es eine gute Entscheidung für unsere Stadt, die 25-Prozent-Beteiligung der HGV an den Netzgesellschaften auch in zweiter Lesung zu bestätigen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Dr. Schaal, Sie haben das Wort.

**Dr. Monika Schaal** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer schlecht, nach der Rede des eigenen Senators zu sprechen,

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)*

aber ich möchte die Gelegenheit ergreifen, Frau Heyenn, Ihnen energisch darin zu widersprechen, dass die SPD-Fraktion parlamentarische Mindeststandards missachtet habe. Rufen Sie sich bitte ins Gedächtnis zurück, dass wir über die Frage der Beteiligung oder der Übernahme der Netze im Grunde seit Beginn der Legislaturperiode diskutieren. Unsere Aufforderung an den Senat, ein Konzept für unseren Vorschlag der Beteiligung vorzulegen, war der Auftakt. Dann haben Sie zahlreiche Anmeldungen zur Aktuellen Stunde vorgenommen, und nach den Vorlagen des Senats haben sich etliche Debatten in den Ausschüssen und im Plenum mit entsprechenden Unterlagen und Akteneinsichten angeschlossen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass Sie die Verletzung von Mindeststandards im

Parlament beklagen. Das ist einfach nicht richtig, da müssen Sie die Kirche im Dorf lassen.

*(Beifall bei der SPD)*

Bei den Debatten hat sich für jeden Außenstehenden herausgestellt, dass sich die Opposition in der Bürgerschaft einig in der Ablehnung einer Beteiligung an den Energienetzen ist, aber keinerlei eigene Gegenvorschläge macht, wie man die Energiewende erreichen kann. Herr Kluth, heute ist unter Ihrem Namen ein Artikel im "Hamburger Abendblatt" erschienen, Sie wollen sich offensichtlich nicht länger die Konzeptionslosigkeit vorwerfen lassen. Sie machen den Vorschlag, die Stadt solle im Zuge des Konzessionsvergabeverfahrens ihre energiepolitischen Ziele umsetzen. Die Stadt solle den Bietern Konzepte abverlangen, die den rationalen, sparsamen und ressourcenschonenden Umgang mit Energie vorantreiben. Das diene der Energiewende und dem Klimaschutz mehr als eine Beteiligung, meint Herr Kluth. Es hört sich zunächst gut an, was Sie formuliert haben,

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Entspricht der Konzessionsvergabeverordnung!)*

aber der Vorschlag hat einen Haken. Die Konzessionsabgabenverordnung schließt in Paragraph 3 gerade diese Möglichkeiten aus. Danach dürfen den Energieversorgungsunternehmen bei den Konzessionsvergaben weder Leistungen im Rahmen der Aufstellung kommunaler Energiekonzepte noch Maßnahmen abverlangt werden, die für die Energiewende nützlich sind. Eine Konzession muss diskriminierungsfrei vergeben werden. Nicht jeder Bieter ist willens oder in der Lage, ein Kraftwerk hinzustellen. Meines Wissens sind Nebenleistungen bei der Konzessionsvergabe ausgeschlossen.

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Sorgfältiges Lesen stärkt die Sachkenntnis!)*

– Das kann ich nur zurückgeben, Herr Kluth.

*(Beifall bei der SPD)*

Darum führt der Vorschlag der FDP leider nicht weiter, so verlockend er auch klingen mag. Die SPD hatte vor dem Konzessionsvergabeverfahren, das erst in diesem Jahr oder Ende des Jahres einsetzt, ihre Forderungen in Sachen Energiewende mit den Energieversorgern bereits umgesetzt. Das ist der Königsweg und nicht Ihr Vorschlag, Herr Kluth.

*(Vereinzelter Beifall bei der SPD)*

Es bleibt dabei, dass die Opposition keinen Weg zur Umsetzung der Energiewende aufzeigt. Ihre Positionen sind überdies unvereinbar wie Feuer und Wasser. Sie sind lediglich eins in dem Willen, das Vertragswerk solange zu verzögern, dass es doch noch zum Scheitern kommt, und das machen wir nicht mit.

**(Dr. Monika Schaal)**

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir würden es als Fehler ansehen, wenn der Staat die Energiepolitik so laufen ließe. Wir brauchen einen strategischen Einfluss auf die Energiewirtschaft, um die Energiewende bewerkstelligen zu können. Die Verträge ebnen den Weg für einen strategischen Einfluss auf die Energiewirtschaft, und darum wollen wir keine Zeit mehr verlieren, sondern diese beschließen.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Die Gasnetzbewertung – Herr Kerstan, das kann ich mir nicht verkneifen – hat zuzeiten des schwarz-grünen Senats bereits angefangen, weil das im Konzessionsvertrag vorgesehen ist. Wir haben dazu Anfragen gestellt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er hat ja auch noch die ganzen Papiere!)

Sie haben keinen Wert genannt, wir haben nichts erfahren. Ich selber habe eine Menge von Anfragen dazu gestellt und es kamen keine Antworten. Herr Kerstan, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen schmeißen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Für uns ist vor allem wichtig, dass die Fernwärmeversorgung mit dem Gasturbinenkraftwerk klimafreundlich und effizienter wird. Die Umstellung von Kohle auf Gas bei der Fernwärme bringt unsere CO<sub>2</sub>-Bilanz nach vorne, wir sparen ungefähr 30 Prozent ein. Deshalb haben die GAL und DIE LINKE damals zusammen mit uns ein Gaskraftwerk gefordert. Nun soll es kommen, und plötzlich kneifen GAL und LINKE und kämpfen dagegen an. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Bau des GUD-Kraftwerks nördlich der Elbe wird auch die Moorburg-Trasse überflüssig. Auch das ist wichtig und richtig, und nun wird es möglich und GAL und LINKE kämpfen wieder dagegen an; das ist verkehrte Welt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kluth, das GuD-Kraftwerk kann wirtschaftlich betrieben werden. Wir haben vielleicht gemeinsam gelesen, was PWC ausgeführt hat. Das Kraftwerk wird nicht nur Wärme, sondern auch Strom erzeugen, und zwar Regelenergie, und damit kann das Unternehmen richtig Geld verdienen. Mit beidem zusammen, der Beteiligung und dem Vertragswerk, gehen wir davon aus, dass die Energiepolitik wieder in unsere Hände zurückkommt, dass wir Spielräume gewinnen und auch die Energiewende hinbekommen. Mit den Netzen alleine gelingt die Energiewende nicht, aber ohne die Netze haben Sie nicht einmal Strom und die Energiewende erst recht nicht. Nicht das Eigentum ist entscheidend bei den Netzen, sondern es ist entscheidend, dass

die Stadt veranlassen kann, dass die Netze für die Energiewende fit gemacht werden und die für die dezentrale Energiewelt notwendigen Investitionen in virtuelle Kraftwerke, in Smart Grid, in den Ausbau der Elektromobilität und so weiter auch vorgenommen werden. Und genau das soll mit den zugesagten Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro erfolgen. Das ist kein Sowieso-Beitrag – es wäre schön, wenn das sowieso passieren würde, dann müsste man sich hier nicht abätschern –, sondern das ist rausverhandelt worden, und das ist ganz wichtig, da wir hier sonst nämlich nicht weiterkommen würden. Das macht den Vertrag so wichtig und nicht die Beteiligung.

(Beifall bei der SPD)

Durch die sogenannte Anreizregulierung werden bis jetzt jedenfalls keine ausreichenden Anreize für Investitionen in die Energiewende gesetzt. Das beklagen übrigens auch die Stadtwerke, und zwar unisono. Dem Senat ist es gelungen, die beiden großen Energieversorger jenseits von Konzessionsverfahren zu verpflichten, in die Energiewende zu investieren, und das ist gut so. Da die Investitionsplanung der Unternehmen in die Netzgesellschaften im Einvernehmen mit der Stadt verabschiedet wird, kann die Stadt hier auch Einfluss ausüben.

Meine Damen und Herren! Über das vorliegende Konzept hinaus wollen wir aber auch HAMBURG ENERGIE weiterentwickeln, um den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stadt voranzutreiben. Wir wollen Hamburg in der Energiewirtschaft effizienter machen,

(Dietrich Wersich CDU: Eigentlich wollen Sie 100 Prozent der Netze!)

wir wollen Wärme- und Kältekonzepte entwickeln, und wir müssen auch das Potenzial unserer Hochschulen einbeziehen, um in der Energiewende voranzukommen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Bevor Frau Dr. Schaal mit, wie wir alle hören, angeschlagener Stimme fortfährt, bitte ich Sie, etwas ruhiger zu sein, damit es für die Rednerin nicht so beschwerlich ist. Ich bitte Sie wirklich um Ruhe. – Fahren Sie fort, Frau Dr. Schaal.

**Dr. Monika Schaal** SPD (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Die Beteiligung an den Netzen ist eine notwendige, aber aus meiner Sicht keine hinreichende Bedingung zur Umsetzung der Energiewende. Es ist auch keineswegs so, dass mit der Verabschiedung der vorliegenden Verträge und der Drucksachen das Thema Energiewende für uns erledigt ist. Die

**(Dr. Monika Schaal)**

SPD-Fraktion hat schon in ihren Zusatzanträgen gesagt, dass wir die Umsetzung aktiv und eng im Parlament und öffentlich begleiten wollen. Zusätzlich hat der Senat – Herr Quast hat darauf hingewiesen – schon fast 100 Fragen und Antworten ins Netz gestellt, wo man sich weiter informieren kann. Ich möchte daran erinnern, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion von Bürgerinnen und Bürgern bei [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) gefragt wurden und wir dort teilweise sehr ausführlich Rede und Antwort gestanden haben. Offensichtlich wurde daran Gefallen gefunden und das Nachfragebedürfnis damit gestillt, denn die Nachfragen haben dann nachgelassen. Das finde ich doch eine gute Sache.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden hier also nicht das letzte Mal diskutieren, sondern die Diskussion wird weitergehen. Wir haben noch viel zu tun, packen wir es an und stimmen Sie den Drucksachen zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung. Die Ziffern 2 und 3 des Senatsantrags aus der Drucksache 20/2949 sind bereits am 18. April 2012 in erster Lesung angenommen worden. Der Senat hatte einer sofortigen zweiten Lesung zugestimmt. Mindestens ein Fünftel der anwesenden Mitglieder dieses Hauses hatte dagegen Widerspruch erhoben.

Wir kommen nun zur zweiten Lesung. Die FDP- und die GAL-Fraktion haben hierzu gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt.

Herr Hakverdi und Herr Wankum werden Sie nun gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie die am 18. April 2012 in erster Lesung beschlossenen Ziffern 2 und 3 des Petitums aus der Drucksache 20/2949 nun in zweiter Lesung beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie sie ablehnen wollen mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden, dann erkläre ich die Abstimmung für beendet. Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Solange unterbreche ich die Sitzung.

**Unterbrechung: 22.13 Uhr**

**Wiederbeginn: 22.17 Uhr**

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Verehrte Abgeordnete! Wir setzen die Sitzung fort.

Bei der Abstimmung über den Senatsantrag aus Drucksache 20/2949 gab es 62 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist der Senatsantrag aus der Drucksache 20/2949 in zweiter Lesung angenommen und somit endgültig beschlossen worden.<sup>\*\*\*</sup>

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen dann noch das Wahlergebnis der Wahl einer Deputierten für die Behörde für Inneres und Sport bekannt geben. Insgesamt wurden 114 Stimmzettel abgegeben, es gab 108 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, fünf Enthaltungen und drei ungültige Stimmzettel. Damit ist Frau Astrid Hennies gewählt.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 17 auf, Drucksache 20/3866, Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Senatsantrag:  
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Freien und Hansestadt Hamburg  
– Drs 20/3866 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/4112 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Seniorenmitwirkungsgesetz  
– Drs 20/4112 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, auf die Debatte zu verzichten, daher kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksachen 20/3866 und 20/4112 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

<sup>\*\*\*</sup> Ergebnis der namentlichen Abstimmung, siehe Anlage, S. 2404

**(Vizepräsidentin Kersten Artus)**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf, Drucksache 20/3884, Antrag der SPD-Fraktion: Lärmsaktionsplanung.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Lärmaktionsplanung  
– Drs 20/3884 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/4111 und 20/4126 Anträge der Fraktionen der FDP und der GAL vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Lärmaktionsplanung  
– Drs 20/4111 –]**

**[Antrag der GAL-Fraktion:  
Lärmaktionsplanung: Strategischen Ansatz  
konsequent weiterverfolgen  
– Drs 20/4126 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die GAL-Fraktion federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen. Auch hier haben die Fraktionen sich einvernehmlich darauf verständigt, auf die Debatte zu verzichten. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/3884, 20/4111 und 20/4126 federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 20/3460, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern – Bilanz seit 2007.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:  
Hamburger Handlungskonzept zur Integration  
von Zuwanderern – Bilanz seit 2007  
– Drs 20/3460 –]**

Die Fraktionen sind einvernehmlich übereingekommen, die Debatte zu vertagen und am morgigen Sitzungstag als letzten Debattenpunkt vorzusehen.

Sodann rufe ich Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 20/3091, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Radverkehrsstrategie für Hamburg.

**[Große Anfrage der GAL-Fraktion:  
Radverkehrsstrategie für Hamburg  
– Drs 20/3091 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Steffen, Sie haben es.

**Dr. Till Steffen GAL:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hätten es für ausgesprochen angemessen gehalten, auch diese Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss zu überweisen. Das ist mehrfach im Laufe des Abends erörtert worden. Ich bleibe bei dem Angebot, auf die Aussprache im Weiteren zu verzichten, und würde es für ausgesprochen angezeigt halten, dass die Mehrheitsfraktion in diesem Moment noch einmal über diese Frage nachdenkt.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Nee, brauchen wir nicht, haben wir schon!)

Ich habe an Redezeit noch 39 Minuten und 55 Sekunden. Die Drucksache umfasst 123 Seiten, und selbst wenn wir uns jetzt hier auf die 22 Seiten ohne Anlagen beschränken, habe ich für jede Seite 1 Minute und 45 Sekunden, das lässt sich gut füllen.

(Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie fertig sind, mache ich weiter.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Sehr geehrte Herren und Damen! Hören Sie doch dem Abgeordneten zu. Er setzt jetzt sicherlich seine Rede fort.

(*Jan Quast SPD*: Er sagt ja gar nichts!)

**Dr. Till Steffen GAL** (fortfahrend): Das Thema Radverkehr hat eine herausragende Bedeutung in der Verkehrspolitik und bei allen Angelegenheiten, die schon im letzten Wahlkampf streitbefangen waren, bei denen es klare Ansagen gab, was sich ändern würde, wenn die SPD regiert, und wo klar war, dass wir da über Kreuz liegen würden, war ich davon ausgegangen, dass das Thema Radverkehr nicht für großen Streit taugt, weil alle immer sagen, dass sie die Förderung des Radverkehrs für eine sinnvolle Sache halten.

(*Andy Grote SPD*: Das hat dich doch früher einen Scheiß interessiert!)

Viele Leute fahren gerne mit dem Fahrrad und dementsprechend waren auch die politischen Ansagen. Ich bin ausgesprochen optimistisch in die Wahlperiode gegangen und habe gedacht, dass dies nicht gerade das Feld sein würde, wo die meisten Reibungen mit der SPD entstehen und man sich besonders streitet; das würden Themen sein wie Stadtbahn, City-Maut oder andere Fragen.

(Beifall bei der GAL)

**(Dr. Till Steffen)**

Nach einem knappen Jahr haben wir die Anfrage gestellt, weil es einfach einmal Zeit war, Bilanz zu ziehen und zu gucken, was in dieser Zeit passiert ist.

(*Andy Grote SPD*: Sie müssen hier nicht Ihr ganzes Seelenleben ausbreiten!)

– Wir machen das jetzt gründlich, das ist doch klar.

(Beifall bei der GAL)

Sie wollten das so. Wir haben mehrfach gefragt, Sie wollten das so.

(Zuruf aus dem Plenum)

Je mehr Sie dazwischenblöken, desto länger brauche ich.

(*Wolfgang Rose SPD*: Beleidigte Leberwurst, mehr ist das nicht! – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Rose, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ich bitte die Abgeordneten, Ruhe zu bewahren oder ansonsten den Raum freiwillig zu verlassen. – Fahren Sie bitte fort, Herr Dr. Steffen.

**Dr. Till Steffen** GAL (fortfahrend): Tatsächlich war es Zeit, einmal nachzufragen, was eigentlich aus den Versprechungen und großen Ansagen geworden ist. Deswegen will ich einige konkrete Punkte herausgreifen, die eine übergeordnete Bedeutung bei der Förderung des Radverkehrs haben.

Die erste Frage ist, was man sich als übergeordnetes Ziel setzt und was man insgesamt als Zielzahl erreichen will. Da gab es in der letzten Wahlperiode einen parteiübergreifenden Konsens, dass wir in wenigen Jahren eine Steigerung des Anteils am Modal Split, wie die Fachleute sagen, also anteilig am Verkehrsgeschehen, von 18 Prozent erreichen wollen. Dieses Zeitziel 2020 ist aufgegeben worden, aber es gibt weiterhin dieses Ziel, was natürlich vollständig wertlos ist. Die Radverkehrsstrategie verfolgt kein messbares Ziel mehr, sondern vom Senat wird nur noch gesagt, dass es von unterschiedlichen Faktoren abhängt und sich sehr beschränkt durch politische Vorgaben steuern ließe, wann welcher Wert erreicht sein wird.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Richtig!)

Was war noch einmal Gegenstand von dem, was wir hier tun? Politische Steuerung durch Vorgaben, durch Zielsetzung, durch Unterfütterung von Maßnahmen und durch die Durchsetzung dieser geplanten Maßnahmen ist Gegenstand von Politik. Und was wir erleben, ist ein Abschied von politischem Handeln im Bereich der Radverkehrsförderung.

(Beifall bei der GAL)

Zweiter Aspekt: Kern der Radverkehrsförderung waren in den letzten Jahren die Einführung und Durchsetzung eines Velorouten-Netzes, übergeordnete Verbindungen, die ein zügiges Vorankommen ermöglichen. Von den Maßnahmen, die für den Radverkehr im Velorouten-Netz vorgesehen waren, sind fünf Maßnahmen umgesetzt worden. Acht Maßnahmen, die nach dem Fortschrittsbericht der Radverkehrsstrategie – nicht einmal anderthalb Jahre alt – als realisierbar galten, wurden nicht umgesetzt. Sie sind verschoben worden, das heißt, überwiegend ist hier Fehlanzeige. Maßnahmen, die hätten realisiert werden können, sind nicht umgesetzt worden.

Das gleiche Bild ergibt sich bei den Maßnahmen im Hauptverkehrsstraßennetz, wo sich der Radverkehr entlang der großen Verkehrsachsen bewegt. Fünf Maßnahmen wurden umgesetzt und vier Maßnahmen, die als realisierbar galten, wurden nicht umgesetzt. Das Geld ist da und konkrete Planungen sind da, aber es wird in der Verwaltung einfach nicht durchgesetzt, dass diese Maßnahmen tatsächlich auch kommen.

Ganz offen ist die Frage, wie der Senat eigentlich weiterplant. Neben diesen Maßnahmen, die schon in der letzten Wahlperiode auf die Schiene gesetzt wurden, müssten jetzt weitere Maßnahmen geplant werden, damit es weitergehen kann – auch da Fehlanzeige.

Dritter Bereich: Thema Schutz- und Radfahrstreifen. Da haben viele immer gesagt, es wäre doch eine gute Maßnahme, den Radverkehr zu fördern, indem man im Falle von Straßensanierungen prüft, ob nicht bei der Gelegenheit ein Radfahrstreifen aufgebracht werden kann, und das dann ohne zusätzliche Mittel auch tatsächlich umsetzt.

(*Karin Timmermann SPD*: Sie hätten es ja umsetzen können!)

Ich zitiere Senator Horch, der am 4. Mai 2011 im Plenum gesagt hat – Zitat –:

"Wir müssen uns aber überlegen, ob es tatsächlich an dieser Stelle immer zielführend ist, die bestehenden Radwege zu sanieren. [...] Kosten, Planung und Abstimmung erfordern einen enormen Aufwand. Dort, wo es nicht anders zu machen sein wird, werden wir das natürlich auch tun. Wo immer sie geeignet sind, sollen aber Fahrradstreifen zum Einsatz kommen. [...] Sie erfordern oft nur kleine Umbauten und kommen sonst mit Markierungen aus. Die Beispiele Hochallee, Grindelallee und Hofweg zeigen die guten Erfahrungen, die es damit gibt."

Was stellen wir fest? Es gibt eine lange Liste, die einvernehmlich zwischen der seinerzeit zuständigen BSU und den sieben Bezirksämtern geprüft

**(Dr. Till Steffen)**

war. Man war sich einig, dass an diesen Straßen Fahrradstreifen oder Schutzstreifen eingerichtet werden sollen, wenn die Straße das nächste Mal angefasst wird. Diese lange Liste ist unmittelbar nach der Wahl einkassiert worden, und es tut sich im Bereich Fahrradstreifen gar nichts mehr, obwohl sich die angenehme Gelegenheit bieten würde, das in Kombination mit einem anderen Schwerpunkt der SPD-Politik, nämlich dem Thema Straßensanierungen, wunderbar voranzubringen, ohne in großem Maße zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen. Es gibt dieses wunderbare Gutachten, das den Bezirken die Arbeit wesentlich erleichtert. Trotzdem tut sich nichts, und es ist sehr bedauerlich, dass wir an dieser Stelle nicht vorankommen, obwohl die Maßnahme – da habe ich Herrn Horch zitiert – von allen als einfache und gut umsetzbare Maßnahme angesehen wird.

(Beifall bei der GAL)

Zum Schluss ...

*(Finn-Ole Ritter FDP: Sie haben noch 20 Minuten!)*

– Sie kennen doch den alten Trick: Man hört früher auf zu reden und gewinnt die Abstimmung.

Das Thema Förderung des Radverkehrs ist eben kein Nischenthema. Wenn es uns gelingen würde, in wenigen Jahren – was überhaupt nicht unrealistisch ist, wenn man sich andere große Städte ansieht – den Radverkehrsanteil von jetzt rund 10 Prozent auf 20 Prozent zu steigern, dann könnte das mit hoher Wahrscheinlichkeit viele unserer Stauprobleme in Hamburg beseitigen, denn Stauprobleme entstehen meistens durch die Verkehrsspitzen. Das heißt, wenn wir es schaffen würden, eine kleine Spitze zu verlagern und diesen Bereich zu verändern, hätten wir viele Probleme gelöst. Und das ginge eben gleichzeitig ausgesprochen günstig. Der Gesamtverkehrsetat weist Investitionen in Höhe von 205 Millionen Euro auf und davon sind 4,7 Millionen Euro für die Förderung des Radverkehrs vorgesehen, das sind 2,3 Prozent. Eine minimale Verlagerung in diesem Bereich, wo man sicherlich auch Möglichkeiten finden würde, diese Schwerpunkte zu finanzieren, würde uns also große Möglichkeiten eröffnen und Probleme lösen, für die wir anderenfalls sehr viel Geld in die Hand nehmen müssten.

Deswegen ist die Frage, warum das nicht geht. Die Voraussetzungen sind da, große Worte sind gefallen, warum wird nicht gehandelt?

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Pohnicht, Sie haben das Wort.

**Lars Pohnicht SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank,

Herr Dr. Steffen, das war ein beeindruckender Auftritt zu später Stunde und für uns alle wirklich sehr unterhaltsam. Aber ich kann Ihnen versprechen, dass die SPD-Fraktion weiter zum Radverkehr und zur Radverkehrsstrategie in Hamburg steht und weiter an der Umsetzung arbeiten wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen auch weiterhin ohne Wenn und Aber hinter dem Ziel, eine Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 18 Prozent im Modal Split zu erreichen. Nur – Sie haben es selbst schon angedeutet – kann man niemandem in dieser Stadt vorschreiben, wie er sich im Straßenverkehr zu bewegen hat. Man kann nur Anreize schaffen, dass mehr Fahrrad gefahren wird, und da sind wir in dieser Stadt ganz fleißig dabei, diese 18 Prozent auch zu erreichen, und wenn nicht bis 2015, dann vielleicht bis 2016 oder 2017, aber mit Sicherheit nicht bis 2020. Das schaffen wir früher.

(Beifall bei der SPD)

Die Grünen versuchen, ohne müde zu werden – Sie vorneweg –, uns die Vernachlässigung des Radverkehrs vorzuwerfen. Aber dieser Vorwurf wird durch ständiges Wiederholen nicht richtiger.

(Beifall bei der SPD)

Sie werfen dem Senat Verschleppung vor und haben doch aufgrund Ihrer eigenen Anfrage detailliert Kenntnis über den Umsetzungsstand jeder Maßnahme mit allen nachvollziehbaren Gründen, warum die Realisierung im Einzelfall noch nicht so weit ist, wie wir uns das vielleicht alle wünschen würden. Von den 22 Maßnahmen, die Sie seinerzeit in Ihrer Pressemitteilung vom 2. März aufgelistet haben, behaupten Sie, 21 seien finanziert und durchgeplant. Aber das ist nicht richtig. Vielmehr haben sich bei den Detailplanungen viele einzelne Fragestellungen ergeben, die zunächst weiter ausgearbeitet werden mussten, sodass von einer Detailplanung noch überhaupt nicht die Rede sein konnte.

Im Fortschrittsbericht dazu, das kann man vielleicht auch noch einmal erwähnen, steht – ich zitiere –:

"Infrastrukturprojekte für den Radverkehr sind ebenso aufwändig zu planen wie Projekte für den motorisierten Verkehr. Sie erfordern eine sorgfältige Vorbereitung, bei der die Randbedingungen zu klären und konkurrierende Belange [gegeneinander] abzuwägen sind. Der hohe Aufwand für diesen Planungsprozess wird häufig unterschätzt."

Diese letzte Aussage gilt offensichtlich an dieser Stelle auch für Sie.

(Beifall bei der SPD)

**(Lars Pochnicht)**

Da geht es beispielsweise darum, bei einer Vattenfall-Fernwärmetrasse die Baumaßnahmen mit dem Radverkehr abzustimmen. Oder es geht darum, bei Planungen den höheren Schwerlastverkehr zu berücksichtigen, der am Anfang offensichtlich in den Planungen noch nicht ausreichend berücksichtigt worden war. Oder es geht beispielsweise um die Koordinierung in Zusammenhang mit unserem Busbeschleunigungsprogramm, das in Ihrer Regierungszeit in der Form noch nicht vorgesehen war,

(Dr. Till Steffen GAL: Aus gutem Grund!)

sodass auch hier die Planungen entsprechend angepasst werden mussten.

Meine Damen und Herren! Schnellschüsse helfen uns hier nicht weiter, vielmehr ist Gründlichkeit bei der Umsetzung gefragt, insbesondere auch vor dem Hintergrund unserer knappen Finanzlage. Im Übrigen sei noch hinzugefügt, dass die handelnden Personen in der Fachbehörde ganz bestimmt unverdächtig sind, hier böswillig etwas zu verschleppen, sondern ganz im Gegenteil sind sie engagiert dabei, jede einzelne Maßnahme durchzuplanen.

(Dr. Till Steffen GAL: Die werden alleingelassen! – Jens Kerstan GAL: Die werden im Stich gelassen!)

Wir unterstützen sie an der Stelle bei jeder einzelnen Umsetzung und jeder einzelnen Maßnahme. Wir suchen nach Lösungen, die auf breite Akzeptanz stoßen, und würden uns freuen, wenn Sie uns dabei unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Hesse, Sie haben das Wort.

**Klaus-Peter Hesse** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

"Ich glaube an das Pferd. Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung."

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

– Richtig, Frau Sudmann, das haben Sie gelesen, denn das hat Kaiser Wilhelm II gesagt. Es ist ein Zitat, das sich auf einem Aufruf findet, eine Ausstellung im Museum der Arbeit zu besuchen, und zwar vom 1. Juni bis zum 23. September mit dem Thema "Die Stadt und das Auto".

(Dr. Till Steffen GAL: Das musst du mal ein bisschen genauer erzählen, Klaus-Peter!)

Warum beginne ich meine Rede mit diesem Zitat? Die Einladung zu dieser Ausstellung führt noch weiter aus:

"[Ab dem 1. Juni 2012] wirft das Museum der Arbeit in seiner neuen Ausstellung 'Die

Stadt und das Auto' einen Blick auf 60 Jahre Hamburger Stadtgeschichte als Mobilitätsgeschichte. Im Rahmen des 7. Hamburger Architektursommers widmet sich die Schau der Durchsetzung des Automobils als dominierendes Fortbewegungsmittel in der Stadt."

Lieber Kollege Steffen, das ist genau das Problem, das wir heute zum Thema Radverkehr diskutieren. Die SPD hat 44 Jahre lang nichts anderes gemacht, als den Autoverkehr in unserer Stadt zu fördern, aber der Radverkehr wurde gänzlich vergessen.

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der SPD)

Die Straßenbahn wurde abgeschafft. Ein Autobahnring, wie wir ihn gebraucht hätten, um Verkehr aus der Stadt herauszuhalten, wurde nicht gebaut. Die SPD hat in 44 Jahren ausschließlich den Blick auf das Auto gerichtet und deswegen hat das Museum für Arbeit diese Ausstellung organisiert.

(Beifall bei der GAL und der FDP – Karin Timmermann SPD: Wer hat denn die Mittel auf null gekürzt? – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Hesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

**Klaus-Peter Hesse** CDU: Sehr gerne.

**Zwischenfrage von Heike Sudmann** DIE LINKE:\* War die CDU 44 Jahre lang gegen den autogerechten Ausbau der Stadt?

**Klaus-Peter Hesse** CDU (fortfahrend): – Nein, natürlich nicht.

Liebe Kollegin Sudmann, wir waren 44 Jahre lang nicht in der Regierung und nicht verantwortlich.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Was haben Sie ab 2001 gemacht?)

Wir haben sicherlich viele Maßnahmen, die von der SPD im Zusammenhang mit dem Autoverkehr eingeleitet wurden, unterstützt. Aber das heißt nicht, dass man nicht auch andere Maßnahmen hätte durchführen können, und genau das werfen wir dieser SPD vor. Sie haben es einfach nicht verstanden nach 44 Jahren, dass sich die Welt verändert und dass man auch auf andere Verkehrsmittel achten muss, dass der Mobilitätswunsch vieler Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ein anderer ist und dass die Ansprüche auch an den öffentlichen Personennahverkehr gestiegen sind. Sie machen so weiter, wie Sie es 44 Jahre lang gemacht haben, weil Sie es nicht anders können und weil Sie sich mit dem Thema einfach nicht auseinandersetzen wollen. Das hat auch heute Ihre Verwei-

**(Klaus-Peter Hesse)**

gerung einer Überweisung an den Ausschuss gezeigt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lieber Kollege Pochnicht, sehen Sie sich doch die Antworten auf die Große Anfrage genau an. Ich weiß nicht, was Sie da eben herausgelesen haben, aber da steht doch das Problem wortwörtlich drin; der Kollege Steffen hat es doch erwähnt. Sie sagen, Sie wollten die Radverkehrsstrategie umsetzen, aber wie Sie sie finanzieren wollen, dazu wollten Sie sich noch nicht so richtig festlegen, da Sie nicht wissen, wie viele Mittel Sie übrig haben. Wie lange es zeitlich dauern wird, bis die Radverkehrsstrategie umgesetzt ist, wissen Sie auch nicht, da müssen Sie einmal schauen, wie Sie das hinbekommen.

Wir als CDU-Fraktion haben während unserer Alleinregierung 2007 und später bei der Fortführung mit den Grünen die Radverkehrsstrategie entwickelt. Wir hatten feste Ziele, bis wann wir was umsetzen wollten. Sie schmeißen das über den Haufen, schieben es auf die lange Bank und sind unverbindlich in Ihren Aussagen, was Finanz- und Zeitplan angeht. Das ist die SPD, wie sie mit dem Radverkehr in dieser Stadt umgeht.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Senator und Herr Bürgermeister, eine Umfrage unter den Menschen unserer Stadt zu machen – damit meine ich wirklich alle Autofahrer, Benutzer des öffentlichen Personenverkehrs und Radfahrer –, wo denn die Politik investieren sollte, in den Radverkehr, in den öffentlichen Personenverkehr oder in Automobile. Ich glaube, es würde mittlerweile eine überwältigende Mehrheit in dieser Stadt sagen, auch wenn sie nicht Radfahrer sind, dass sie die Umsetzung der Radverkehrsstrategie richtig finden. Da sollte der Senat investieren, denn es ist eine gut angelegte und günstige Investition und man kann mit geringen finanziellen Mitteln sehr viel erreichen. Aber Sie ignorieren den Wunsch vieler Menschen in dieser Stadt, sich so fortzubewegen. Sie machen so weiter wie bisher, Sie haben die Stadtbahn eingestampft,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie auch schon mal, 2001!)

Sie machen eine Metrobuslinie und wollen dort viele Millionen Euro heraushauen, aber ein zukunftsfähiger Verkehr in unserer Stadt sieht anders aus. Das können Sie einfach nicht und das wird auch daran deutlich, dass Sie sich weigern, das im Ausschuss zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre doch so einfach. Ich möchte zum einen an dieser Stelle

meinen großen Respekt all denjenigen in den Fachbehörden zollen, die sich mit dem Radverkehr beschäftigen.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GAL*)

– Danke. Das scheint die SPD auch nicht so zu interessieren.

Der Kollege Böhm macht dort eine hervorragende Arbeit, aber er ist doch recht allein auf sich gestellt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL – Glocke*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Herr Hesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kühn?

**Klaus-Peter Hesse** CDU: Irgendwann nimmt mir das zwar meine Fraktion übel, weil es zu lange dauert, aber eine nehme ich noch an.

**Vizepräsidentin Kersten Artus**: Sie haben noch genug Redezeit, Herr Hesse.

**Zwischenfrage von Philipp-Sebastian Kühn** SPD:\* Herr Hesse, erinnere ich mich richtig, dass, nachdem damals die schwarz-grüne Koalition gescheitert war, der alte CDU-Senat selbst noch eine Entscheidung gegen den Ausbau des Radverkehrs getroffen hat? Sie haben das doch sogar in Ihrem Wahlkampf plakatiert. Erinnere ich mich da richtig?

**Klaus-Peter Hesse** CDU (fortfahrend): Ich weiß nicht, was Sie meinen, das tut mir wirklich leid.

(Heiterkeit bei der SPD)

Woran ich mich erinnere, lieber Kollege, ist der Wahlkampf – das habe ich auch schon mehrfach im Plenum gesagt –, als es im Jahr 2001 zu einem Regierungswechsel kam und Sie schon damals in der Koalition mit der SPD die Straßenbahn voranbringen wollten, da hatten die Grünen plakatiert "Stadtbahn nur mit uns", denn sie wussten ganz genau, dass sie das mit Eugen Wagner und Ihnen nicht umsetzen werden. Deshalb haben sie gesagt, wer die Stadtbahn will, muss Grün wählen. An dieses Plakat erinnere ich mich. Was Sie uns als CDU-Fraktion zuschreiben, ist mir nicht bekannt. Da wäre ich sehr dankbar, wenn Sie mir die Quelle nennen könnten, ansonsten kann ich das nur weit von uns weisen.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit bei der GAL)

Ich komme zum Schluss. Lieber Herr Senator, lieber Herr Bürgermeister, es ist ganz einfach. Wenn Sie es ernst meinen, dann stellen Sie sich hier hin und sagen, dass Sie die Radverkehrsstrategie umsetzen wollen und dafür sorgen werden, dass sie finanziell und personell ausgestattet wird und der

**(Klaus-Peter Hesse)**

Kollege Böhm vielleicht auch noch ein bisschen mehr Unterstützung bekommt,

*(Karin Timmermann SPD: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)*

und dass Sie ganz klare Ziele definieren werden, bis wann Sie sie umsetzen wollen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg und dann werden wir die Ziele erreichen, die der Kollege der SPD eben für die nächsten Jahre proklamiert hat. Ich glaube an das Auto, das Fahrrad ist eine vorübergehende Erscheinung – so wirkt die SPD-Politik momentan auf mich, aber sie ist falsch. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe gerade im Vorbeigehen auf den Sprechzettel von Herrn Hesse geguckt. Ich hatte erwartet, dass das Papier ziemlich vergilbt ist, denn er fängt nach zehn Jahren wieder mit den vergangenen 44 Jahren an. Ist Ihnen das nicht peinlich, Herr Hesse, damit wieder anzukommen?

*(Beifall bei der SPD und bei Robert Bläsing FDP)*

Dabei wäre es noch gar nicht so schlimm gewesen, wenn das Papier wirklich vergilbt gewesen wäre, aber was viel schlimmer ist: Das Papier, das er aus Versehen genommen hat, ist Hochglanzpapier neuerer Art. Er hat tatsächlich nicht einmal gemerkt, dass zehn Jahre vergangen sind. Herr Hesse, das war nicht gut. Sie können sich vielleicht an das Frühjahr 2011 erinnern. Da war so etwas mit Wahlen. Und was war davor? In welchem Zustand waren denn da die Radwege nach neun Jahren CDU-geführten Senaten, davon vier Jahre mit absoluter Mehrheit? Ich kann mich nicht entsinnen, dass Sie in den neun Jahren etwas Nennenswertes gemacht hätten. Ich bin jedenfalls Anfang 2011, am Ende Ihrer Regierungszeit, zuletzt zusammen mit den Grünen, über holprige Radwege und auf Straßen ohne Radweg durch Hamburg gefahren. Das ist Ihre Bilanz und die liegt wesentlich kürzer zurück als die der SPD.

*(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)*

Schlimmer noch: Im vorletzten Winter haben Sie es nicht einmal geschafft, die Radwege vom Eis zu befreien, die Autostraßen auch nicht. Das war eine Katastrophe, aber eine Ausnahme gab es: In der Straße von Herrn Röder waren auch die Radwege sicher.

*(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)*

Zum Thema. Auch die FDP ist der Meinung – das wird Sie vielleicht überraschen –, dass der Anteil des Radverkehrs am Modal Split erhöht werden muss. Allerdings warne ich ein bisschen vor zu hohen Erwartungen. Wer sich genauer mit der Hamburger Verkehrspolitik beschäftigt, der weiß, dass die Engpässe nicht in der Innenstadt sind und auch nicht sein werden, sondern auf der A7, der A1 und im Großraum Hafen.

*(Thilo Kleibauer CDU: Auf dem Fahrrad?)*

Dort müssen Sie etwas tun. Dort werden – hoffentlich – Container transportiert, und außer Frau Sudmann kenne ich keinen Fahrradfahrer, der sich zutraut, Container auf dem Fahrrad zu transportieren. Das geht einfach nicht, es gibt Grenzen, was man mit dem Fahrrad machen kann.

Dennoch brauchen wir mehr und bessere Radwege. Wenn wir uns die Antworten auf diese Große Anfrage ansehen, ist das Ergebnis schlecht, und zwar für die GAL, aber auch für die SPD. Die GAL, insbesondere Frau Senatorin Hajduk, hat schlecht geplant. Es wurde teilweise schon angedeutet, auf den Seiten 2 und 3 können Sie es nachlesen, dass fast alle von Frau Hajduk geplanten Radwegemaßnahmen nicht durchführbar waren, Herr Hesse, weil sie schlecht geplant waren und weil sie mit Velorouten oder den Metrobussen kollidierten. Fakt ist, dass Frau Hajduk und die GAL schlecht geplant hatten.

*(Beifall bei der SPD und der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat uns bisher gut gefallen, muss man echt sagen!)*

– Jetzt klatschen Sie gleich nicht mehr, tut mir leid, Herr Dressel.

Der neue Senat hat nicht schlecht geplant, er plant gar nicht. Der neue Senat denkt viel nach, hat aber fast nichts umgesetzt; das wurde zum Teil schon erwähnt. Lesen Sie es nach auf den Seiten 4ff. Es kommen die typischen Antworten: Genauere Aussagen können erst nach Abschluss der konkreten Verkehrsplanung getroffen werden. Stimmt, da haben Sie recht, dann fangen Sie doch an mit der Verkehrsplanung, mit dem Generalverkehrsplan, mit dem gehobenen Verkehrsplan. Das haben Sie alles nicht gemacht.

Eine weitere Antwort: Es ist nicht möglich, einen genauen Zeitpunkt zu benennen. Das hören wir in fast allen Politikbereichen. Wir wissen nicht, wann ein Hamburgisches Hochschulgesetz kommt. Wir wussten lange Zeit nicht, wann die Elbvertiefung kommt, und wir wissen nicht einmal – der Kollege Kluth hat es vorhin ausgeführt –, ob es jemals eine vernünftige Rendite bei den Netzen gibt. Das ist eine klassische Antwort der SPD, es sei nicht möglich, einen genauen Zeitpunkt zu benennen. Das ist ein Armutszeugnis.

**(Dr. Wieland Schinnenburg)**

Nächstes Beispiel: Sie sagen, die Planungen seien noch nicht abgeschlossen, da es Wechselwirkungen mit der Busbeschleunigung gebe. Das mag sein, nur ist das Busbeschleunigungskonzept, das wir im Verkehrsausschuss behandelt haben, dermaßen diffus und nichtssagend, dass damit gar kein Radweg kollidieren kann; da ist viel zu wenig Substanz dabei.

(Beifall bei der FDP)

Dann haben Sie noch erwähnt, dass es andere bezirksamtsinterne Prioritätensetzungen gegeben habe. Das klingt so, als würden die bösen Bezirksämter das nicht so machen, wie der Senat es gern möchte. Ergebnis: Grün hat schlecht geplant und die SPD kommt nicht voran. Rot-Grün erzählen immer gerne, wie sehr sie den Radverkehr fördern wollen, versagen aber bei der Umsetzung. Das war bei Grün nichts und ist bei der SPD nichts. Vielleicht finden wir neue Erkenntnisse im Verkehrsausschuss, darum sind wir für die Überweisung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie ist das jetzt mit den Containern?)*

**Heike Sudmann DIE LINKE:\*** Schönen guten Abend allerseits. Ich freue mich, dass ich endlich nach acht Stunden einmal reden darf und dass ich Container auf dem Fahrrad transportieren darf. Aber ich habe keine Lust, jetzt noch einen Rückblick zu machen und zu erzählen, wer alles was schlecht gemacht hat. Und wenn Sie jetzt aktiv mitmachen, werde ich meine 39 Minuten Redezeit nicht ansatzweise ausnutzen.

Erstens möchte ich wissen, ob es irgendjemanden hier im Saal gibt, der oder die sich gegen die Förderung des Radverkehrs ausspricht. Der oder die möge jetzt die Hand heben. – Nicht, also dann möge er oder sie für immer schweigen.

Dann möchte ich gerne etwas vorschlagen, das ist sozusagen ein Selbstversuch: Sie fahren alle einmal Fahrrad. Ich bin mir sicher, dass Sie alle schon einmal Fahrrad gefahren sind. Wenn ich jetzt großwahnstinnig wäre, würde ich vorschlagen, dass alle 120 Abgeordneten und alle Senatsmitglieder sich in diesem Jahr an der Aktion "Mit dem Rad zur Arbeit" beteiligen. Das mache ich nicht, weil das nicht erfolgreich ausgehen würde. Aber ich schlage Ihnen vor, damit wir wirklich einmal alle die Erfahrung machen, wie es im Radverkehr zugeht, und daraus Ansätze ableiten können, die Radverkehrswege zu verbessern: Wir als Bürgerschaft beschließen in der nächsten Sitzung – ich formuliere auch einen Antrag dazu –, dass wir alle mindestens an einem Tag mit dem Fahrrad, oder wenn

es weit weg ist, mit Rad und Bus oder Bahn hierher in die Bürgerschaft kommen, und auch der Senat wird einen Tag lang kein Dienstfahrzeug nutzen. Dann werden Sie alle Ihre eigenen Erfahrungen machen.

Wenn Sie mir jetzt sagen, dass Sie diesem Antrag zustimmen, dann höre ich sofort auf zu reden. Sagt jemand Nein? – Auch nicht. Dann kommt der Antrag zur nächsten Sitzung und ich wünsche mir, dass wir nicht um diese Uhrzeit darüber reden müssen, wie sinnvoll eine Radwegsverkehrsförderung ist, und dass wir demnächst von der SPD ein bisschen mehr Großzügigkeit bei der Überweisung von Anträgen an den Verkehrsausschuss haben, denn da gehört die Debatte hin.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/3091 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/3091 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 50 auf, die Drucksache 20/3984, Antrag der FDP-Fraktion: Bessere Förderung und Betreuung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Bessere Förderung und Betreuung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge  
– Drs 20/3984 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der FDP an den Schulausschuss überweisen. Es bestand Einvernehmen zwischen den Fraktionen, auf die Debatte zu verzichten, deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/3984 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf, Drucksache 20/3964, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Keine Kürzungen! Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich ausreichend ausstatten!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:**

**(Vizepräsidentin Kersten Artus)**

**Keine Kürzungen! Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich ausreichend ausstatten!**  
– Drs 20/3964 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Auch hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, auf die Debatte zu verzichten. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/3964 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung angenommen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

**Ende: 22.52 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Heidrun Schmitt und Katharina Wolff

## Anlage 1

(siehe Seite [2395](#))

**Namentliche Abstimmung  
über die Ziffern 2 und 3 des Senatsantrags:  
Beteiligung der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH  
an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme  
Drucksache 20/2949 (20/3746)**

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Kazim Abaci	Ja
Christoph Ahlhaus	Nein
Matthias Albrecht	Ja
Peri Arndt	Ja
Kersten Artus	Nein
Jan Balcke	Ja
Ksenija Bekeris	Ja
Dr. Stefanie von Berg	Nein
Robert Bläsing	Nein
Christiane Blömeke	Nein
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Matthias Czech	Ja
Phyliss Demirel	Nein
Gabi Dobusch	Ja
Anja Domres	Ja
Dr. Andreas Dressel	Ja
Barbara Duden	Ja
Olaf Duge	Nein
Dr. Kurt Duwe	Nein
Gunnar Eisold	Ja
Katharina Fegebank	Nein
Jan-Hinrich Fock	Ja
Dr. Friederike Föcking	Nein
Dennis Gladiator	Nein
Christa Goetsch	Nein
Tim Golke	Nein
Daniel Gritz	Ja
Andy Grote	Ja
Dr. Eva Gümbel	Nein
Birte Gutzki-Heitmann	Ja
Norbert Hackbusch	Nein
Anja Hajduk	Nein
Metin Hakverdi	Ja
Jörg Hamann	Nein
Ulrike Hanneken-Deckert	Ja

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Nikolaus Haufler	Nein
Heiko Hecht	Nein
Robert Heinemann	Nein
Roland Heintze	Nein
Klaus-Peter Hesse	Nein
Dora Heyenn	Nein
Lars Holster	Ja
Regina-Elisabeth Jäck	Ja
Carl-Edgar Jarchow	Nein
Hildegard Jürgens	Ja
Martina Kaesbach	Nein
Annkathrin Kammeyer	Ja
Gert Kekstadt	Ja
Jens Kerstan	Nein
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Nein
Dr. Thomas-Sönke Kluth	Nein
Martina Koeppen	Ja
Thomas Kreuzmann	Nein
Annegret Krischok	Ja
Philipp-Sebastian Kühn	Ja
Gerhard Lein	Ja
Dr. Melanie Leonhard	Ja
Uwe Lohmann	Ja
Dorothee Martin	Ja
Antje Möller	Nein
Doris Müller	Ja
Farid Müller	Nein
Arno Münster	Ja
Ralf Niedmers	Nein
Barbara Nitruich	Ja
Olaf Ohlsen	Nein
Dr. Christel Oldenburg	Ja
Cansu Özdemir	Nein
Dr. Mathias Petersen	Ja
Lars Pochnicht	Ja
Karin Prien	Nein
Jan Quast	Ja
Erck Rickmers	Ja
Finn-Ole Ritter	Nein
Hans-Detlef Roock	Nein
Wolfgang Rose	Ja

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Andrea Rugbarth	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja
Dr. Martin Schäfer	Ja
Dr. Walter Scheuerl	Nein
Dr. Wieland Schinnenburg	Nein
Hansjörg Schmidt	Ja
Frank Schmitt	Ja
Christiane Schneider	Nein
Brigitta Schulz	Ja
Sören Schumacher	Ja
Jens-Peter Schwieger	Ja
Ali Simsek	Ja
Dr. Till Steffen	Nein
Olaf Steinbiß	Ja
Hjalmar Stemmann	Nein
Sabine Steppat	Ja
Katja Suding	Nein
Heike Sudmann	Nein
Urs Tabbert	Ja
Dennis Thering	Nein
Carola Thimm	Ja
Juliane Timmermann	Ja
Karin Timmermann	Ja
Dr. Anjes Tjarks	Nein
Dr. Sven Tode	Ja
André Trepoll	Nein
Anna-Elisabeth von Treuenfels	Nein
Carola Veit	Ja
Isabella Vértes-Schütter	Ja
Silke Vogt-Deppe	Ja
Kai Voet van Vormizeele	Nein
Christoph de Vries	Nein
Andreas C. Wankum	Nein
Karl-Heinz Warnholz	Nein
Dietrich Wersich	Nein
Frank Wiesner	Ja
Sylvia Wowretzko	Ja
Ekkehard Wysocki	Ja
Mehmet Yildiz	Nein